

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.00 Mark, monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3.00 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Verordng. - Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Anfertigungs-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf., für Übersetz- und Verleumdungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Lernsprecher: Juni 1, Nr. 1508
Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Dienstag, den 24. März 1896.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Die Reaktion in Frankreich und das Ministerium Bourgeois.

Paris, 20. März 1896.

Die Sozialisten nahmen das Ministerium Bourgeois, wenn auch nicht mit Sympathie, so doch ohne Feindseligkeit auf, da es nicht den Krieg gegen den Sozialismus zu seinem Programm machte, wie seine Vorgänger es gethan hatten. Indessen einige Sozialisten, zu denen auch ich gehörte, hatten doch mit einem gewissen Mißtrauen gesehen, wie die Radikalen aus Staatsruder kamen; denn wir erinnerten uns, daß die Ministerien um so reaktionärer waren, je unversöhnlicher sie in der Opposition gewesen. Außerdem fing das Ministerium nicht sehr gut an, denn anstatt die Truppen und Polizeispittel zurückzuführen, die Ribot zur Unterdrückung des Streiks der Glasarbeiter geschickt hatte, ließ es sie dort. Der Geldproph Messguier glaubte sich unterstützt und setzte den Kampf mit größerer Heftigkeit als zuvor fort. Um einer vollständigen Niederlage zu entgehen, beschloßen die Streikenden die Gründung der Arbeiter-Glashütte.

Bourgeois und seine Kollegen sind vielleicht nicht besser als ihre Vorgänger; doch die Verhältnisse haben sich geändert. Die Konservativen des republikanischen Zentrums und der Rechten, die es nie verstanden und es nie vermocht hatten, die Ministerien ihrer eigenen Wahl zu verteidigen, zogen gegen Bourgeois grimmig ins Feld, weil er sich nicht als ein wilder Reaktionsär bekamte. Seit dem Panama-Skandal beschützten die Ministerien die Chekente, deren Stimmen ihnen in Folge dessen auch sicher waren: Reinach sagte ganz unverblümt, er bringe dem Ministerium seiner Wahl 80 sichere Stimmen, deren Namen in dem Checkverzeichnis seines Schwiegervaters, des Barons Reinach, ständen.

Anstatt nun diesen Schurken, die seinen Sturz beschloßen hatten, Straflosigkeit zuzuführen, drohte Bourgeois ihnen mit dem Strafrichter, und wie Hunde, gegen die man die Peitsche erhebt, krochen sie zu Kreuze. Die Furcht vor dem Herrn ist der Anfang der Weisheit, und die Furcht vor dem Untersuchungsrichter machte die Chekente zahm.

Allein, wenn auch die Panamisten und ihre Freunde vom republikanischen Zentrum und der Rechten das Ministerium nicht offen angreifen wagen, so führen sie doch einen Geheimkrieg gegen dasselbe und arbeiten an seinem Sturz mit den niederträchtigsten Intriguen. Die alten Verächter des Senats wollten das Ministerium mit Zähnen zerreißten, allein sie haben keine Zähne. Diese zahmlosen, gichtbrüchigen Greise: sie konnten nur bellen und mußten sich für geschlagen erklären.

Die Reaktionsäre beschloßen hierauf, bei Gelegenheit der Budgetbesprechung Rache zu nehmen. Das Ministerium Bourgeois beantragte die Erhebung einer Einkommensteuer, die schon seit Jahren gefordert wird. Vor den Wahlen versprechen die Kandidaten ihren Wählern, für sie zu stimmen, und sind sie gewählt, so lehnen sie sie ab. Das Ministerium hat diese Reform in sein Budget eingefügt. Seine Feinde glaubten, diese Reform würde ihnen das Mittel zum Sturze des Ministeriums geben: sie sind ja die Mehr-

heit der Kammer. Sie wählten in den Bureaus eine der neuen Steuer feindliche Budgetkommission. Doch weit geht, sich von dieser in geheimer Abstimmung gewählten Kommission einschließen zu lassen, hat Doumer, der Finanzminister, sie mit vernichtendem Hohne behandelt und sie schließlich zu einer öffentlichen Debatte über diese Frage herausgefordert. Er weiß ganz genau, daß gerade die, welche den Muth besessen haben, in geheimer Abstimmung gegen das Ministerium zu stimmen, die ersten sein werden, ihm beizupflichten, wenn sie zugleich mit ihrer Stimme ihren Namen abgeben müssen. Bourgeois beherrscht die Kammer mit der Furcht vor dem Untersuchungsrichter.

Jetzt eben hat er seinen Feinden den schlimmsten Streich gespielt — einen wahren Meisterstreich. Der Senat sucht sich über seine Niederlage mit der Behauptung zu trösten, das Land billige sein Verhalten. Bourgeois hat sich nun den boshafsten Späß erlaubt, dieses Wahngelbde zu zerstören; er hat Jely Faure auf dessen Reise nach Lyon, Marseille, Toulon, Nizza u. s. w. begleitet: allenthalben wurde er mit den Rufen: „Nieder mit dem Senat! Hoch Bourgeois!“ begrüßt.

Dr. Flaissières, der Bürgermeister von Marseille, den unser Freund Liebknecht 1892, als er Delegirter zum Arbeiterkongreß in Marseille war, kennen lernte, hat alle Bürgermeister der Departements zusammenberufen, die in einer feierlichen Versammlung die Aulse der Menge bestätigt haben, indem sie dem Senat ihren Tadel, dem Ministerium ihre Glückwünsche aussprachen.

Die Reaktion ist auf der ganzen Linie geschlagen: im Senat, in der Abgeordnetenkammer und im Lande. Der demokratische Zug ist entfesselt — ich sage der demokratische das heißt der kleinbürgerliche, nicht der sozialistische. Die Politiker scheinen diese Kraft ganz vergessen zu haben; und doch hätte die außerordentliche und plötzliche Popularität Boulanger's ihnen die Augen öffnen sollen. Seit der Begründung der Republik warten die mittleren Volksschichten, bestehend aus Handwerkern, Krämer, Kleingewerbetreibenden und Beamten, auf die Verwirklichung der so oft versprochenen Reformen. Niemals ist etwas gekommen. Sie verloren jedes Vertrauen zu den republikanischen Führern und warfen sich dem tapferen „General“ in die Arme, in welchem sie einen Heiland erblickten, und der sich durch seine schmähliche Flucht nach Brüssel zu grunde richtete. Heute wenden sie sich Bourgeois zu als dem Retter; die Zukunft wird zeigen, ob er seine Popularität verdient.

Die Monarchisten, welche sich des populären Generals zu bemächtigen versucht hatten, um ihn als Sturmbann gegen die Republik zu benutzen, haben sich jetzt mit den Opportunisten und Panamisten verbündet, um das Ministerium Bourgeois zu bekämpfen. Und das ist ein großes Glück.

Die Reaktionsäre haben sich stets durch ihr Talent, Dummheiten zu machen, ausgezeichnet und wollen die gute Meinung, die man von ihrer Intelligenz hat, nicht verlieren; sie fahren fort, Dummheiten zu machen, trotz der bitteren Lektionen, die sie empfangen haben. Zur Zeit, als Ribot noch Minister war, hatten sie einen Feldzug gegen den Präsidenten Jely Faure eröffnet, der ihrem Ideal

eines reaktionären Präsidenten nicht ganz entsprach. Die „Libre Parole“, das Organ der Jesuiten und Antisemiten, tischte eine alte Familiengeschichte auf, die mehr als dreißig Jahre zurückreicht. Die Gesellschaft, die diesen Torpedo abließ, hoffte, ein Sturm der Entrüstung werde sich erheben und den Präsidenten zum Rückzug zwingen. Allein Faure hatte es verstanden, das Vertrauen der Demokratie zu gewinnen, und der standalgefüllte Torpedo verjagte. Das Jesuiten-Mandevor hatte zur Folge, daß Faure noch mehr auf die linke Seite gedrängt ward, wo er Verteidiger gefunden hatte, und daß er sich von der reaktionären Partei noch weiter entfernte.

Die Reaktionsäre haben das gleiche Mandevor versucht gegen Bourgeois — mit dem gleichen Erfolge.

Durch ihre Angriffe auf den Präsidenten und das radikale Ministerium haben sie bewirkt, daß beide sich fester aneinander schließen. Die Herren Reaktionsäre sehen das jetzt auch ein und sie bemühen sich, Mißtrauen in die Seele Faure's zu säen: sie sprengen aus, Cavaignac arbeite an seinem Sturz und wolle sein Nachfolger werden, und Bourgeois wolle ihm seine Popularität stehlen. Es ist aber zu spät.

Die Reaktion besorgt wieder einmal die Geschäfte der Revolution: die Reaktion stützt das radikale Ministerium und nöthigt es, radikale Bahnen zu wandeln.

Gallus.

Politische Uebersicht.

Berlin, 23. März.

Der Reichstag trat heute in die dritte Lesung des Etats ein, und verband mit der Generaldebatte über den Etat auch die erste Lesung des, gemäß dem Antrage Lieber, von dem Bundesrath ausgearbeiteten „Entwurfs eines Gesetzes wegen Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen zur Schuldentilgung“. Ein langer Titel und ein winziger Inhalt — ein Berg, der ein Mäuslein geboren. Das Mäuslein der Reichsschuldentilgung in Löffeln, während die Reichsschulden vermehrung mit Schesseln erfolgt.

Zudeß, ein Löffel voll ist besser als gar nichts, denkt die Majorität des Reichstags, und der Gesetzentwurf wird glatt angenommen werden. — Ein Versuch des Grafen Posa-dowsky, diesen Entwurf als einen Beweis für die Nützlichkeit der Miquel'schen „Steuerreform“ hinzustellen, wird von den Abg. Bachem (Zentrum) und Richter (Freisinn) spielend zurückgewiesen. Der Deutschfreisinnige (Vereinigung) Barch lud den Versuchung nicht widerstehen, das Glas der Vimetallisten zu verklären, wodurch er eine herz- und ohrenzerreißende Elegie des Silberlings Kardorff hervorruft, der melancholisch den „betäubenden Verlauf“ der englischen Aktion gubiebt, sich jedoch mit zukunftsästhetischen Hoffnungen tröstet. Einige nationalökonomische Paradoxe — z. B. daß das Gold am Nothstand der Landwirtschaft schuld sei, und ähnliche Geistesreichthümer veranlassen den Abgeordneten Richter zu einer kleinen Lektion in freisinniger Volkswirtschaft.

Die Einzeldebatte verlief im Anfang sehr rasch und sehr ruhig. Etwas Radau machte nur der Muster-Ord-

67

Clotilde.

(Nachdruck verboten.)

„Ah! unser Gannmed — ich erinnere mich, von Ihnen gehört zu haben,“ rief Blanka von Bergkuhn. Sie haben Clotilde — Frau Doktorin Langenberg,“ verbesserte sie sich selbst, „gesehen! Das interessiert mich, Sie müssen mir von ihr erzählen.“

„Das kann ja sogleich geschehen,“ fiel ihr Mann, Herr von Bergkuhn ein, wir fahren gerade zum Diner nach Britisch Hotel, ich lade die sämtlichen Herrschaften ein, theilzunehmen und mir das Vergnügen zu bereiten. Sie alle als meine Gäste ebenfalls dort zu sehen. Besonders ersuche ich die Herren dafür zu sorgen, daß die Damen nicht erst Toilette machen, sondern so bald als möglich zur Tafel kommen, damit meine Frau nicht zu lange auf Befriedigung ihres Wunsches zu warten braucht und bald erfährt, was ihren Wissensdurst stillt.“

Wir bringen nur unsere Pferde in den Fatterfall zurück und werden bald Ihren beiderseitigen Wünschen nachkommen,“ rief der Italiener Herr von Bergkuhn zu. Er grüßte, übernahm mit Flora die Führung und nachdem auch Loli und Baron von Wechler sich verbeugt und sich dem Paare in Wagen empfohlen hatten, eilten die vier Berittenen davon.

Bergkuhn verschlang die Gestalten der jungen Mädchen mit wohlgefälligen listernen Blicken, was von Frau Delroi sehr gut bemerkt wurde.

Sie blieb daher mit ihrem Manne halten und gab dem Kutscher ein Zeichen, er möge weiterfahren.

Diese jarte Rücksicht trug ihr von Frau von Bergkuhn einen freundlichen Gruß und Blick und von ihrem Manne

die Worte ein: „Gnädige Frau, auch Sie und Ihren Gemahl hoffen wir recht bald an der Seite Ihrer Fräulein Töchter bei uns zu sehen.“ — Die letzten Worte erklangen fast leise bescheidend, da schon rollte der Wagen dahin. Frau Delroi weidete sich noch mit triumphirend erhobnem Haupte an den erstaunten Blicken der Umstehenden, dann bog sie auf den Weg den Töchtern nach, ihr Pferd zur raschen Gangart drängend, daß ihr Mann im Galopp folgen mußte. Als er ihr zur Seite trabte, rannte sie ihm zu: „Siehst Du nun, was der weibliche Reiz, den das elegante Kostüm zur Geltung bringt, für Wunder wirkt? Bergkuhn ist ja außer sich vor Entzücken, solche Reitdamen wie unsere Töchter ansehen zu können! Dem will ich sie so verführerisch vorsühren, daß er mir keinen Wunsch unerfüllt lassen soll; unser so schimpflich verlorengegangenes Gut muß wieder in unsere Hände gelangen. Glück muß und wird man haben, wenn man nur zur rechten Zeit zugreift.“

Rechne nicht ohne die ahnenstolze Frau v. Bergkuhn zu frühe,“ sprach Delroi.

„D für die hab' ich schon das Stichwort; über ihre Rechte Clotilde werde ich bald von Pepo alles erfahren haben, was auch mir von Nutzen sein soll.“

„Du wirst nicht Zeit finden, ihn vorher anzufragen. Dort steht er ja schon mit Flora vor der Manöge, sie erwarten uns. Sieh' nur, wie unser Kind mit Stolz und Ueberlegenheit dasteht, wie grazios sie die Schleppe hält und die mit Silber ausgelegte Reitgerte schwingt; die wird durch ihre Unnahbarkeit imponiren. Da kommt auch Baron v. Wechler und Loli dazu. Sieh nur, wie Loli es versteht, ihren kleinen Fuß zur Geltung zu bringen, wie sie die Schleppe hoch über den Arm geworfen

hat, daß die gelben Stulpenhandschuhe doch zu sehen sind und die hohen Lackleder-Reitstiefel hervorleuchten können. Denke Dir, Baron Wechler hat ihr silberne Sporen geschenkt, die, ohne gezackte Räder, an den Seiten der Sackeu zu tragen sind, weil Loli ihm beim Promeniren immer etwas vorkirren muß.“

Der Baron von Wechler kam Frau Delroi entgegen, hielt ihr Pferd, dann seine beiden Hände unter ihren Fuß; dies benutzte Frau Delroi als Stütze und stieg ab. Während der Baron bereitwillig und galant das stolze Roß dem Stallmeister zuführte, näherte sich Frau Delroi dem Italiener und war bald mit ihm in ein lebhaftes Gespräch vertieft. Herr Delroi kam ebenfalls bald zu Fuß zur Linken seiner Tochter Flora, und wieder bewegte sich ein eigenthümlicher Zug durch die Straßen des Badeortes nach dem Britisch Hotel, wo in einem besonderen Speisesaale die Tafel bereits gedeckt war und Herr und Frau v. Bergkuhn der Ankommenden harrten.

Der Gastgeber hatte die Platzfrage schon so geordnet, daß er neben Flora und Frau Delroi zu sitzen kam, während Loli sein Gegenüber war, neben welcher der Baron von Wechler saß. Schwelgten die Geladenen in luftigen Genüssen, so ergöhte sich v. Bergkuhn mehr an der Unterhaltung und dem Anblick der jungen Mädchen. Auch Frau Delroi stimmte ihn bald sympathisch, da sie Heiterkeit und frohe Laune zu erwecken wußte und dabei die Vorzüge ihrer Töchter in das hellste Licht rückte. Diese mußten auch angenehm und geläufig als echte Weltbamen viel vom Zirkus, Theater und Rennsport zu sprechen, diesen und jenen launigen Vorfall neckisch zu erzählen, sodas viel gelacht wurde.

Bergkuhn, freudig angelegt, vergaß alles um sich her. (Fortsetzung folgt.)

nungsmensch Stumm, der sich zu dem großmütigen Zugeständnis, daß es auch berechnete Streiks gebe, nur mit der Verlautbarung verstehen konnte, daß die Führer der Arbeiterorganisationen eben allesamt „Vollverführer“ seien. Dies veranlaßt den Genossen Wurm zu der Bemerkung: „Freiherr von Stumm, der die „Vollverführer“ so hasse, wolle wohl nur Volksausbeuter an der Spitze der Arbeiterorganisationen sehen. Wurm stellte dann noch eine sogenannte Verichtigung einer Angabe, die er früher in bezug auf die Torpedo-Werkstätte in Friedrichsdorf gemacht, wörtlich richtig. Genosse Wegger nahm nun Gelegenheit, die Mißstände im deutschen Rheberwesen, namentlich die mangelhafte Besatzung der Lloyd-Schiffe und der Hamburg-Amerikanischen Gesellschaft abermals zur Sprache zu bringen. Er brachte heute die Beweise — die Matrosenrollen, welche schwarz auf weiß darthäten, daß die Zahl der Matrosen an den betreffenden Schiffen den Vorschriften des Gesetzes nicht entspricht. Außerdem geißelte Wegger die famose Manier der Herren Schiffsinspektoren, die Inspektion einen Tag vorher anzuzusetzen. Der vielgewandte Staatssekretär des Innern, Herr v. Wöttcher, brachte es fertig zu beweisen, daß trotzdem alles in Ordnung sei. Herr v. Wöttcher scheint der Nachfolger des seligen Gneist werden zu wollen, „der bekanntlich alles beweisen konnte“.

Das „Haus“, das bisher anständig gewesen war, wurde nach Verlauf von dritthalb Stunden unanständig.

Nachdem der „Wilde“ Herr Köfide Angaben Stadthagens und Molkenbuh's über die Heilanstalten von Berufs-Genossenschaften „widerlegt“, d. h. für falsch erklärt hatte, wurde ein Schlusstritt antrag gestellt und angenommen, der unseren Genossen das Wort abschneidet. Die Temperatur ward jetzt etwas heißer. Und als Herr von Waffow den Amnestie-Erlass „Diebstahl“ des „Vorwärts“ zur Sprache brachte und der Herr Kriegsminister diesen Vorgang und die angeblich unwahren Darstellungen Bebel's aus der zweiten Lesung, in seiner bekannten Manier behandelte, brach der Sturm los. Genosse Liebnicht brandmarkte nach Gebühr die „sittliche Entrüstung“ der Hammerstein- und Peterschiffe, und hielt der „Kreuz-Zeitung“ ihre wirklichen Akten diebstahl aus den 50er Jahren vor, wo sie sogar die Briefe des Thronfolgers stibitzen ließ — ferner die Veröffentlichung von staatsanwaltlichem Material im Leipziger Hochverratsprozeß, in dem Prozeß Antoine u. c. und stellte die künstliche Aufbausung dieser Lappalie in Parallele mit der Nicht-Thätigkeit oder langsamen Thätigkeit der Justiz im Falle Peters und Hammerstein — und schloß damit, daß der „Vorwärts“ fortfahren werde, das Unrecht aufzudecken, und die Schurken und Verbrecher an den Schandpfahl zu nageln. Genosse Bebel, der Liebnicht sekundierte, widerlegte darauf des näheren die sogenannten Widerlegungen des Herrn Kriegsministers.

Morgen Fortsetzung des Etats und zweite und dritte Lesung des Reichsschulden-Tilgungsgesetzes, so daß der Reichstag morgen in die Ferien gehen kann. —

Das preussische Abgeordnetenhaus ist bereits am Montag in die Ferien gegangen, nicht ohne daß vorher noch den Agrariern eine kleine Freude bereitet wurde. Auf der Tagesordnung stand die erste Beratung des bereits im Herrenhause angenommenen Gesetzesentwurfes betr. das Ackerrecht bei Renten- und Anstiedelungsgütern. Obgleich die Materie eigentlich in das Ressort des Landwirtschaftsministeriums gehört, begnügte sich Herr v. Hammerstein mit einigen wenigen Bemerkungen und überließ die Vertretung, wie dies in der letzten Zeit bei allen agrarischen Gesetzen Mode geworden ist, seinem Kollegen vom Finanzministerium. Freilich hatte es Dr. Miquel sehr leicht, da nur die Abg. Ehlers und Richter sich als prinzipielle Gegner der Vorlage bekamen. Richter kritisierte die Agrargesetzgebung der letzten Jahre sehr scharf und ersuchte um Ablehnung des Entwurfs, der geeignet sei, die Unzufriedenheit auf dem Lande zu vergrößern und die durch das Ackerrecht benachteiligten Abfindlinge der Sozialdemokratie in die Arme zu treiben. Die Regierung erklärte, daß sie diesen Gesichtspunkt ebenfalls geprüft habe, aber zu dem entgegengesetzten Resultat gekommen sei. Uns kann das ziemlich gleichgültig sein. Mögen unsere Gegner sich ihre Köpfe darüber zerbrechen, ob Gesetzesvorlagen der Sozialdemokratie frommen oder nicht; wir wissen, daß der endliche Sieg des Sozialismus eine

Naturnotwendigkeit ist, die man weder durch gesetzgeberische Maßnahmen, noch durch Gewalt aufhalten kann. Nach kurzer Debatte, in der sich die Gegner der Konserwativen, Freikonservativen und des Zentrums für den Entwurf erklärten, während die nationalliberale Partei in dieser Frage gespalten ist, wurde die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, welche am 14. April stattfindet, stehen Initiativentwürfe. —

Peters-Pigarrillo. Wie der „Freisinnigen Zeitung“ aus London geschrieben wird, ist der in den Reichstagsverhandlungen von Bebel stützte Brief von Dr. Peters nicht an den Bischof Zuder von der Church Missionary Society gerichtet, sondern an den Bischof Smithie von der Universitäts-Mission. Peters benutzte diesen Irrtum, um die Leute glauben zu machen, er habe überhaupt nicht an einen Bischof geschrieben. —

Offiziere und Unteroffiziere. Aus der Rede des Demokraten Hausmann zum Etat des allgemeinen Pensionsfonds leuchtet wieder die unverbessliche, mit lähmem Schwung sich über die Thatsachen hinwegsetzende Ideologie hervor, die das wesentlichste Merkmal unserer heutigen bürgerlichen Opposition ist. Wenn man die Naivität dieser Freisinnigen und Demokraten in ihrer ganzen Größe kennt, dann kann man begreifen — aber beileibe nicht entschuldigen —, daß sich der Kommissar des Kriegsministeriums, General v. Spih, über den braven schändlichen Abgeordneten moquirt. Wer ernsthaft noch an das „Volk in Waffen“ glaubt, wer noch im Irrwahn lebt, als hätten wir ein Heer vornehmlich für das Volk, nun, der mag ja immerhin eine Demotisierung des Offizierkorps als wünschenswertes Ziel hinsetzen; wer aber die Verhältnisse in ihrem tieferen Zusammenhange begriffen hat, dem tauchen solche sinnlichen Wünsche nicht mehr auf. Mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit ist von der berufensten Stelle nicht einmal, sondern dühndmaße als eine der Aufgaben der deutschen Armee klar und bündig bezeichnet worden: Der Kampf gegen den inneren Feind. Wenn Herr Hausmann es noch nicht wissen sollte, so wollen wir es ihm hier verraten, daß in dem sogenannten Fahnenrede des deutschen Soldaten, den er ablegen muß, will er sich nicht den empfindlichsten Strafen aussetzen, das Wort „Vaterland“, „Deutschland“ oder „Volk“ überhaupt nicht vorkommt. Das sind Begriffe, die für den Soldaten, wenn überhaupt, so doch erst in zweiter Linie in Frage kommen. Und zur Führung dieser bewaffneten Scharen die durch ihren Eid ganz und gar in den Dienst des Fürsten gestellt werden, meint Herr Hausmann, seien Kinder des Volkes geeignet, wie die Unteroffiziere es heute in ihrer übergroßen Mehrheit sind? Nein, soviel besser haben die Herrschenden denn doch ihr eigenes Interesse begriffen, daß sie dazu nur die Kinder der an der Erhaltung des Bestehenden interessierten Klasse zulassen. Tiefer als durch Schärpe und Kesselschlag sind die Offiziere durch ihren Klasseninstinkt und ihr Klasseninteresse von den Unteroffizieren getrennt, die, wenn sie sich dessen auch in ihrer Unkenntnis nicht bewußt sind, in ihrer erdrückenden Mehrzahl nichts als uniformierte Proletarier sind. Als deutliches äußeres Kennzeichen des Klaffen zwischen Offizieren und Unteroffizieren kann man die Satisfaktion oder Unzufriedenheit der ersten bezeichnen. Und diese Unzufriedenheit (d. h. die Gephlogenheit, einen persönlichen Gegner auf eine gegen Gesetz und Sitte als „anständig“ bezeichnete Art und unter gewissem feierlichen Rindem vom Leben zum Tode zu bringen) ist ein Vorrecht der Klasse, aus der die Offiziere stammen, nicht des Offizierstandes. Hier also, wo die Klassenunterschiede im schärfsten Grade ausgeprägt sind, hier, wo sie geradezu typisch werden, hier wünscht sie Herr Hausmann und mit ihm Zehntausende guter Philister-Klatschmühen zuerst überbrückt zu sehen.

O, heilige Einsicht!

Ein bimetallesches Sedan war die vorwöchentliche Debatte im englischen Parlament, auf welche unsere Silbernen die überschwänglichsten Hoffnungen gesetzt hatten. Nicht nur wurde der Blödsinn einer Doppelwährung unbarmherzig zerpflegt, sondern auch alle Zukunftshoffnungen wurden mit grausamer Hand zerstört. Und am grausamsten war der vermeintliche Messias Balfour, der kühl erklärte, wenn die anderen Länder ihr Geld verschlechtern wollten, so sei das sehr gut für — England, allein von England könne man doch nicht verlangen, daß es sich zu gründe richte. Und die englische Regierung läßt durch den „Standard“ erklären, daß sie nicht daran denke, eine internationale Konferenz über Bimetallismus zu berufen. Dagegen sei die Regierung bereit, die indischen Prägstätten wieder zu öffnen, wenn der lateinische Münzverein seine seit 1873 geschlossenen

Geheulanten fallen lassen. Sie suchen auch hinter den Kulissen Beziehungen zur Kunst anzuknüpfen, wobei das Stadtoberhaupt sich besonders hervorthat. Zum Schluß brennt noch die Bürgermeisterschwärmerin mit dem ersten Liebhaber des Theaters durch und geht selber zur Bühne, während der Bürgermeister den Theaterdirektor nur dadurch wieder aus Halbe fortzuschaffen im Stande ist, daß er seine ziemlich beträchtlichen Schulden bezahlt.

Der Schwank wurde von dem leider nicht sehr zahlreichen Publikum, das den stärkeren Vortagen des herrlichen Frühlingswitters widerstanden hatte, recht freundlich und beifällig aufgenommen. Nach unserem Empfinden hätte die Wirkung noch größer sein müssen, wenn der Schwankcharakter des Stückes etwas weniger betont wäre. Neben einem fein humoristischen Element tritt ein grob komisches mehr hervor, als es der Stoff verlangt. Im ersten Akt sah es fast aus, als ob das Stück sich zu einer wichtigen Komödie entwickeln sollte, aber im zweiten gerät es in das Fahrwasser der verhassten Posse, aus dem es sich auch in den beiden letzten nicht ganz wieder herausarbeiten vermag. Dieser Zwiepsalt geht bis ins einzelne: im Dialog wechseln blutige Kalauer mit treffenden Ausfällen gegen die Tugendheuchelei bürgerlicher Kreise.

Gespielt wurde flott und meist gut. Den Bürgermeister gab Wilhelm Ruff recht gelungen und wirksam. In der Rolle des Theaterdirektors fand Ernst Peter sen Gelegenheit, seine drastische Spielweise zu zeigen; er entsetzte manches laute Gelächter. Das meiste Lob verdienen die Leistungen von Paul Hankel, der in dem Vektor eine sehr charakteristische Gestalt auf die Bühne stellte, und Charles Gamaun, dessen ergötzlicher Polizeidiener Stumpe sich die Sympathien des Publikums rascher und nachhaltiger erwarb, als das sonst bei Polizeidienern der Fall ist. Von den übrigen Darstellern ist besonders Lotte Pippenow hervorzuheben, die sich als Bürgermeisterschwärmerin durch frisches, natürliches Spiel auszeichnete.

Alexanderplatz-Theater. Nachdem die „kleinen Kammern“ von Barney die städtische Zahl von 150 Aufführungen erlebt haben, ließ die Direktion sie nach dem Dönhofsplatz übersiedeln, und versuchte es im alten Hause mit einer Novität. Die Musiketiere in „Damenstift“ heißt ein Werk desselben Komponisten, das, trotzdem es vor drei Jahren von einer französischen Truppe im Apollo-Theater aufgeführt worden ist, in Berlin wohl als ein neues Werk gelten kann. In diese dreitägige Operette hat der Komponist ein Bouquet reizender Melodien voll echt französischer Grazie verweben, Melodien, die den seltenen Vorzug haben, daß sie anheimelnd und leicht fahbar sind, ohne trivial zu werden. Auch die Instrumentation des Werkes ist prächtig; als ein wahres Meisterstück muß ein Quintett im dritten Akt bezeichnet werden. Bei aller Melodienfülle wird die Operette aber kaum den

Prägstätten wieder öffnen wolle. Nun, wenn das geschähe, so würde es auf die Goldwährung ganz ohne Einfluß sein. Es wird aber schwerlich geschehen. Kurz, die amerikanischen Silberbergwerks-Besitzer brauchen sich vorläufig in keine weiteren Agitationskämpfe zu stürzen. Und im Reichstag werden wir wohl so bald nicht gefordert werden — wenn auch Herr v. Kardoff noch so oft seine Kassandrastimme ertönen läßt. —

Der Dongola-Feldzug. In Frankreich hält die Mißstimmung gegen das Vorgehen der englischen Regierung fortgesetzt an. So fordert der als angesehenes Mundstück der Kapitalisten bekannte „Temps“ ein formelles Dementi von dem englischen Minister Balfour bezüglich der angeblich von ihm im Unterhause gebrauchten Worte: „Wenn wir in Dongola sind, so giebt es keinen Rückzug mehr, denn die englischen Soldaten bleiben da, wo sie ihre Fäße einmal hingefest haben!“ Das Pariser Blatt meint, Balfour habe durch diese Worte den geheimen Plan der englischen Regierung, den Sudan zu erobern und definitiv in englischen Besitz zu bringen, verrathen. Es hat sich ferner in Paris das Gerücht verbreitet, daß die türkische Regierung einen energischen Protest gegen die Verwendung der ägyptischen Reserven jenseits loslassen werde. Nun hätte bei der Schwäche der Konstantinopeler Regierung ein solcher Protest an sich herzlich wenig zu bedeuten, wenn nicht darin die Hand der russischen Diplomatie zu erkennen wäre, die zeitweilig in Konstantinopel übermächtig ist und bereits ihre Absicht zu erkennen gegeben hat, den französischen Freund in der ägyptischen Frage zu unterstützen. Trotzdem spricht indes das englische Blatt „Times“ die Hoffnung aus:

Frankreich und Rußland würden sich davon überzeugen können, daß nichts in der Expedition nach Dongola liege, was ihre Interessen verletzen könnte. England gehe nicht darauf aus, den Sudan oder irgend einen Theil desselben zu annektieren, es handele vielmehr im Geiste der französischen Bestrebungen, wonach das Nilthal rechtmäßig zu Ägypten gehöre. Das gegenwärtige Ziel Englands sei, die ägyptische Grenze gegen wirklich vorhandene Gefahr gründlich zu sichern und diese Sicherung dadurch zu einer dauernden zu machen, daß die fruchtbare Provinz Dongola dem ägyptischen Gebiet angegliedert werde.

Ueber den Fortgang der Unternehmungen an der ägyptisch-sudanesischen Grenze liegen noch folgende Meldungen vor:

Eine ägyptische Kolonne besetzte am Freitag ohne Widerstand Klafsch. Man sendet Kriegsmaterial und Lebensmittel nach Klafsch. Klafsch wird stark besetzt und besichtigt. Die Stärke der Garnison läßt sich noch nicht angeben, da täglich Verstärkungen eintreffen. Die mit dem Transport beauftragte gewesene Kamelkolonne ist gestern Abend aus Klafsch ohne Verluste nach Sarras zurückgekehrt. Der Oberbefehlshaber General Richener ist mit Slatin Pascha und anderen Offizieren zu den Truppen abgegangen.

Das neunte sudanesishe Bataillon kam am 21. März aus Suakin in Koffer an und marschiert morgen durch die Wüste nach Keneh, woselbst es voraussichtlich Mittwoch eintreffen wird. Die Entfernung beträgt 110 Meilen.

Deutsches Reich.

Die neue Gesetzesvorlage über die Anwälte hat im Anwaltsstande große Erregung hervorgerufen. Der Vorstand der hiesigen Anwaltskammer hat daher auf Antrag der gesetzlichen Zahl von Anwälten zum 9. April eine außerordentliche Generalversammlung berufen, die zu dem Besetzungswahl stellen nehmen soll.

Für die Reichstags-Erschwahl in Ruppins-Templin haben die Konserwativen mit dem Bund der Landwirthe und den Antijemiten als ihren Kandidaten einen Junker von Quasi-Nadensleben auf den Schild erhoben. Bei der Wahl im Jahre 1893 erhielt der konserwative Kandidat 9326 Stimmen, der Kandidat der freisinnigen Volkspartei 5520, ein Kandidat, welcher sich der freisinnigen Vereinigung zurechnete, 1497 Stimmen, während auf den Sozialdemokraten 3105 Stimmen fielen. Bei der Stichwahl siegte alsdann Bohm mit 10 182 Stimmen gegen 9950 konserwative. —

Erledigter Reichstags-Sitz. Der Zentrums-Abgeordnete Kammergerichtsrath Hintelen ist zum Präsidenten des Ober-Landeskulturgerichts ernannt worden. Damit ist der Sitz für Trier erledigt. Hintelen erhielt 1893 von 13 157 abgegebenen Stimmen 10 898 Stimmen. —

Zum „Militär-Verordnungsblatt“-Prozesse Auf die in Nr. 70 des „Vorwärts“ enthaltene Bemerkung de-

Erfolg haben, wie die Kleinen Kammern. Zunächst hindert ein ebenso angebrachtes wie handlungsarmes Sujet am Gelingen. Die schon aus den Kleinen Kammern bekannten tapferen Männer, die ihre Liebste aus dem Kloster entführen, plagen sich drei Stunden lang in einer Handlung, die kaum für einen Akt ausreicht. Doppelt unangenehm wurde diese Debe in der Premiere infolge der vielen Wiederholungen, welche die Direktion durch eine übertriebene Klauke herbeiwünschten ließ. Und dann that weder das Orchester noch das Künstlerpersonal seine Schuldigkeit; es schien, als ob das Werk recht überhäuft eingedrückt worden war. Ungetheilte Anerkennung verdienen nur wenige der zahlreichen Mitwirkenden; die Damen Szilassy und Milten, sowie die Herren Tarno und Holder hoben sich merkwürdig aus der Unschärfe und Unruhe ihrer Kollegen heraus. Herr Tarno läßt sich ein Organ und eine Schilung nachrühmen, die ihn unseres Erachtens zu höheren Dingen befähigte.

Das Reichshallen-Theater erscheint jetzt in etwas vornehmer Verfassung, als sie diesem stattlichen Hause bislang in seiner Eigenschaft als Varietébühne eigen war. Die mannigfachen Stürme des letzten Winters, die bei dem Bormärts-Malheur anhuben und bei den falschen X-Strahlen endeten, haben gar viel verwüstet, und groß war die Zahl derer wahrlich nicht, die sich am Sonnabend in die weiten Räume hineingetraut hatten. Aber man bemühte sich sichtlich, die Erhebung vom Chantant zur veritablen Operettenbühne, die unter der neuen Direktion Genée und Paulet vor sich gegangen, möglichst in die Augen fallen zu lassen; das große Plakat am Eingange, wonach das Nauchen an den Operettenabenden nicht gestattet ist, erinnerte schon äußerlich daran, daß es mit Luftsprüngen und Tangelangelkünsten zu Ende sein solle. Mit dem Künstlerpersonal vom Alexanderplatz-Theater wurden die Kleinen Kammern in herkömmlicher Weise gegeben. Zwei Rollen waren nicht zum Besten neubesetzt; im übrigen zeigte die Vorstellung das bekannte Bild. — Interessanter als diese Operette war die Auf-führung des alten Singstücks „Der Kurmärker und die Picarde“. Nicht so sehr um ihres Inhaltes willen. Der anspruchslose Charakter des seligen Hofraths Schneider erscheint heute sehr verbläht und läßt uns rathen darüber, daß man sich zu Großvaters Zeiten mit so wenigem begnügen konnte. Anziehend wurde der verstaubte Schindler aber herausgeholt durch Herrn Smoboda als tapferer Landwehmann und weit mehr noch durch das wahrhaft prächtige Spiel des Fräulein Adeline Genée. Die Dame tanzte Ethnographie, so lebhaft veranschaulichte sie die französische Grazie im Gegensatz zu der plump-sentimentalen Klobigkeit ihres Landesfeindes. Es war, als wollte die Künstlerin durch ihren Kontrast alle Jurabpatrioten von der Kulturwidrigkeit des ganzen letztjährigen Jubiläumstrabans überzeugen. Möge sie Erfolg haben in ihrem friedensfreundlichen Wirken.

Kunst und Wissenschaft.

Belle-Alliance-Theater. Sonntag Nachmittag: Rothe Zettel, Schwank in 4 Akten nach einem norwegischen Stoffe von Richard Mark. Volks-Vorstellung unter Regie von Jul. Zurl.)

Wer nach dem Titel dieses Stückes eine Verpottung politischer Sozialistenriecherei erwartet hatte, der sah sich enttäuscht. Zwar spielt auch die Polizei in dem Schwank eine wichtige Rolle, aber sie richtet ihre gesellschaftskritische Thätigkeit nicht gegen böse Sozialdemokraten, sondern nur gegen ein harmloses Theatervöllchen. Sie wird freilich sammt der kleinen „Gesellschaft“, deren Wohl ihrem Schutze anvertraut ist, von dem Theatervöllchen mit derselben Eleganz hineingeleitet, als ob sie es mit den bösesten Sozialdemokraten zu thun hätte; und da das auf eine höchst belustigende Art geschieht, so verwandelte sich auch bei denen, die es anfangs nach einem „politischen Lied“ verlangte, die Enttäuschung bald in Vergnügen.

Die Geschichte spielt in einem Städtchen Halde im Schleswigschen. Die Obrigkeit wird hier durch den Bürgermeister und den Polizeidiener repräsentiert. Weil seit 1864 das Auftreten dänischer Schauspieler in dem Grenzgebiete verboten ist, gestattet der vorsichtige Bürgermeister überhaupt kein Theater in Halde. Der Direktor einer reisenden Schauspielertruppe, die nach Halde kommt, sucht den Ortsgewaltigen umzustimmen, indem er das Theater, unter Hinweis auf die Erlässe königlicher Theater in Berlin, als vortrefflich und vollzweckend schildert. Aber sein meist aus klassischen Stücken bestehendes Repertoire findet keine Gnade vor dem Bürgermeister, der in jedem Stücke etwas staats- oder sittengefährliches entdeckt. Die Güte der Gesellschaft von Halde, vertreten durch den Pastor, den Schulrektor und den Redakteur des in dem Orte erscheinenden Blättchens, stimmt dem Stadtoberhaupt bei: das Theater verdirbt die guten Sitten, darum muß Halde davor bewahrt bleiben. Zwei junge Damen, die fürs Theater schwärmen, die Töchter des Direktors und des Bürgermeisters selber, sehen es durch, daß nach einander die Presse, die Wissenschaft, die Kirche und schließlich auch die hohe Obrigkeit ihren Widerstand gegen das gefährliche Theater aufgibt. Der Direktor darf seine Bühne in dem stiftamen Halde aufschlagen, aber er muß den Charakter seiner Stücke vorher bekannt machen, damit sich jeder mit dem Besuche danach richten kann: unschuldige Stücke müssen auf weißen, bedenkliche auf lilafarbenen und die schlimmsten auf rothen Zetteln angefündigt werden. Selbstverständlich machen die weißen Zettel leere und die rothen volle Häuser, so daß der Direktor, der es zuerst mit weiß und dann mit lila versucht hat, schließlich nur noch mit rothen Zetteln spielen will. Von dem weiteren Gang der Handlung wollen wir nicht viel verrathen. Es genüge anzudeuten, daß die Honoraktoren von Halde nicht bloß vor den Klauissen die Tugendmaske von dem

züglich der in der vorausgegangenen Nummer im Anschluss an den Leitartikel veröffentlichte „Zukunft“ sei es dem Verfasser der letzteren gehalten, folgendes zu erwidern:

Nachdem am Anfang jenes Artikels rein objektiv die von dem Herrn Oberstaatsanwalt gegebene Darlegung des Herganges reproduziert und im Anschluss hieran der Gegenstand der von der Strafkammer und der von dem Schöffengerichte vertretenen Auffassung angebeutet worden war, ging Verfasser zu einer Kritik nicht des landgerichtlichen Beschlusses, dem er ja zustimmt, sondern des schöffengerichtlichen Urtheils über. Letzteres bezeichnete er als einen „Fehlbeschluss“, eine Wendung, die schon nach allgemeinem Sprachgebrauch sich auf einen „Beschluss“ gar nicht beziehen kann. Die Erklärung für das häufige Zustandekommen solcher Fehlbeschlüsse in politischen Prozessen wurde dann in den dort angebeuteten Thatsachen gesucht und am Schlusse im allgemeinen bemerkt, dass vielfach die Gerichte, dessen selbst vielleicht unbewusst, sich von gewissen Anschauungen leiten lassen, die sie aus ihrem Ideenkreise wenigstens in foro verbannt hätten. Der Vorwurf einer vorsätzlichen Verletzung des Rechts, wie ihn der Herr Einsender aus jenem Artikel heraus- oder vielleicht hineinliest, ist somit weder gegen die Gerichte im allgemeinen, noch gegen das Schöffengericht im besonderen erhoben worden, am allerwenigsten aber gegen die Strafkammer, welche das Hauptverfahren eröffnete; der Verfasser hätte denn das, was er selbst als richtig erkennt und vertritt, als eine unzutreffende Entscheidung hinstellen und angreifen müssen. Ob das Missverständnis darauf zurückzuführen sei, dass der Herr Einsender den Aufsatz vielleicht nicht ganz unbefangenen gelesen hat, oder daraus, dass es der Verfasser an der nöthigen Klarheit in der Wiedergabe seines Gedankenganges hat fehlen lassen, kann hier füglich dahingestellt bleiben. Sollte letzteres der Fall sein, so dürfte die vorstehende Erklärung den vorhandenen Mangel zu beseitigen voll ausreichen.

Deftan, 21. März. Das Herzogthum Anhalt befindet sich in der glücklichen Lage, dass es nach einer dem Anhalter Landtag gemachten Mitteilung am 1. April 1897 nicht nur keine Schulden mehr, sondern sogar noch einen Reservefonds von mehreren Millionen besitzt wird.

Frankreich.

Paris, 21. März. Deputirtenkammer. Unter großem Andrang des Publikums begann die Berathung über den Antrag der Budgetkommission betreffend die Ablehnung des Einkommensteuer-Gesetzentwurfs. Jaurès tritt für die Regierungsvorlage ein, welche von demokratischem Geiste erfüllt sei und Handwert sowie Ackerbau entlasten werde. Eine Einkommensteuer habe sich schon seit zwanzig Jahren als unerlässlich gezeigt. Wir verwerfen, schloß Redner, gewaltsame Mittel zur Verwirklichung des sozialen Fortschritts, wir werden aber auf unser Ideal zugehen, indem wir dabei immer den gegenwärtigen und früheren Zustand der Gesellschaft achten. Léon Say bekämpft die Ausführungen Jaurès und billigt den Beschluss der Budget-Kommission. Redner behauptet, das Ziel der Sozialisten, trotz ihrer Erklärungen sei, das Eigentum zu unterdrücken; die Regierungsvorlage würde ihnen dabei Hilfe leisten.

Paris, 23. März. Ministerpräsident Bourgeois wird, wie der „Gaulois“ meldet, nicht in die Debatte über die Einkommensteuer eingreifen, damit er, wenn die Vorlage abgelehnt wird, ein neues Kabinet bilden kann.

Die sozialistischen Abgeordneten brachten am 21. März eine Vorlage ein, die bestimmt ist, die Arbeitskommission zur Sammlung und Revision aller die Arbeit betreffenden Gesetze zu veranlassen, damit daraus ein Arbeits-Gesetzbuch gemacht werden könne. Dasselbe soll 5 Artikel enthalten: 1. Arbeitsverhältnisse. 2. Arbeitslohn. 3. Organisation der Arbeit (Bereine). 4. Rechtsprechung. 5. Strafsachen.

Marseille, 22. März. Die Senatswähler des Departements Bouches du Rhône, Baudouin und Bar werden in nächster Zeit hieselbst einen Kongress abhalten, welcher sich mit der Abschaffung des Senats befassen wird.

Zum Schiedsrichter in dem französischen brasilianischen Konflikt wegen des Mapa-Gebietes ist der Bundespräsident der Schweiz gewählt worden.

England.

London, 23. März. Die „Times“ veröffentlichen einen Brief Lord Salisbury's an den früheren Minister Stanfield, wonach augenblicklich der Regierung der Vereinigten Staaten Vorschläge für eine schiedsrichterliche Beilegung der zwischen England und Amerika bestehenden Meinungsverschiedenheiten vorliegen.

Dänemark.

Kammerkonflikte. Zwischen der ersten und zweiten Kammer des dänischen Parlaments ist über das Budget wieder ein Konflikt ausgebrochen. Es ist erinnerlich, dass das Folkething der Regierung einen Theil der Militärforderungen gestrichen, gegen ihren Widerspruch die Verhaftung der Dampferlinie von Obbjerg nach England und die grundgesetzwidrige Verpflichtung der offiziellen „Berlingschen Zeitung“ zu einer Abgabe an den Staat beschlossen hat. Der Budgetausgleich des Landthings hat sich in allen Streitpunkten zu gunsten der Regierung ausgesprochen. Nach einer Version soll das Kabinet kampfmüde sein und zurücktreten, nach einer anderen soll nur der Kriegsminister Thomsen, der zudem durch Krankheit an der energischen Vertretung seines Postens verhindert ist, und der Minister Hörring geopfert werden.

Schweden.

Die Schutzöllner haben die Erhöhung der Zölle auf Schweinefleisch durchgesetzt und die Anträge auf Herabsetzung der Getreidezölle abgelehnt.

Italien.

Rom, 21. März. Deputirtenkammer. Die von Sonnino beantragte einfache Tagesordnung, die von der Regierung abgelehnt wird, wurde in namentlicher Abstimmung mit 219 gegen 110 Stimmen verworfen, bei 72 Stimmenthaltungen. Die Tagesordnung der Sozialisten, welche die Rückberufung der Truppen aus Afrika verlangt, wurde durch Aufstehen und Sitzbleiben abgelehnt. Sodann wurden die drei Artikel der Vorlage über den Kredit für Afrika durch Aufstehen und Sitzbleiben genehmigt und endlich die gesammelte Vorlage in geheimer Abstimmung mit 265 gegen 67 Stimmen angenommen. Hierauf verlagte sich die Kammer zum 23. April.

Aus der vor der Abstimmung gehaltenen Rede Rudini's heben wir die folgenden Stellen hervor:

Ministerpräsident Rudini erklärte, was die Amnestie betrifft, so werden die Gesandnisse niemals an Ferri und seine sozialistischen Freunde ausgeliefert werden. Es werde keine Amnestie bewilligt werden für Individuen, welche wegen gemeiner Verbrechen verurtheilt wurden, auch dann nicht, wenn diese Verbrechen mit politischen Vergehen im Zusammenhang stehen. Wenn Ferri eine Entschädigung beabsichtige, so weist er (der Ministerpräsident) dies zurück, und wenn Ferri ihm den Freispruch hinweisen wollte, so habe er ihn auf (Beifall). Bezüglich der auswärtigen Politik erklärte Rudini, die traditionelle Freundschaft mit England vervollständige das System der italienischen Allianzen.

Er könne nicht leugnen, dass zwischen ihm und einem Theile der äußersten Linken eine Meinungsverschiedenheit über gewisse Punkte bestehe, aber dies sei nicht im geheimen, sondern öffentlich durch ein feierliches Wort in dieser Kammer kund geworden; er sei eines Sinnes mit der extremen Linken gewesen in dem

Willen, die öffentlichen Freiheiten wiederherzustellen und in Afrika Frieden zu schließen. Aber weder er, noch Cavallotti wollten jemals auch nur einen Theil ihrer Ideale und Prinzipien opfern.

Rom, 22. März. Der „Italia“ zufolge wäre ein Telegramm des Generals Baldissera über die Friedensverhandlungen mit Menelik hier eingetroffen; danach lägen bisher keine Beweise vor, dass der Friede nicht unter ehrenvollen Bedingungen abgeschlossen werden könnte; allein es beständen Schwierigkeiten, welche den Abschluss des Friedens weniger wahrscheinlich machen könnten. Die „Italia“ fügt hinzu, das Ministerium ist getreu dem Friedensprogramme, entschlossen, den entschiedensten Widerstand gewissen Forderungen des Negus entgegenzusetzen, von denen bisher nie gesprochen worden sei und deren Quelle die Regierung kenne.

Sozialisten und Republikaner. Während der Verhandlungen des italienischen Parlamentes über den afrikanischen Krieg und den von der Regierung geforderten Kredit von 180 Millionen Franken (104 Millionen Reichsmark) nahm der sozialistische Abg. Prof. Enrico Ferri das Wort zu einer viel vermerkten Rede, in der er seine republikanischen Standpunkte scharf feingezichnete. Ferri erklärte, dass seine Fraktion im Gegensatz zu den von Cavallotti geführten Republikanern durch den Rücktritt Crispi's sich nicht befriedigt erklären könne, dass sie im Gegentheil auch zu der gegenwärtigen Regierung in schroffer Opposition verharre. Er warf der Regierung vor, dass sie die Amnestie nicht auf alle auf Grund der Ausnahmegesetze und der Haft- und Verachtungs-Paragrafen und der Bestimmungen betr. Gutherigkeit verbotener Handlungen verurtheilten Personen ausgedehnt habe. Zahlreiche Leute, welche ebenso und aus gleichen Gründen wie De Felice, Dr. Barbato und Bosco von den Militärgerichten verurtheilt wurden, schmachteten noch in den Zuchthäusern.

Dann griff Ferri das neue Zirkular des Ministers des Innern an die Präfecten an, wodurch sie beauftragt worden, Arbeiterassoziationen zu beaufsichtigen. Dieses Zirkular widerspricht der Versammlungsfreiheit und stellt sich dar als ein Eingriff der politischen Macht in das Wollen der Gerichte. Der Minister möge doch darlegen, was er unter den von ihm als verbrecherisch gekennzeichneten Vereinigungen verstehe? (Starke Unruhe auf den Regierungsbänken. Wir Sozialisten werden für jede von Ihnen aufgelöste Vereinigung hundert neue gründen.“ (Beifall. Brandes auf der äußersten Linken, Unruhe auf den Regierungsbänken.)

Die afrikanische Politik betrachte ich lediglich unter dem Gesichtspunkte, dass man der Armer Gelegenheit geben wolle, sich durch billige Lorbeeren von der Antipathie zu befreien, die sich durch die blutige Unterdrückung der Unruhen in Sizilien und Massa Carrara erworben hat. (Angehörige Unruhe, zahlreiche Zwischenrufe, Ordnungsruf des Präsidenten.) Der frühere Kriegsminister Mocenni war es, der es als die Aufgabe der Armer bezeichnete, gegen die inneren wie äußeren Feinde zu dienen. (Neue Unterbrechungen.) Im Namen der sozialdemokratischen Partei fordere ich den Rückzug der Truppen aus Afrika und die Beilegung des früheren Ministeriums in Anklagezustand. Man muß Licht in die afrikanische Angelegenheit bringen, welche veranlaßt wurde von dem unverantwortlichen Gewalten (Während der Unterbrechungen, die Kammer erhebt sich gegen den Redner, der Präsident droht mit Entziehung des Wortes, wenn er weiter in diesem Tone fortfahre, er erinnert den Redner an seinen Eid.) Ueberlassen Sie unsere Erde unserem Gewissen, welches nichts zu thun hat mit den Schmutzereien der Banca Romana. (Beifall und Unruhe.) Ja, ja. Es giebt leider Machtthatsachen, welche dem Parlamente gegenüber nicht verantwortlich sind. Man übersehe es nicht, die Stunden der Monarchie sind gezählt; und wir Sozialdemokraten sind, wenn wir auch auf diese rein formale Frage kein besonderes Gewicht legen, Gegner der Monarchie. (Der Lärm der Gegner überdünnt die laute Stimme Ferri's. Der Präsident fordert ihn zur Zurücknahme seiner Worte auf.) Ich habe keine Stimme zurückzunehmen. Ich konstatire einen Eingriff in die parlamentarische Freiheit. Ich werde nur der Gewalt mich fugend, aufs Wort verzichten. (Neue Unterbrechungen, der Präsident unterbricht die Sitzung.)

Die Erklärungen Ferri's haben im ganzen Lande großes Aufsehen gemacht. Um die hochpolitische Bedeutung der republikanischen Erklärung Ferri's und damit der sozialdemokratischen Fraktion des italienischen Parlamentes zu begreifen, muß man sich die Freiheit vor Augen halten, welche die republikanische Bourgeoisie Italiens soeben an den Tag gelegt hat. Im ganzen wurde die Verantwortlichkeit für die Niederlagen in Afrika der Krone zugeschoben, die Republikaner haben aber diese für sie so überaus günstige Situation ungenutzt vorbeigehen lassen. Der Republikanismus der sogenannten italienischen Republikaner hat sich als leere Phrase, als ein Schattengebilde erwiesen; die Sozialisten haben nun durch ihre Propaganda für die demokratischen Ideen den Republikanern den einzigen Grund ihrer Existenzberechtigung aus der Hand entwunden. Hierin liegt die außerordentlich große Bedeutung der Erklärungen Ferri's.

Die Sympathie der Sizilianer für ihre Märtyrer äußert sich in dem begeisterten Empfang, der ihnen bei ihrer Heimkehr wird. Gestern früh traf der freigelassene sozialistische Abgeordnete Bosco in Palermo ein. Ueber 6000 Personen warteten, wie die „National-Zeitung“ meldet, seit 4 Uhr nachts am Hafen. Zahlreiche geschmückte Wagen empfingen ihn mit bengalischem Feuer. Auf der Spitze des Monte Pellegrino war ein großes Freudenfeuer angezündet. Der Triumphzug durch die Stadt war großartig. Bosco erklärte in seiner großen Begeisterung ermedelten Rede, dass er die Propaganda dem Abgeordneten-Mandate vorziehe.

Gegen General Baratieri ist nunmehr vom Staatsanwalt des Militär-Gerichtshofes die Anklage erhoben worden.

In einem Schreiben an den König Humbert rechtfertigt General Baratieri seine Taktik. Er droht mit Entlassungen, wenn die Regierung ihn vor ein Kriegsgericht stellen sollte. Dann will er dem ganzen Lande den Beweis erbringen, dass die Verantwortlichkeit für die Niederlage bei Adua an höherer Stelle zu suchen sei. Mit Rücksicht auf die befürchteten Enthaltungen will die italienische Regierung den Prozess in Massauah und nicht in einer italienischen Stadt führen lassen.

Spanien.

Madrid, 23. März. Die Regierung hat beschlossen, ein vollständiges Memorial betreffs der den Kubanern gewährten abministrativen und politischen Freiheiten zu veröffentlichen und dasselbe in großer Anzahl in Amerika vertheilen zu lassen. Sie hofft auf diese Weise der anti-spanischen Strömung in den Vereinigten Staaten Einhalt zu thun.

Türkei.

Konstantinopel, 22. März. In der gestrigen Sitzung des gemischten Rathes theilte der armenische Patriarch mit, da die Bemühungen zur Besserung der gegenwärtigen Verhältnisse zur Fortw. ergebnislos geblieben seien, beabsichtige er seine Entlassung nachzusuchen. Der Patriarch wurde gebeten, im Amte zu verbleiben und seine Bemühungen fortzusetzen.

Konstantinopel, 23. März. Die Meldung von dem von Sultan Pascha auf Kreta veröffentlichten Amnestie-Erlass beschäftigt. Die Amnestie erstreckt sich auf alle bis zur Ankunft Turhan Paschas auf Kreta wegen politischer Vergehen und Verbrechen Verurtheilten.

In Kilikien im Okazet Meppo fand ein blutiger Zusammenstoß zwischen Armeniern und Muhammedanern statt, wobei auf beiden Seiten mehrere Personen getödtet und verwundet wurden.

Amerika.

New-York, 22. März. Einer Depesche des „New-York Herald“ aus Laguna zufolge ist das venezolanische Kriegsschiff „Mariscal Bucacuche“ bei Margarita infolge einer Explosion verbrannt. Acht Mann fanden dabei ihren Tod.

Caracas, 23. März. Die Deputirtenkammer lehnte einen Beschlusstrag ab, wonach die Aufständischen auf Kuba als kriegführende Macht anerkannt werden sollten.

Afrika.

Kapsstadt, 19. März. Es besteht die Absicht, den ganzen Schriftwechsel betreffend die Reise des Präsidenten Krüger nach England dem Volsraad der Südafrikanischen Republik vorzulegen, der am 4. Mai zusammentritt.

Der Kongostaat und die Mahdisten. Ueber die Lage am oberen Nil veröffentlicht der in Brüssel erscheinende „Nouv. geograph.“ eine Studie. Daran geht hervor, dass die Mahdisten infolge eines Aufstandes der eingeborenen Dinkas aus dem Bah-el-Ghazal, wo sie das westliche als die alte Scriba gelegene Dem-Siber (befestigter Platz von Siber Pascha) besetzt hatten, vertrieben worden sind. Am Nil haben sie Wadelai und Lado aufgegeben. Ihr südlichstes Lager am Nil ist Bor, nördlich des sechsten Breitengrades. Die Truppen des Kongostaates haben keinen Punkt der Küstenseite Lado, weder am Nil selbst noch im Innern, in Besitz, nehmen aber starke Stellungen am oberen Nile ein. Dort ist das Fort Dangu der südlichste Punkt ihrer Vertheidigungslinie. Das Fort ist mit Kanonen armirt und mit mehr als 1000 Mann unter Befehl des Kommandanten Chaltin besetzt.

Alle diese Bewegungen lassen darauf schließen, dass die Kongo-Truppen gleichfalls gegen das Mahdi-Reich in Bewegung gesetzt werden sollen.

Reichstag.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Abg. Lenzmann: Nach der Aeußerung des Kriegsministers sollte man meinen, daß ich den Schöler der Kriegsverwaltung preisgegeben habe. Ich habe ihn in Schutz genommen gegen die Angriffe des Kriegsministers.

Generalmajor v. Gemmingen: Ueber die Lieferung von Kohlen (Heiterkeit) sind besondere Vorschriften erlassen; es ist nur darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Kohlen aus Staatsgruben infolge der billigen Tarife billiger zu beziehen sind als die englischen Kohlen.

Abg. Bebel (Soz.): Die Verwaltungen, welche geheime Fonds zur Verfügung haben, um Bestechungen zu üben, haben kein Recht sich zu entziehen und Moralität zu predigen. (Präsident v. Buel rügt den Ausbruch Bestechungen.) Diese Fonds dienen doch zu Bestechungen. Das zeigen die Spionagenprozesse im Auslande. Der Kriegsminister sollte erst ganz lesen, was ich gesagt habe, und nicht alles durcheinander werfen, wenn er mich hier widerlegen will. Er hat feiggestellt, daß ein Soldat in Trier eine Ohrfeige erhalten hat. (Große Heiterkeit rechts.) Die Art und Weise, wie der Kriegsminister über die Sache hinweggegangen ist, reizt geradezu die Vorgesetzten draußen im Lande zu Mißhandlungen. (Lärm rechts.) Der Königsberger Fall ist von mir richtig dargestellt worden. Er wird das gute haben, daß, nachdem ein so durch und durch falsches und verwerfliches Verfahren des Nachgergertens zur Ermittlung von Diebstählen seitens des Kriegsministers verurtheilt worden ist, solche Fälle künftig wahrscheinlich nicht so häufig vorkommen. Es soll unrichtig sein, daß, nachdem mein Gewährsmann die Beschwerde eingereicht, die Leute von da ab haben nachgergert müssen. Mein Gewährsmann ist ein sehr angesehener Königsberger Bürger, den ich dem Kriegsminister namhaft machen könnte. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Man rufe mir zu: Thut es lieber nicht! (Kriegsminister: anonym.) Die Beschwerde ist also anonym eingelaufen. Ich verwarne mich jedenfalls dagegen, daß der Kriegsminister sich herausnimmt, mir grobe Unwahrheiten vorzuwerfen. (Präsident v. Buel: Der Kriegsminister hat diesen Ausbruch gebraucht mit der Beschränkung: unbewußterweise!) Bezüglich des Falles Schöler hat der Kriegsminister mir nichts Unrichtiges nachgewiesen. Wendland hat sich viel früher als an seinen Hauptmann an uns gewendet; wir haben ihn materiell unterstützt, wir haben es aber abgelehnt, ihm eine Stellung in der Partei zu geben, weil wir zu seiner Befähigung kein Vertrauen hatten. Von allgemeiner Willkür habe ich nicht gesprochen, ich habe immer bestimmte Thatsachen angeführt. Stellen Sie es doch nicht immer so dar, als sei alles in der Armee ideal! Die Beschwerden sind schon vorgetragen, lange ehe es Sozialdemokraten gab. Ich werde immer meine Schuldigkeit thun, wie ich es bisher gethan habe im Interesse des Vaterlandes.

Abg. Graf Limburg-Stürm: Herr Bebel hat es mir zum Vorwurf gemacht, daß ich von seiner Methode gesprochen habe, ohne einen Beweis dafür zu erbringen. Die heutige Debatte hat gezeigt, daß ich recht hatte mit meiner „Methode Bebel“. Denn heute haben wir wieder zwei Fälle gehabt, auf die das paßt. Der Trierer Fall: ein Soldat hat von einem Vorgesetzten einen Schlag bekommen und ist taub geworden. Es war aber ein Kamerad, der ihm den Schlag gab, und der Mann ist taub geworden. Ebenso liegt es in Königsberg. In beiden Fällen wurde auf die Armees in ungeduldfertiger Weise ein Tadel geworfen. Wenn Ungerechtigkeiten vorkommen, so wird es der Armees angenehm sein, davon Kenntniß zu erhalten. Wenn Herr Bebel nur wirkliche Thatsachen vorbringen würde, dann würde er es verhehlen, daß man von einer „Methode Bebel“ spricht.

Abg. v. Stumm (Rp.): Herr Diebnecht ist heute soweit gegangen, den Diebstahl zu entschuldigen und die Diebe als unschuldige Leute darzustellen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Zustimmung rechts.) Wer hat gelungnet, daß auf unserer Seite auch manches geschehen ist? Der Unterschied ist nur der: Sie verhehlen solche Unstlichkeiten und Verbrechen. (Zuruf links: Sie haben den Herrn v. Hammerstein monatlang gehalten.) Wer hat Leist, Wehlan und Hammerstein vertheidigt? Gegen Peters sind Anklagen erhoben, deren Berechtigung erst die Untersuchung ergeben wird. Ich bin erstaunt über den Muth des Herrn Bebel, daß er überhaupt noch das Wort ergreift, nachdem, was ihm vom Kriegsminister entgegnet worden ist. (Heiterkeit rechts.) Herr Bebel hat sich in dem Trierer Fall zum Sprachrohr einer offenbaren Lüge gemacht. Ebenso liegt der Königsberger Fall. Andere Parteien haben früher auch Militärmißhandlungen vorgebracht, aber sie haben sich nicht mit Unwahrheiten abgegeben. Herr Bebel wollte seine Pflicht weiter thun aus Liebe zu seinem Vaterlande. Die Mauerung scheint allerdings sehr weit zu gehen in der Sozialdemokratie, denn ich habe oft Zitate angeführt, die leugnen, daß die Sozialdemokraten ein Vaterland haben. Nach dem Mangel an Vorsicht und an Wahrheitsliebe beweise ich, ob Herr Bebel es mit dem Vaterlande ehrlich gemeint hat.

Abg. Bebel: Wer im Glashaufe sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen, besonders Herr v. Stumm, der in der letzten Zeit mit seinen Vertheidigungen so oft dementirt worden ist wegen des Ankaufs einer Zeitung im Saarrevier. Es gehört eine sehr freie Stirn dazu, um danach hier so aufzutreten. Ich würde mich schämen, wenn ich auf solchen Dingen ertrappt würde, wie Herr von Stumm. (Große Heiterkeit rechts.) Der Königsberger Fall hat sich als wahr erwiesen. (Widerspruch rechts.) Ich werde mich nicht beirren lassen in meinem Vorgehen. Denn Erfolge sind dadurch erzielt worden, es sind Mißhandlungen verhehlet oder streng geahndet worden, die sonst vielleicht ungestraft geblieben wären. Und das danken uns

Hunderttausende im Volk. Die Erlasse des Herzogs zu Sachsen, des Feldmarschalls v. Mantuffel und des jetzigen Kaisers beweisen, daß es Mißhandlungen in der Armee giebt.

Herr v. Stumm hat es festgehalten, daß wir den Diebstahl vertheidigt hätten. Warten Sie doch erst das Urtheil der höchsten Instanz ab. Die Juristen sind im Zweifel, ob die Beannahme eines werthlosen Stück Papiers ein Diebstahl ist. Ein Urtheil, welches dafür 6 Monate Gefängniß ausspricht, ist nur möglich, wenn es vom politischen Hof eingeleitet wird. (Präsident v. Buol rügt diese Wendung.) Die sittliche Entrüstung seitens der Parteien, welche die Schurkerei des Herrn v. Hammerstein vertheidigt hatten, ist zum Lachen. (Präsident v. Buol ruft den Redner zur Ordnung.)

Major Gade kommt darauf zurück, daß der Abg. Bebel bei der zweiten Lesung des Etats ausgeführt hat, daß die bestrafte Reservisten kurz vor dem Amnestie-Erlaß noch zur Abbitung ihrer Strafen aufgeföhrt wurden, damit ihnen die Gnade vorenthalten würde. Der Bericht über diesen Vorfall lautet, daß am 5. Januar die Strafverfügungen so weit vorbereitet waren, daß die Strafen vom 15. Januar ab verbüßt werden konnten. Die Mehrzahl der Mannschaften hatte von der Amnestie noch Vortheil. Wollte man ihnen diese Gnade entziehen, dann hätte man die Leute erst nach dem Amnestie-Erlaß heranzuziehen brauchen. Ein besonderer Fall war von Herrn Bebel angeführt worden; einem Reservisten soll ein Strafausschub nicht gestattet worden sein, trotzdem seine Frau ihrer Entbindung entgegen sah. Es wurde ermittelt, daß die Frau erst lange nachher, am 5. Februar, entbunden wurde. (Große Heiterkeit.)

Abg. Liebknecht (Soz.): Ich habe nicht den Diebstahl vertheidigt, sondern nur die drei Leute, welche den Diebstahl bezeugt worden sind, weil sie ein werthloses Stück Papier sich angeeignet haben. Kein Mensch denkt daran, daß so etwas geföhrt werden kann. Verwahrung muß ich dagegen einlegen, als ob diese drei Männer durch Geldversprechungen vom „Vorwärts“ verführt seien. Die Aktenstücke gehen uns zu ohne Aussicht auf Belohnung. Der „Vorwärts“ hat sie veröffentlicht in gutem Glauben und im öffentlichen Interesse und im Interesse der öffentlichen Moral (Lachen rechts) und er wird fortfahren, die Namen der Verbrecher an den Schandpfahl zu nageln. (Unruhe rechts.)

Der Rest des Etats wird nach unerheblicher Debatte und nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen der Abg. v. Stumm, Bebel, Meyer und Liebermann v. Sonnenberg genehmigt.

Gegen 6 1/2 Uhr wird die weitere Beratung des Etats bis Dienstag 1 Uhr vertagt. Außerdem steht die zweite und dritte Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Verwendung von Ueberschüssen zur Schuldentilgung zur Beratung.

Parlamentarisches.

Die Vorlage betreffend die überschüssigen Reichs-Einnahmen. Dem Reichstage ist heute folgender Entwurf eines Gesetzes wegen Verwendung überschüssiger Reichs-Einnahmen zur Schuldentilgung zugegangen:

Ueberschüssen im Etatsjahre 1896/97 die den Bundesstaaten zustehenden Ueberschüssen aus den Erträgen an Zöllen, Tabaksteuer, Brauweinverbrauchsabgabe und Zuschlag zu derselben, sowie an Reichsstempelabgaben für Wertpapiere zc. die auszubringenden Matrifikularbeiträge, so ist die Hälfte des Ueberschusses zur Verminderung der Reichsschuld jurisdiktorisch zu behalten. Bei Ermittelung des Unterschiedes zwischen dem zu Ueberschüssen verfügbaren Betrage und den Matrifikularumlagen werden von den letzteren die von einzelnen Bundesstaaten zur Reichskasse zu zahlenden Ausgleichsbeträge abgezogen.

Die Verminderung der Reichsanleihe erfolgt durch entsprechende Absetzung vom Anleihefoll. So weit geeignete Anleihecredite nicht mehr offen stehen, wird über die Art der Schuldentilgung durch den Reichshaushalts-Etat Bestimmung getroffen.

Außerdem wird die Summe, welche gemäß § 8 des Zolltarif-Gesetzes vom 15. Juli 1879 der Reichskasse von dem Ertrage der Zölle und der Tabaksteuer verbleibt, für das Etatsjahr 1895/96 behufs Verminderung der Reichsschuld von 130 000 000 M. auf 145 000 000 M. erhöht.

Partei-Nachrichten.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Ernstthal in Sachsen wurden in der Klasse der Arbeitervertreter die Kandidaten unserer Partei einstimmig gewählt. Auch bei der Gewerbegerichtswahl, die in Lichtenstein i. S. für den 3. Bezirk des Gewerbegerichts der Amtshauptmannschaft Glauchau vorzunehmen war, legten unsere Genossen, und zwar erhielten sie sämtliche Stimmen bis auf zwei.

In Hall in Württemberg, wo das erstemal gewählt wurde, da das Gewerbegericht neu errichtet ist, legten in der Klasse der Arbeitervertreter die 6 Kandidaten unserer Partei, und auch in der Klasse der Unternehmervertreter gelang es, einen Sozialdemokraten durchzubringen. Von den übrigen 5 Sitzen der Unternehmerklasse bekamen 3 die Demokraten.

Polizeiliches, Gerichtliches zc.

— Redakteur Durlmann in Halberstadt hat kürzlich das dortige Gefängniß nach Verbüßung einer zweimonatigen Strafe verlassen. Dagegen vertauschten Redakteur Wolfgang in Brandenburg und Buchdruckereibesitzer Luder in Frankfurt a. O. die preussische „Freiheit“ mit einem längeren Aufenthalt hinter schwebischen Gittern. Wägen beide Genossen gesund in unsere Reihen zurückkehren!

— Das Kommandanturgericht in Thorn hatte einen Offizier, der beim Nachfahren die polizeilichen Vorschriften außer acht ließ, deshalb von einem Passanten zur Rede gestellt wurde und diesen dann beleidigte, der Beleidigung des Zivilisten zwar für schuldig befunden, aber für straffrei erklärt. Diesen Vorfall kritisierte die „Premer Bürger-Zeitung“ in ihrer Nummer vom 16. Oktober. Wegen der Kritik wurde vom Kriegsminister Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur Rhein gestellt. In der Verhandlung am 20. März, die vor dem Schöffengericht stattfand, wurde zunächst erwiesen, daß das Kommandanturgericht in Thorn deshalb den Offizier für straffrei erklärt hatte, weil Kompensation der Beleidigung vorlag. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte, zusätzlich einer gegen Rhein kürzlich ausgesprochenen dreiwöchigen Strafe auf einen Monat Gefängniß zu erkennen. Das Schöffengericht stand aber von einer Gefängnißstrafe ab, weil mildernd ins Gewicht falle, daß das Urtheil des Thornschen Kommandanturgerichts „einen sonderbaren Eindruck auf den Beleidigten zuleh und dem Angeklagten wie den bürgerlichen Wätern Veranlassung zur Kritik gebe“. Das Urtheil lautete auf 40 M. Geldstrafe und Urtheilspublikation.

— Ein Monatsprozess steht, wie das „Vollblatt für Hessen“ mittheilt, gegen Parteigenossen bevor, die am 9. und 22. Februar in Landkreise Kassel die Broschüre vertheilt haben: „Sobausseier und Sozialdemokratie“ und „Mutter, was läuft denn der Genbarm so?“ Ein größerer Theil der Verbreiter hat Strafmandate über je 10 M. oder 2 Tage Haft erhalten; sie sollen sich gegen die §§ 10 und 41 des preussischen Gesetzes vom 12. Mai 1851 und gegen § 30 des preussischen Gesetzes vom 12. Mai 1851 und gegen § 30 des preussischen Gesetzes vom 12. Mai 1851 und gegen § 30 des preussischen Gesetzes vom 12. Mai 1851 — des alten preussischen Pressgesetzes — schreiben vor, daß zur Verbreitung von Druckschriften an öffentlichen Orten polizeiliche Erlaubniß nöthig ist. Da die Verbreiter wohl nicht außer Acht gelassen haben werden, daß die Schriften nur in Wohnungen vertheilt werden dürfen, so steht zu erwarten, daß das Gericht, dessen Entscheid sie anrufen wollen, die Strafmandate kassiren wird.

— Wegen „unbefugter Titelführung“ wurde vom Schöffengericht in Nürnberg Genosse Martin Segitz zu 6 Mark Geldstrafe verurtheilt. Es handelt sich um das von Segitz geleitete Arbeitersekretariat, das er „Arbeitersekretariat der Stadt Nürnberg“ genannt hatte. Durch diese Bezeichnung soll der Anschein erweckt worden sein, es handle sich um eine von der Stadtgemeinde geschaffene Institution.

Die Bewegung in der Konfektions-Industrie.

In der Erklärung des Schneidermeisters Gustav Manthey wird uns von unterrichteter Seite aus grund der vor dem Einigungsamte des Gewerbegerichts gemachten Feststellungen folgendes mitgetheilt:

Für eine Dose, zu deren Anfertigung mindestens 1 1/2 bis 2 Stunden von einer geübten Handnäherin gebraucht werden, zahlte Manthey vor dem Streik 12, 14, 15, auch 16 Pf. Den nach dem Vergleich vom 19. Februar 1896 den Arbeiterinnen zustehenden Lohnzuschlag hat er nicht in voller Höhe, sondern nur in Höhe von 2 Pf. bewilligt. Sein Verdienst an Dose ist vor dem Gewerbegericht, wie folgt festgestellt worden. Er zahlt für diesen Artikel an Durchschnittslohn: für die Stepperin 20 Pf., für die Handnäherin 15 Pf., für den Bügler 5 Pf., im ganzen 40 Pfennig, und erhält dagegen 60 Pfennig, so daß ein Bruttoverdienst von 20 Pf., mithin bei Anfertigung von 350 Dosen pro Woche ein solcher von 70 M. ihm verbleibt. Von diesem Bruttogewinn von 70 M. pro Woche gehen an Unkosten ab für Werkstattmiete pro Woche 4 M., Gas zum Nägeln 2 M., Beleuchtung 1,20 M., Abnutzung für Maschinen 1 M., Öl und Nadeln 0,15 M., Garn und Seide 0,50 M., Lohn für einen Laufburschen 8 M., Krankenkassen- und Invalidenbeiträge 2,32 M., in Summa 19,37 M., oder rund 20 M. Es verbleibt mithin nach Deckung aller Unkosten ein Nettoverdienst von mindestens 50 M. pro Woche, also 2600 M. per Jahr. Daß Manthey den vollen, durch den Vergleich festgestellten Lohnzuschlag von seinen Arbeitgebern nicht erhält, ist nur theilweise wahr; wie aus Arbeitsbüchern der Firmen festzustellen ist, erhält er die volle Zulage. So weit die Vergleichsbedingungen aber von einzelnen Arbeitgebern nicht eingehalten werden, macht sich Manthey einer Verletzung dieser selben Bedingungen schuldig, wenn er für diesen Arbeitgeber weiter arbeitet. Für diese seine eigene Schuld darf er aber weder seine Arbeiter durch Abzug von Lohn verantwortlich machen, noch sich beklagen, wenn ihm etwa ein Anfall am Verdienst erwächst. Jedensfalls ist die Angabe Manthey's, daß ihm an einer Dose nur ein Verdienst von 8 Pfennigen verbleibe, ebenso unrichtig, wie seine Behauptung, daß ihm vor dem Einigungsamte das Wort entzogen worden sei.

Dies zur Steuer der Wahrheit.

Vor dem Einigungsamte des Gewerbegerichts erschienen gestern eine Anzahl Dose- und Westnarbeiterinnen, von denen eine angab, daß sie als Handnäherin auf Dosen, für die sie 60, 75 Pf. bis 1 M. pro Stück bekommt und von denen sie bis vier Stück bei täglich 15—16stündiger Arbeitszeit fertig stellt, wöchentlich etwa 16 M. verdient, wovon als Unkosten abgehen: für Riehe 2,25, Licht 0,40, Garn 0,50, Krankenkasse 0,32 M. Die Arbeiterin ist in der Werkstatt des Meisters von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends thätig. Diese Arbeitszeit erfährt keine wesentliche Unterbrechung, da die mitgebrachten Schwären so nebenbei eingenommen werden. Nach Feierabend arbeitet sie dann noch oft bis 1 Uhr nachts zu Hause, um vier Dosen, die besonders sauber gearbeitet werden müssen, fertig zu bekommen. Eine Westnarbeiterin erhält für das Stück 40 bis 45 Pf. und macht täglich bei elfstündiger Arbeitszeit vier bis fünf Stück, wodurch sie einen Wochenverdienst von 13—14 M. erreicht. Da sie die durch den Streik festgesetzte Zulage nicht erhält, würde sich ihr Wochenverdienst durch dieselbe um 2,00 bis 2,50 Mark erhöhen. Auch betreffend der anderen Arbeiterinnen wurde festgestellt, daß sie die Zulage theils gar nicht, theils ungenügend erhalten. Alle Arbeiterinnen erklärten sich für Einrückung von Betriebsverhältnissen. Unter anderem war auch ein Zwischenmeister für Westen, der früher ungelernter Arbeiter war, erschienen und jetzt für mehrere Konfektionsfirmen arbeitet. Obgleich er von den meisten Firmen den Zuschlag von 12 1/2 pCt. erhält, kränkt er sich entschieden, seinen Arbeiterinnen eine Lohnzulage zu gewähren, und behauptet, er sei dazu nicht im Stande, da er sonst lieber seine Werkstatt aufgeben würde. Er wird darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn er bei seiner Weigerung beharre, die Konfektionsfirmen veranlaßt würden, ihn keine Arbeit zu geben, was ihm ja, da er sein Geschäft aufgeben wolle, nicht unangenehm sein werde. Zwei andere Zwischenmeister ließen sich in ähnlicher Weise anhören. Einer derselben wurde, als ihm vorgerechnet ward, wieviel er den Arbeiterinnen zuzulegen habe, ziemlich erregt und erklärte: er sei ein freier Mann und kein Sklave und ließe sich nicht vorschreiben, was er seinen Arbeiterinnen, die mit ihren Löhnen zufrieden seien, zu zahlen habe. Nach langen Verhandlungen unterwirft er sich den Einigungsbedingungen, zeigt sich aber bei den statistischen Erhebungen sehr unzugänglich und verweigert schließlich die Angaben über seinen Wochenverdienst und die Unkosten. Herr Löwenstein von der Firma Brock u. Löwenstein befragte sich darüber, daß in dem Bericht über die Verhandlungen des Einigungsamtes in Nr. 2 des „Vorwärts“ über seine Firma unrichtige Angaben enthalten seien. Er habe nicht — wie es in jenem Bericht heißt — gesagt, daß er Arbeiter unter dem Tarif beschäftige, sondern in der betreffenden Sitzung nur angefragt, ob er Schneider, die sich ihm unter dem Tarif anboten, beschäftigen dürfe. Als diese Frage verneint wurde, habe er sich dabei beruhigt und erklärt, daß er nunmehr den Artikel, für welchen er den tarifmäßigen Lohn nicht zahlen könne, eingehen lassen werde. Somit sei auch die in dem Bericht irrthümlicherweise angegebene Thatsache geklärt. Herr Weigert befragte die Angaben des Herrn Löwenstein, erucht unseren Berichterstatter um Richtigstellung der auf einem Mißverständniß beruhenden Stelle des fraglichen Berichts (was hiermit geschieht) und erklärt, daß bis jetzt noch keine Verstöße gegen den Tarif seitens der Firma Brock u. Löwenstein zur Kenntniß des Einigungsamtes gekommen seien. Die Angaben der sonst noch vernommenen Arbeiter und Zwischenmeister boten ein ähnliches Bild, wie die früheren Erhebungen.

Die Redaktion des „Vorwärts“ hat keinen Anlaß, die Richtigkeit des von Herrn Löwenstein kritisierten Berichtes anzuzweifeln. Sollte aber auch ein Hörsfehler unseres Berichterstatters vorliegen, so hätte Herr Löwenstein doch keinen Anspruch, eine Verichtigung zu fordern, denn die von ihm selbst angegebene Thatsache, daß er die Umgehung der Beschlüsse des Einigungsamtes beabsichtigt und dem Einigungsamte zugemuthet habe, ihn in diesem Mißbrauche zu unterstützen, kennzeichnet sein Vorgehen genugsam.

In München legten sämtliche Städtarbeiterinnen des Damenkonfektionsgeschäfts von J. Mon, Neuhauser-Strasse, wegen Lohnminderungen zc. die Arbeit nieder.

Soziale Uebersicht.

Die Gewerbe-Inspektion in Königsberg i. Pr. hat dort zufolge einer Aufforderung der Regierung vor geraumer Zeit Erhebungen über die Arbeits-, Lebens- und Gesundheitsverhältnisse der in der Schneider- und Schuhmacherei beschäftigten Arbeiter angestellt. Die Königsberger Volksstimme schreibt darüber: Es sind bei diesen Erhebungen

nur die Kassendaten, Vorfindungen der Krankenkassen und event. noch die Obermeister der Innungen der betr. Branchen befragt worden. Das Resultat dieser Enquete kann nur ein unzulänglich sein. Da es nun der Gewerbe-Inspektion sichtlich daran gelegen ist, eine auch den wirklich bestehenden Verhältnissen entsprechende Schilderung in ihrem Bericht zu geben, so würden wir es rathsam halten, die Arbeiter der Branchen selbst zu befragen und zu diesem Zwecke mit den Vertrauensmännern und Vorständen dieser einzelnen Branchenorganisationen in Verbindung zu treten. Hoffentlich ist noch Zeit dazu.

Aus Schlesien berichtet die „Berliner Korrespondenz“: In den schlesischen Handwebereibetrieben ist man seit Jahren bemüht, durch Pflege des Handarbeits-Unterrichtes im Anschlusse an den Schulunterricht die Jugend für andere Beschäftigungen als die der Handweberei zu gewinnen und damit die Anfänge lohnender Gewerbe in den schlesischen Dörfern allmählich vorzubereiten. Zu dem Zwecke sind im Kreise Neurode Handarbeitschulen errichtet, die eine erfreuliche Entwicklung genommen haben. Diese Schulen veranstalten vom 24. bis 28. d. M. in den vom Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten zur Verfügung gestellten Räumen des Kultusministeriums eine Ausstellung der von den Kindern verfertigten Kerbschnittarbeiten in Holz und Linoleum.

Gewerkschaftliches.

An die deutschen Stuckateure, Gipser und verwandten Berufsgenossen!

Am 22. März wurde in einer öffentlichen Versammlung der Stuckateure Kölns einstimmig der Beschluß gefaßt, wegen Verweigerung der Unterzeichnung des seit Jahren bestehenden und stillschweigend bezahlten Lohntarifs Mann für Mann Montag, den 29. d. die Arbeit niederzulegen. Die Konjunktur ist sehr günstig und wenn kein Zugug eintritt, ist in spätestens 3—4 Tagen der Sieg vollständig errungen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß es uns mit Hilfe der auswärtigen Kollegen gelingen wird, in kurzer Zeit die Sache zu einem guten Abschluß zu bringen. Es werden ferner Lohnhöhungen noch Arbeitszeit-Verkürzung gefordert; nur das seit Jahren Bestehende soll schriftlich anerkannt werden. Die Lohnkommission der Stuckateure Kölns.

J. A. Chr. Deuthert, Eintrachtskr. 18.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

An die Zimmerer Berlins!

Bei dem Zimmermeister Rohlfes, Alexanderstraße 1, legten Montag sämtliche Zimmerer — 60 Mann — die Arbeit nieder, der Unternehmer hatte von ihnen gefordert, Sonntags zu arbeiten. Dieser Aufforderung kamen nur 3 Mann nach. Am Montag verlangten nun die übrigen die Entlassung der Sonntagsarbeiter. Der Unternehmer weigerte sich, worauf der Streik ausbrach.

Unsere Forderungen: Reinstundentag und 55 Pf. Minimal-Stundenlohn, sind weiter anerkannt worden von den Baufirmen: J. Sobel, Rosfelderstr. 18; Fröhlich, Schliemannstr. 18; E. Bull, Urbanstr. 103; Rölke, Fichtestr. 27; Edel, Dammstr. 17; Schulz, Rammelerstr. 12.

Der Vertrauensmann.

Aus Kottbus. Die Kommission der streikenden Textilarbeiter hat an das Ministerium des Innern die Bitte gerichtet, die für den Kottbusser Kreis zuständigen Behörden anzuweisen zu wollen, in dem Lohnkampfe ein objektives Einigungsverfahren zwischen den beiden Parteien einzuleiten.

Auf die auch von der „Vossischen Zeitung“ erwähnte Erklärung der Spinner der Firma Engelmann u. Stephan hat das Komitee der Streikenden sofort eine Gegenerklärung veröffentlicht, worin es unter anderem heißt: „das betreffende Spinner in der Erklärung unzutreffende Angaben machten, ob auf Veranlassung von irgend welcher Seite, wollen wir dahingestellt sein lassen. Durch glaubwürdige Zeugen können wir nachweisen, daß über 1/4 Jahr lang von früh 6 Uhr bis abends 9 Uhr mit Abkürzung der üblichen Pausen auch von Frauen und Kindern gearbeitet wurde. Ja, es ist des öfters von den betr. Frauen und Kindern in betr. Fabrik genächtigt worden. Auf den Lohn der Spinner zurückzukommen, erklären wir, daß derselbe sich auf 20 Pf. pro Stunde im Durchschnitt beläuft. Wenn jetzt die Spinner die Erklärung loslassen, so muß doch jedem klar sein, daß sie das nicht aus eigener Initiative thun.“

Auf diese Gegenerklärung haben sich die Spinner der in Rede stehenden Firma bis jetzt ausgehoben.

Am Sonntag wurde in Kottbus wieder eine von Tausenden besuchte Versammlung abgehalten, wo der Vorsitzende des Textilarbeiter-Verbandes, Hübsch aus Berlin, das Referat hielt. Ueber die Stimmung unter den Ausständigen wird uns mitgetheilt: Die Masse beharrt ruhig und entschlossen auf ihren Forderungen und erklärt, lieber Kottbus den Rücken kehren zu wollen, als bedingungslos in die Fabriken zu gehen. Viele Unverheirathete und auch Verheirathete sind, das herrliche Wetter benutzend, abgereist. Viele andere werden in den nächsten Tagen diesem Beispiel folgen. Wir bitten die Genossen allerorts, den Kottbusser Abgereisten in ihrem Bemühen, Arbeit zu finden, behilflich zu sein!

Gestern, am Montag, wurde im Konzerthaus eine von Kottbusser Geschäftsleuten einberufene Versammlung abgehalten, wo man über die Frage verhandeln wollte, wie der Streik beizulegen sei.

Auf der großen Eisensteingrube bei Gosenbach im Siegerland hat der „Kölnische Volkszeitung“ zufolge am Sonntag fast die ganze, mehrere hundert Mann umfassende Belegschaft die Arbeit eingestellt. Den Grund der Arbeitseinstellung bilden die Lohnverhältnisse und die Art der Bedingabmachung.

Die Firma Strunzel u. Gölcher in Cuxen hat 140 ausständige Weberinnen vor das Amtsgericht laden lassen, sie verlangt von jeder 12 M. Entschädigung.

Die Textilwaarenfabrikanten Mülhausen i. E. haben auf die Forderungen der Arbeiter abschlägig geantwortet, worauf in elf Fabriken über 3000 Personen die Arbeit einstellen. Die Haltung der Ausständigen ist musterhaft. Ueber die Forderungen der Arbeiter haben wir in der Donnerstags-Nummer ausführlich berichtet. Die Hauptforderung ist der Zehnstundentag mit 15 prozentiger Erhöhung des Alford- und Beibehaltung des bisherigen Tagelohns.

Der Bergarbeiter-Streik in Karwin-Mährisch-Dtrau ist durch Vergleich beendet.

Depschen und letzte Nachrichten.

Paris, 23. März. (M. L. B.) Die Gerichtsverhandlung gegen den ehemaligen Polizei-Agenten Dupas, welcher angeklagt ist, Amtsgeheimnisse verleht und die Ergreifung Arton's hintertrieben zu haben, hat heute begonnen. Gegen den Advokaten Nopce schwebt wegen Mißthats dasselbe Verfahren. Dupas hielt bei seinem Verhör die Behauptung aufrecht, er habe niemals den Befehl erhalten, Arton zu verhaften.

Rom, 22. März. Heute Vormittag fand das Duell zwischen dem ehemaligen Kriegsminister Rocconi und dem Deputirten Damiloi statt; letzterer wurde an der linken Wange verwundet, Rocconi blieb unverseht.

New-York, 22. März. (E. M. of G.) Der Rath der Aldermen hat beschlossen, das Peine-Denkmal in einem der Vorstadt-Parks aufstellen zu lassen.

Reichstag.

67. Sitzung vom 23. März, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe, von Bötticher, Graf Posadowski.

Eingegangen ist der Gesetzentwurf wegen Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen zur Schuldentilgung. (Entsprechend dem Antrag Lieber.) Danach werden aus dem laufenden Etatsjahr 13 Millionen Mark, aus dem nächsten Etatsjahr die Hälfte der Ueberschüsse zur Schuldentilgung verwendet. Der Antrag Lieber wollte aus dem Jahre 1894—95 einen Ueberschuß von 12 688 130 M. zur Schuldentilgung verwenden.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des Reichshaushalts-Etats für 1896—97.

Abg. Graf Limburg-Stürm (M.): Eine Uebersicht über die Finanzverhältnisse findet am besten bei der dritten Lesung statt, weil dann der Etat feststeht. Ich spreche vom Standpunkte eines Mitgliedes des größten Partikularlandtages. Die Reichsfinanzen beeinflussen die Finanzen der Einzelstaaten in erheblichem Maße. Der Gesichtspunkt, daß aus den Reichsfinanzquellen der indirekten Steuern den Einzelstaaten Ueberweisungen zuzustehen sollen, ist vollständig verlassen worden, die Reichsfinanzreform ist abgelehnt worden; es ist sogar abgelehnt der bescheidene Wunsch, daß die Ueberweisungen und die Matricularbeiträge sich ausgleichen. Man geht mit den Geldern des Reiches nicht so hausväterlich um, wie in den Einzelstaaten. Ein Vergleich zeigt, wie opulent im Reiche gewirtschaftet wird; das liegt an der ganzen Organisation der Dinge; es fehlt an einer starken Finanzkontrolle und an einem entschiedenen Compelle, sparsam zu sein. Die Reichsfinanzverwaltung hat keine Machtbefugnisse gegenüber den anderen Ressorts; selbst der mächtigste Reichskanzler, auch wenn er ein jüngerer Mann wäre, würde da nichts ausrichten können. Wie opulent bei der Marine gewirtschaftet wird, wissen Sie alle. Es kommen noch Liebererigkeiten hinzu. Ebenso geht es bei der Postverwaltung, und auch im Reichsamt des Innern scheint der Grundsatz: „Leben und leben lassen“ zu herrschen. Es besteht kein Zwang zur Sparsamkeit im Reiche, weil das Reich niemals ein Defizit haben kann.“ Um so störender muß der Reichstag darauf halten, daß eine Auseinandersetzung zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten stattfindet. Nur dann wird die Finanzverwaltung einen Einfluß auf die einzelnen Ressorts haben.

Ich will nicht davon sprechen, daß der Landwirtschaft nicht geholfen worden ist, daß die großen Mittel zurückgewiesen worden sind. Auch die kleinen Mittel werden nicht angewendet. Als wir im Abgeordnetenhaus über die Veranschlagung des Viehstandes in Oberschlesien sprachen, da hatten wir das Gefühl, daß dabei Rücksichten auf das Ausland genommen wurden, auf Rußland. Man ist wohl bereit, für die Landwirtschaft etwas zu thun, wo sie allein in Frage kommt, aber nicht, wo das Interesse der Landwirtschaft konfliktirt mit den Interessen der Industrie und des Handels. (Weifall rechts.) Man betrachtet uns, die wir die Interessen der Landwirtschaft vertreten, als unbedeutsame Männer, als Agitatoren. Man wird vielleicht zu spät einsehen, daß man unsere Rührung zu Unrecht in den Wind geschlagen hat. (Weifall rechts.)

Präsident v. Suol! Da der Vorredner die neue Vorlage schon in die Debatte gezogen hat, so mache ich den Vorschlag, daß wir die erste Lesung derselben mit dieser Generaldebatte verbinden. Da sich kein Widerspruch erhebt, steht der Entwurf zur Berathung.

Abg. Barth (fr. Bg.) empfiehlt zunächst, den Entwurf nicht an eine Kommission zu verweisen. Bei dem Gehalt des Reichskanzlers hat derselbe eine Erklärung über die Währungsfrage abgegeben, welche uns Monometallisten vollständig befriedigen konnte. Seit den damaligen Verhandlungen hat sich ein Vorgang vollzogen, der zur Beurtheilung dieser Frage von der höchsten Wichtigkeit ist, nämlich die Verhandlungen vom 17. März im englischen Unterhaus und die Erklärung der englischen Regierung bei dieser Gelegenheit. Durch die Presse ging die Mittheilung, daß die Bimetallisten eine kombinierte Aktion beabsichtigten in Paris, Berlin und London. Alle Hoffnungen, welche an diese Aktion geknüpft wurden, sind am 17. März gründlich zu schanden geworden. Es mußte schon auffallen, daß eine so lauwarme Resolution vorgeschlagen wurde. Als die Resolution als eine bimetallistische gedeutet wurde, erhob sich der englische Schatzkanzler Sir Beach und gab für das gesammte Cabinet eine Erklärung ab (Zuruf des Abg. v. Kardorff: Kennen wir!), welche jede Aenderung der Goldwährung verwirft, er schloß sie damit, daß auch keine spätere Regierung von der Goldwährung ablassen könne. Danach ist der Gedanke, daß England zum Bimetallismus übergehen könnte, vollständig ausgeschlossen. Es ist deshalb erfreulich, daß die verbündeten Regierungen sich nicht dazu verstanden haben, eine internationale Währungskonferenz vorzubereiten, denn sie hätten sich eine blutige Niederlage geholt. Wir haben inzwischen einen Antrag bekommen, der denselben Inhalt hat wie die englische Resolution. Der Antrag hat nur noch 145 Unterschriften, während er früher angenommen wurde. Hätten die Herren eine Ahnung von dem Verhalten der Engländer gehabt, so würden nur ein paar Dutzend Unterschriften übrig geblieben sein. Die Engländer haben in ihrem gefunden Egoismus erklärt, wir denken nicht an die Aenderung der Goldwährung, aber wenn man auf dem Kontinente zu solchen Experimenten bereit wäre, so könnten das die anderen Staaten unter sich abmachen. (Weiterkeit.)

Schatzsekretär Graf Posadowski: Ich will nicht auf eine Währungsdebatte eingehen. Da der Gesetzentwurf über die Schuldentilgung zur ersten Berathung gestellt ist, halte ich mich verpflichtet, ihm einige Worte auf den Weg zu geben. Die Motive zu dieser Vorlage ergeben sich aus den Verhandlungen der letzten Tage. Die staatsrechtlichen Bedenken der Regierungen werden ja von der Mehrheit des Hauses berücksichtigt, und es wird die Sache in einem besonderen Gesetze erledigt werden. Ein sachliches Bedenken besteht darin, daß die Verwendung der Ueberweisungen zur Schuldentilgung nicht stattfinden könne, solange die Einzelstaaten nicht gesichert sind vor weiteren Ansprüchen des Reiches. Dieses Bedenken hat der Bundesrath fallen lassen unter der Voraussetzung, daß damit der erste Schritt gethan ist für eine Regelung der Verhältnisse des Reiches zu den Einzelstaaten, daß also der Grundgedanke der Reichsfinanzreform zum Durchbruch kommt, daß die Einzelstaaten gesichert sind gegen Ansprüche des Reiches. Selbst um den Preis eines friedlichen Ausgleichs würden die verbündeten Regierungen den Entwurf nicht vorgelegt haben. Er unterscheidet sich von dem Beschluß des Hauses dadurch, daß der Rückgriff auf das Jahr 1894—95 weggelassen ist, womit ja auch Redner des Zentrums am Sonnabend einverstanden waren.

Abg. Vahem (Z.): Die Vorlage der Regierung bedeutet ein Entgegenkommen, aber auch der Reichstag beweist ein Entgegenkommen, wenn er derselben zustimmt, denn er verzichtet dann auf die Verwendung der Ueberschüsse von 1894—95 für die Schuldentilgung. Die Voraussetzung, welche der Vorredner bei der Vorlage machte, hat weder in der Ueberschüsse noch im Text des Gesetzes Ausdruck gefunden. Wir können daher nur das Gesetz als solches an-

nehmen. (Sehr richtig! links.) Wir legen uns damit nicht fest, wozu wir auch garnicht in der Lage sein würden. Graf Limburg hat die Finanzwirtschaft des Reichstages scharf getadelt. Bei der gegenwärtigen Geschäftslage will ich diese einseitige Auffassung nicht vollständig widerlegen. Die Thätigkeit des Reichstages auf dem finanziellen Gebiete im vorigen und im vorvorigen Jahre hat lebhaften Beifall im Volke gefunden; denn es ist uns gelungen, ohne neue Steuern auszukommen. (Sehr richtig! links.) 1887 und 1890 hatte der Gedanke, daß der Reichstag nicht sparsam sein kann, wohl Verbreitung finden können. Wie die neue Vorlage eine Spielerei mit Zahlen sein soll, verstehe ich nicht; sie vermindert doch die Reichsschulden um 26 Millionen. Diese Meinung hat Graf Limburg wohl bloß fassen können, weil er sich mehr mit dem preussischen als mit dem Reichsetat beschäftigt hat.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Wer der heute eingebrachten Vorlage zustimmt, der bindet sich allerdings nicht für die Finanzreform. Allein der Vorredner wird uns nicht hindern können, daß wir in dem Antrag Lieber ein Symptom dafür sehen, daß endlich noch einmal eine Regelung des Verhältnisses des Reiches zu den Einzelstaaten stattfindet. Herr Barth will ich recht darin geben, daß der Verlauf der Dinge in England uns Bimetallisten eine große Enttäuschung gebracht hat. Wenn die gegenwärtigen landwirtschaftlichen Zustände fortbauern, dann gehen wir einer trüben Zeit entgegen und die Regierung wird sich vielleicht daran erinnern, welche feinerzeit gewarnt haben. (Zustimmung rechts.)

Abg. Gammacher (natl.): Es giebt unter den Monometallisten auch Männer, welche die Interessen der Landwirtschaft vertreten ebenso wie die des Handels und der Industrie. Der Vorredner behauptet, daß die Doppelwährung die Preise heben würde. Das ist eine vollständig unerwiesene Behauptung. (Zuruf des Abg. v. Kardorff: Das hat Bamberg selbst zugestanden.) Dem Bundesrath sind wir dankbar für das heute vorgelegte Gesetz. Damit sind wir aus einer schwierigen Lage befreit. Das die Ueberschüsse des Jahres 1894—95 nicht zur Schuldentilgung verwendet werden, ist eine Verbesserung des Antrages Lieber, denn es wäre ein Unrecht gegenüber den Einzelstaaten, welche auf diese Ueberschüsse bei Aufstellung ihrer Etats für 1896/97 gerechnet haben, sie für das Reich zu verwenden.

Abg. Richter: Der Antrag Lieber war nicht ein Symptom für das Durchbringen des Gedankens der Reichsfinanzreform, sondern ein Widerspruch gegen jede automatische Regelung dieses Verhältnisses. Die Voraussetzung des Schatzsekretärs bindet den Reichstag nicht.

England ist durch den Freihandel nicht geschädigt worden. Der englische Minister sprach nicht von den Bankiers als den Kapitalisten, sondern von den Sachverständigen, welche sich nicht für die Doppelwährung entscheiden können. Balfour's Rede war eine theoretische Entschuldigungsrede. Die Doppelwährung hat so Schiffsbruch gelitten, daß man die Hoffnung jetzt nur auf Rußland setzt. (Weiterkeit.) Verschonen Sie uns also mit Währungsdebatten!

Abg. v. Kardorff: Die Herren berücksichtigen nicht die eigenthümliche Lage, in welcher sich England befindet. England hat durch Schließung der indischen Münzstätten die Silberwährung beeinträchtigt. England hat Frankreich gegenüber erklärt, daß es die indischen Münzstätten wieder eröffnen will.

Abg. Richter (fr. Bg.): Was der Minister in England anführte, sind die Symptome steigender Wohlhabenheit. Damit schließt die Generaldiskussion. Es folgt die Spezialdiskussion.

Beim Etat der Kolonien beantragen die Abgg. Prinz Arenberg und v. Kardorff, die Stelle des ständigen Vertreters des Gouvernements als künftig wegzulassen zu bezeichnen.

Direktor Kanfer widerspricht dem Antrage, welchen Abg. Lieber (Z.) dringend empfiehlt.

Der Antrag des Prinzen Arenberg wird nach weiterer unwesentlicher Debatte angenommen.

Beim Reichsamt des Innern verweist

Abg. Hüpeden (christlich-sozial) darauf, daß von allen Seiten anerkannt sei, daß die Arbeiterinnen einen stärkeren Schutz haben müßten gegen die Arbeitgeber, welche ihre Stellung zu unsittlichen Angriffen benutzten. In der Umstrukturierung sei dieser Gedanke auch verfolgt worden. Die elende Lage der Konfektionsarbeiter ist eine Folge der mangelhaften Organisation. Die Koalitionsfreiheit werde freilich vielfach angegriffen, z. B. vom Abgeordneten v. Stumm. Redner fragt, ob die Regierung Vorlagen nach beiden Richtungen hin machen wolle, ob sie namentlich der Organisation der Berufsvereine freundlich gegenüberstehe, durch welche die Arbeiter von der Sozialdemokratie befreit werden können.

Staatssekretär von Bötticher: Die verbündeten Regierungen haben die Absicht, welche sie durch die frühere Vorlegung der lex Heinze bezeugt haben, nicht aufgegeben. Bei geeigneter Gelegenheit wird dieser Gesetzentwurf wieder vorgelegt werden. Ueber die Organisation der Berufsvereine hat der Bundesrath noch keine Veranlassung gehabt, zu verhandeln; ich würde also nur meine persönliche Stellung darlegen können.

Abg. v. Stumm: Ich will nicht auf eine ausführliche sozialpolitische Debatte eingehen. Ich habe mich niemals gegen die Koalitionsfreiheit ausgesprochen. Der Abg. Hüpeden verwechselt Koalitionsfreiheit und Verleihung der Korporationsrechte. Den Vereinen, welche lediglich auf den Streik hinauskommen, will ich keine Korporationsrechte geben. Die Partei, welcher der Abg. Hüpeden angehört, ist durchaus nicht bereit, in friedlicher Weise vorzugehen; es giebt Elemente in derselben, die bedeutliche Tendenzen verfolgen. Redner bedauert, daß der Bundesrath sich über diese Frage noch nicht schlüssig gemacht hat.

Abg. Wurm: Es ist auffallend, daß Herr v. Stumm erst heute sein Herz entdeckt und erklärt hat, es gebe auch berechtigte Streiks. Noch vor kurzem jubelte er und seine Freunde dem Minister zu, der meinte, hinter jedem Streik lauere die Hydra der Revolution. Die Haltung der Regierung und der Gerichte zu den Streiks zeigt zur Genüge die Stimmung der maßgebenden Kreise. Ich erinnere nur an das famose Verhalten der Regierung beim Bergarbeiterstreik (Sehr richtig! links) und an das gerichtliche Urtheil über den Streik zu Kottbus. Mit platonischen Wiedererklärungen ist den Arbeitern nicht gedient. Herr v. Stumm entwirft sich, daß an der Spitze der Arbeiterkorporationen solche „Vollverführer“ stehen. Sollen etwa nur die Volkshausbender das Regiment haben? Das geht doch wirklich nicht. (Sehr gut! links.) In der zweiten Lesung kritisirte ich das Statut des Arbeiter-Kusschusses der kaiserlichen Torpedowerkstätte in Friedrichsort. In dem im Reichsbericht der Gewerbe-Inspektoren abgedruckten Statut heißt es wörtlich: „Der Direktor der Torpedowerkstätte läßt nach Bedarf einen oder mehrere Vertreter der Torpedowerkstätte an den Sitzungen und Beratungen theilnehmen.“ Danach lag für mich kein Zweifel vor, daß der Direktor die Beamten theilnehmen läßt, er das Recht hat, darüber zu entscheiden, ob Beamte theilzunehmen haben oder nicht. Der Arbeiterausschuß theilt mir nun zu meiner Freude mit, daß es dem Vorstehenden freigestanden hat, eine Sitzung anzuberaumen, bei welcher ein Vertreter der Torpedowerkstätte nicht zugegen

war. Man theilt also nach dieser Nichtigstellung offenbar dort auch meine Meinung, daß eine Arbeiterausschuß-Sitzung in Gegenwart von Beamten die reine Komödie ist. Möchte dies Beispiel auch in anderen Orten Nachahmung finden!

Staatssekretär von Bötticher: Das könnte erst geschehen, wenn ihm eine Vorlage gemacht oder ein Antrag des Reichstages unterbreitet worden ist. Das ist bisher nicht geschehen.

Abg. Dine (Z.): Meine Interpellation hätte der Regierung wohl Anlaß geben können, sich über die Frage der Berufsvereine, in bezug auf welche wir eine andere Stellung einnehmen, als Herr v. Stumm, schlüssig zu machen.

Zum Titel der „allgemeinen Fonds“ ist von Mitgliedern der Rechten (Sachse u. Gen.) der Antrag gestellt, die verbündeten Regierungen zu ersuchen: in den Etat für 1897/98 50 000 M. zur Unterstützung für Handwerker Schulen im deutschen Reichsgebiete einzustellen.

Abg. Sachse (L.) befürwortet den Antrag.

Abg. Frisen (Z.) macht dagegen formale Bedenken geltend, da es sich um Schulen handle, die von den Einzelstaaten unterhalten werden müßten.

Staatssekretär v. Bötticher: Das Reich hat schon bisher solche Handwerkerschulen, bei welchen es sich nicht ausschließlich um territoriale Interessen handelte, aus dem dem Reichskanzler zur Verfügung stehenden Dispositionsfonds unterstützt.

Abg. Werbach (Reichsp.): Mit Recht hat der Herr Staatssekretär bereits darauf hingewiesen, daß bei den Handwerkerschulen keineswegs nur partikuläre oder territoriale Interessen in betracht kommen.

Abg. Frisen bemerkt, daß eine Entschließung zu Gunsten Sachsens die Forderungen auch der Einzelstaaten nach sich ziehen müsse.

Der Antrag wird abgelehnt. Es folgt der Titel: Behörden für die Untersuchung von Seesunfällen.

Abg. Wegner (Soz.): Man hat meine früheren Angaben über die mangelhafte Besetzung der Auswandererschiffe des Norddeutschen Lloyd und der Hamburger Packetfahrt-Aktiengesellschaft mit bootklundigen Leuten in Zweifel gezogen. Ich bin heute in der Lage, Ihnen meine Angaben aus Grund der mir vorliegenden Bootskrollen strikte als durchaus nicht übertrieben, sondern als durchaus zuverlässig und richtig nachzuweisen. Nach dem Handbuch für die Handelsmarine soll das Schiff „Persia“ eine Besetzung von 92 Mann haben. Nach der Bootskrolle hat es aber nur 82 Mann. Von der bootfähigen Mannschaft kommen auf 3 Boote zwei Matrosen, auf sieben Boote ein Matrose. Noch ungünstiger liegt das Verhältnis bei einem neuen Schiff der Hamburger Gesellschaft. Redner weist zahlenmäßig nach, daß auf diesem und anderen Schiffen die Zahl der Bootsführer durchaus nicht ausreicht. Er ist dagegen in der Lage, die Bootskrolle eines Schiffes vorzulegen, welches kein Auswandererschiff ist und der Wörmann-Linie gehört, und in dieser Beziehung den beiden genannten Linien zum Muster dienen könnte. Dieses Schiff sollte nach dem Handbuch 31 Mann Besatzung haben, in Wirklichkeit hat es aber nach der Bootskrolle 35 Mann. Jedes der beiden auf dem Schiffe vorhandenen Rettungsboote wird von 7 Seelenten bedient. Meine Mittheilungen verdatte ich alten, erfahrenen Seelenten, die von der Sache mehr verstehen als Laien, mögen diese auch noch so viel Fahrten zur See mitgemacht haben. Der Baie sieht auf dem Schiffe nur was er sehen soll, er kann sich auf seine Augen nicht im mindesten verlassen. Herr Freese behauptete in der zweiten Lesung des Etats, Chinesen und Malaien eigneten sich auf dem Tropendampfer besser als Kohlenzieher und Heizer als Weiße. Meine damaligen Behauptungen, daß dieser Vorzug lediglich der Profitfrage entspreche, hat sich inzwischen bestätigt. Der weiße Heizer verdient 60, der Kohlenzieher 50—57 M. monatlich, der Chinese 28 M. (Hört! Hört! links.) Das macht also bei 12 Heizern und 12 Kohlenziehern eine Ersparnis von ca. 700 M. monatlich, von 8000 M. jährlich; eine gut bezahlte Humanität der Direktion des Norddeutschen Lloyd!

In bezug auf die Inspizierung der Schiffe hat die jüngste Zeit ein allertiestes Ereignis zu Tage gefördert. Ein Spaziergänger fand am Deich bei Bremerhaven ein Telegramm an das Schiff „Havel“ folgenden Inhalts: „Werde morgen die „Havel“ inspizieren und Bootsmannöver abhalten. Erfolge Bootskrolle bereit zu halten. Der Reichskommissar.“ (Hört! hört! links.) Nach einer solchen 24 Stunden vorher angezeigten Inspizierung muß jedem Fabrikanten der Mund wässrig werden. Die Redaktion der „Defer-Ztg.“ hat darauf an den Direktor des Norddeutschen Lloyd die Anfrage gerichtet, wie es sich mit dieser Depesche verhalte. Die Direktion hat eine sehr lange Erklärung abgegeben, deren kurzer Sinn der ist, ja, der Reichskommissar muß seine Ankunft, sein Eintreffen vorher anzeigen, sonst findet er eigentlich den Dampfer niemals in Ordnung. Diese Thatsache empfehle ich dem Staatssekretär zur Beachtung bei der Fertigstellung der Vorlage betreffend die Seemannsordnung. (Weifall links.)

Staatssekretär v. Bötticher: Die Berichte der Auswanderungskommissarien geben doch ein wesentlich anderes Bild von den Zuständen der Auswandererschiffe, als die Darstellung des Vorredners. Der im Handbuch angeführte Mannschaftsbestand bedeutet nur das Normalmaß, das sich nach den Bedürfnissen jeder einzelnen Reise modifizirt. Wenn wenig Passagiere befördert werden, sind auch weniger Bedienungsmannschaften erforderlich. Auf der „Persia“ kommen auf jedes Boot sechs bootklundige Personen. Nach dem Bericht der Reichskommissare leisten namentlich die neueren Auswandererschiffe in bezug auf die sofortige Bereitstellung der Boote geradezu Vorzügliches. Was das Telegramm des Reichskommissars angeht, so ist die Anmeldung durchaus am Plage gewesen. Der Kommissar habe darauf zu sehen, daß ein Schiff nicht eher abgeht, als bis alle Einrichtungen zum Schutze der Passagiere ordnungsmäßig getroffen sind. Wenn er sich nicht angemeldet und nicht alles in Ordnung gefunden hätte, so hätte er nur anordnen können, daß die unvollständige Einrichtung vervollständigt werde. Die Hauptsache ist, daß bei der Abfahrt alles in Ordnung ist; wann es in Ordnung gebracht wird, ist vollständig gleichgültig. Meldet der Kommissar sich nicht an, so riskirt er, daß ein Theil der Mannschaft beurlaubt ist und er die Bootsmannöver nicht vornehmen lassen kann. Wenn Sie also in Zukunft der deutschen Rederei wieder etwas anhängen wollen, so seien Sie vorsichtiger und fallen Sie nicht zum zweiten Male hinein. (Weiterkeit und Weifall.)

Abg. Dahn (wild): Ich bin zwar für den Norddeutschen Lloyd keineswegs voreingenommen, kann aber doch die Darstellung des Abg. Wegner nicht als richtig anerkennen. Es ist mir allerdings gesagt worden, daß aus allzugroßer Sparsamkeit bei den Dampfern an Offizieren gespart werde, will aber vorsichtigerweise hinzufügen, daß ich nicht genau weiß, ob sich die Daten auf Bremer oder Hamburger Schiffe beziehen. Ich hoffe, daß das Haus einer Resolution endlich zustimmen werde, die ich wohl im nächsten Jahre wieder einbringen werde, in der eine Enquete über Beschäftigung und Gehaltsbezüge der Schiffs-offiziere verlangt wird.

Abg. Freese (fr. Bg.) führt aus, daß Abg. Dahn nur allgemeine Behauptungen aufgestellt, ohne sie mit Zahlen zu belegen.

Beim Titel „Gesundheitsamt“ beantragen Mitglieder verschiedener Parteien (Abg. Pöbelski und Genossen): den Reichstag zu ersuchen, für die sofortige Einrichtung von Versuchsanstalten zur gründlichen Erforschung der Maul- und Klauenseuche von Reichs wegen und bei den einzelnen Bundesstaaten Sorge tragen zu lassen.

Abg. Graf v. Bernstorff-Welgen (Welfe) weist auf die Gefährlichkeit der ganz Deutschland durchziehenden Maul- und Klauenseuche hin.

Abg. v. Pöbelski (L.) bittet im Interesse des heimischen Viehlandes ebenfalls um Annahme der Resolution.

Staatssekretär v. Witticher erklärt, die verbündeten Regierungen seien mit dem Ziele der Resolution im vollsten Maße einverstanden. Es sei ihm aber fraglich, ob die Resolution sich ihrer Form wegen zur Annahme empfehle. Im Reichs-Gesundheitsamte wie in den landwirtschaftlichen Hochschulen beschäftigt man sich unausgesetzt mit der Erforschung der Maul- und Klauenseuche.

Die Abgg. Kranke (natl.) und Langerhaus (fr. Sp.) erklären sich ebenfalls mit dem Ziele der Resolution einverstanden, äußern aber ähnliche Bedenken wie der Staatssekretär.

Abg. Graf v. Kanitz (L.) erklärt sich mit der Forderung besonderer Versuchsanstalten nicht einverstanden, obwohl er den Antrag unterstützt habe. Es würde zu lange Zeit verfließen, ehe praktische Resultate zu verzeichnen sein würden. Das richtige sei, die Grenzen zu schließen, wie es andere Staaten, z. B. neuerdings Frankreich, auch thäten.

Die Resolution wird angenommen.

Beim Titel „Reichs-Versicherungsamt“ weist

Abg. Röstke (natl.) die bei der zweiten Lesung von den Abgg. Moltenbahr und Stadthagen gegen die Berufsgenossenschaften erhobenen Angriffe zurück, worauf die Diskussion über den Titel unter dem Widerspruch des Abg. Singer geschlossen wird.

Beim Etat der Heeresverwaltung bringt Abg. v. Massow die vorzeitige Veröffentlichung des kaiserlichen Gnadenlasses durch den „Vorwärts“ zur Sprache und fragt an, ob Anordnungen getroffen seien, daß solche unglaublichen Vorgänge sich nicht wiederholen.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Niemandem kann die vorzeitige Veröffentlichung des Erlasses unangenehm sein, als mir selbst. Nachdem seine Majestät den Erlass unterzeichnet und mir eingehändigt hatte, war ich dafür verantwortlich, daß er nicht vor dem 18. Januar in die Öffentlichkeit kam. Wenn er trotzdem schon am 17. in einer sozialdemokratischen Zeitung erschienen ist, so muß ich die Schuld auf mich nehmen, und da ich nicht gehorcht bin, unliebsame Vorkommnisse zu veruchen. Ausblick ein solcher Skandal nicht wieder vorkommen kann. Wenn ich heute ruhig und objektiv auf den Vorgang zurückkomme, so muß ich sagen, ich finde ihn weniger auffällig als typisch für unsere Zustände, denn er zeigt, daß auch in diesem Falle die Lehren der Sozialdemokratie äußerst verderblich für gewisse Elemente der Bevölkerung sind. Was Sie (zu den Soziald.) euphemistisch harmlose Verwendung eines werthlosen Blattes nennen, entpuppt sich bei näherem Zusehen als ganz gemeiner Diebstahl und Heherei. (Zustimmung rechts. Ruf bei den Sozialdemokraten: Lächerlich!) Wenn es von der Partei als eine wohlgefällige Handlung bezeichnet wird, geheime Erlasse zu stehlen, wie kann man sich dann wundern, wenn der Diebstahl auch zu prägewerblichen Zwecken ausgebeutet wird und man schließlich die Gemeinheit der Gesinnung noch als Kulturfortschritt bezeichnet. (Gehr richtig! Lachen bei den Sozialdem.) Die ersten Versuche, die Täter zu ermitteln, wurden von den sozialdemokratischen Blättern mit Hohn und Spott begrüßt, und als der erste Versuch mißlang, habe ich im „Vorwärts“ die stolze Zuversicht gelesen, daß es nicht gelingen werde, die Diebe zu ermitteln. Thatsächlich hat die Zeitung einen politischen Zweck mit der Veröffentlichung nicht verfolgt. Es hat sich nur gehandelt um das Geschäft, um die Reklame, um die Absicht, bei dem einfältigeren Theil der Leser den Glauben zu erwecken, die Zeitung habe Beziehungen zu den höchsten Kreisen, zum Kriegsministerium selbst. (Zustimmung rechts; Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Hat doch der „Vorwärts“ geschrieben: „Dem „Vorwärts“ gönnt man aber seine bevorzugte Stellung in der deutschen Presse nicht.“ (Große Heiterkeit.) Ist es wirklich möglich, die Sache zu beschönigen, wie es von vielen Seiten geschieht? Es ist festzustellen, daß eine kleine Diebs- und Hehlerbande unter den Arbeitern der Druckerei den „Vorwärts“ in diesem Falle bedient hat. Diese drei Leute mögen, bevor sie Sozialdemokraten geworden waren, ganz ehrliche und rechtschaffene Leute gewesen sein. Jetzt sind sie es meiner Ansicht nach nicht mehr und die Verantwortung dafür trägt die Sozialdemokratie. (Zustimmung rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie (zu den Sozialdemokraten) werden sich vielleicht eine Weile schütteln, sie bleiben aber an Ihnen hängen. Ich habe ja auch schon in der Zeitung gelesen, sie haben alle Aussicht, zu Heiligen oder Märtyrnern der Partei erklärt zu werden. (Heiterkeit.) Als die Leute überführt waren, haben sie ein reumüthiges Geständnis abgelegt und dabei zu erkennen gegeben, daß sie sich ihrer Schuld vollkommen bewußt waren. Inzwischen haben sie Privatunterricht bekommen und haben in der Hauptverhandlung sich hingestellt, wie die Sämmlein, weiß wie Schnee, als die Unschuldigen. Das Gericht hat sich in keiner Weise von den Angaben der Leute dupiren lassen und zum Ausdruck gebracht, daß selbst der erfolgreiche Besuch der Schule des Verbrechens noch nicht die Berechtigung zum Stehlen gewährt. (Anruhe bei den Sozialdemokraten.)

Da ich nun einmal das Wort habe, will ich auf die vom Abg. Bebel in der zweiten Lesung vorgebrachten Fälle von Soldaten-Mißhandlungen zurückkommen. Der Mann vom 9. Infanterie-Regiment erhielt nicht, wie der Abgeordnete Bebel angab, von einem Gefreiten, sondern von einem Kameraden eine Ohrfeige, so daß das Trommelfell platze; die Verletzung ist geheilt, trotzdem aber, und obgleich kein Straf Antrag gestellt war, erhielt der Mann, der geschlagen hat, von seinem Eskadronchef 5 Tage Arrest, weil auch unter Kameraden eine Ohrfeige nicht egal ist. (Heiterkeit.) Aber wenn man jede Ohrfeige hier erwähnen wollte, die einem Genossen auf dem Arbeitsplatze oder bei sonstigen Gelegenheiten appliziert wird, wohin würde das führen. (Heiterkeit.) In Königsberg, wo wegen eines vorgekommenen Diebstahls eine Abtheilung nachgezogen sollte, ist auf die an das Generalkommando erstattete Anzeige nicht die Antwort gekommen, von nun an werde täglich zwei Stunden nachgezogen werden, sondern der Offizier, der das Nachgezogenen verurteilt hatte, wurde streng getadelt, und das Nachgezogenen hörte auf. Also diese Fälle beweisen wieder, daß der Abg. Bebel in dem Vertrauen auf unwahre Mittheilungen von Genossen sich hier unwissentlich zum Verbreiter von Lügen macht und sich auch dadurch nicht beirren läßt, daß er den höchstkommandirenden Offizier einer Provinz in den Augen der Bevölkerung herabsetzt. Der vom Abgeordneten Bebel erwähnte Wendlandt wandte sich zuerst, nachdem er aus der Arbeiterabtheilung entlassen, an seinen früheren Hauptmann mit der Bitte, ihm Beschäftigung zu verschaffen, und der Offizier entsprach auch dieser Bitte, trotzdem es sich um einen Sozialdemokraten handelte; das beweist, welches Vertrauen die Leute, auch wenn sie wieder in ihre Zivilstellung zurückkehren, zu ihren ehemaligen Vorgesetzten haben, und damit ist erwiesen, daß jene Billir und Ungerechtigkeiten, von der der Abgeordnete Bebel spricht, im Heer und bei den Vorgesetzten nicht bestehen. Der Hauptmann Müller, auf den der Abg. Bebel sich bezieht, theilt mir in einem Brief mit — ich kenne den Hauptmann Müller nicht persönlich — er bedauere seine vor sechs Jahren in einer, wie er jetzt erkannt habe, unbegründeten Erregung geschriebene Broschüre, die noch jetzt den Einfluß zu auf-

reizen den Neben bilden, und er überfand mir zugleich eine Broschüre, in der er im deutschen Heere eine Hauptstütze der deutschen Macht und des Friedens sieht. Die Armee ist — damit schließt er — erhaben über die Vorwürfe, die der Abg. Bebel gegen sie richtet, und auch gegen die Anwürfe, die von sozialdemokratischer Seite alljährlich gegen sie, zum Theil in meiner Person, gerichtet werden. (Beifall.)

Abg. Liebknecht (Soz.): Als der Erlass in unsere Redaktion gebracht wurde, hatte ich gedacht, es handle sich um eine ganz unbedeutende Sache; jetzt, da ich sehe, welche Wirkung die Veröffentlichung hervorgebracht hat, erkläre ich: der Streich hat doch getroffen. (Lachen rechts.) Die drei jungen Leute haben unzweifelhaft geglaubt, ihrer Partei einen Dienst zu leisten. Das ist bei allen Parteien so, daß ihre Genossen Neugierigkeiten zubringen. Es ist eine ganz harmlose Sache (Lachen) — es ist eine ganz harmlose Sache, und ich beneide diejenigen nicht um ihre Autorität, die hier, nachdem sie über Männer wie Leib, Wehlan, Hammerstein lange Zeit in der nachsichtigsten Weise geurtheilt haben, die Schale ihres Zorns über diese drei ungeschuldigen Leute ausgießen. Ich hatte die Absicht gehabt, in der Generaldebatte zu reden, aber ich fühlte mich zu unwohl, um das zu thun; jetzt habe ich wenigstens die Gelegenheit, nicht zu vertheidigen, sondern anzuklagen. Wie der Kriegsminister mit dem Pathos, den er uns gegenüber immer anzuwenden beliebt, so hat auch der Oberstaatsanwalt Drescher, der einen großen Apparat hierzu in Szene gesetzt hatte, mit großem Pathos erklärt, daß der „Vorwärts“ dadurch die Tiefe seiner Moralität zu erkennen gebe. Unsere Moralität besteht einfach darin, daß wir Halkunten packen, wo wir sie kriegen können. (Lachen rechts.) Es wird ein Moment kommen, wo sie darüber am allerwenigsten lachen werden. Der Kriegsminister hat den Versuch gemacht, es so darzustellen, als ob diese drei ungeschuldigen Leute (Lachen), ja ungeschuldig sind sie im Vergleich zu einem Hammerstein, ihre erste Aussage widerrufen hätten; sie hätten ein Privatissimum inzwischen gehört. Dieses hat einfach darin bestanden, daß jene Genossen, so will ich sie hier nennen, den Inhalt eines Protokolls, welches ihnen vorgelegt worden war, nicht als richtig anerkannt haben. Der Polizeikommissar Schöne hat Dinge gesagt, von denen sie behaupteten, daß sie nicht wahr seien. Der Kriegsminister hat gesagt, daß sie zu Parteidictatoren geworden seien; nein, aber wir stellen sie doch unendlich höher als diejenigen, welche von Ihnen dadurch Männer vertheidigt haben, wie einen Peters, der bis zur jüngsten Zeit Ihr Vertrauensmann war, dem Sie Ihre Bewunderung zu erkennen gaben. Gegenüber solchen Halkunten sind sie Männer von Ehre, Männer, vor denen wir noch Respekt haben. Man hat an ihnen allen den Haß, der sich angesammelt hat im Laufe der Zeit gegen den „Vorwärts“, auslassen wollen. Sie sind in dieser Beziehung Märtyrer gewesen. Darum wäre ihnen gefehlen, wenn es sich nicht gerade darum gehandelt hätte, nach dem Fall Peters einmal ein Exempel zu statuieren? Glauben Sie, daß ein Gerichtshof in einer solchen Weise vorgegangen wäre wegen einer Lappalie? Da sehen Sie wieder einmal die Unabhängigkeit der deutschen Gerichte! (Große Unruhe. Glöde des Präsidenten.) Was heißt es denn, ein Altkennstück veröffentlicht? Wo ist denn die Partei, die das nicht von ihren Gegnern getan hätte? Gerade Sie (nach rechts) haben das getan; denken Sie an die Zeit, da Kaiser Wilhelm I. noch Kronprinz war. Wie wurde er von Lindenberg, einem Agenten Ihrer Partei überwarzt? Wir hatten uns nicht bemüht, das Altkennstück zu bekommen, aber der „Norddeutschen Zeitung“, der wurde, als 1870 gegen mich und meinen Freund Bebel ein Hochverrathssprozeß angestrengt wurde, eine ganze Anzahl von Altkennstücken, die auf unseren Prozeß Bezug hatten, von der Staatsanwaltschaft (Hört! bei den Sozialdemokr.) also von den Kollegen des Oberstaatsanwalts Drescher übergeben. Es vergingen ein Paar Jahre und dann kam der Fall Aulins; jetzt hören wir wieder Klagen über Veröffentlichung von Altkennstücken und Gesandtenwürfen in offiziellen Blättern und es ist offiziell darüber geklagt worden, daß in den verschiedenen Departements der Regierung ein förmlicher Wettstreit zu bestehen scheint, die Altkennstücke anderer Departements zu veröffentlichen. Ist das etwa insam gewesen? Hat man das gebremst? Nein, denn es waren ja Ihre Organe! Sie sprechen von einem Vertrauensbruch: Wir haben doch einen Welfensfonds gehabt; aus dem sind Hunderttausende ausgegeben, um alles das zu thun, was Sie jetzt brandmarken, um Altkennstücke zu entfernen. Unter dem Sozialistengesetz sind Einbrüche und Diebstähle bei den Sozialdemokraten zu hunderten vorgekommen. Die Sozialdemokratie steht thurmhoch gegenüber derartigen Angriffen. Wenn man der Sozialdemokratie vorwerfen will, daß sie die Moral mit Füßen tritt, daß sie gegen das Recht, das in der Menschenbrust wohnt, verstößt, dann lachen wir. In der französischen Kammer sind es unsere Genossen gewesen, welche das Panamadiebesneft ausgehoben haben und hier im Reichstage hat es, nachdem die Staatsanwaltschaft Jahre lang geschlafen hatten, einen Sozialdemokraten bedurft, der den Reichstag und die Regierung zur Scham rufen mußte. Wenn Sie diesen armen unglücklichen drei Menschen gegenüberstellen einen Leib, Wehlan, Hammerstein, so ist das zum Lachen. Sie hängen uns jene an unsere Rockschöße, Ihnen hängen diese an und Sie werden sie nicht abschütteln können. (Schluß im Hauptblatt.)

lokales.

Einem glänzenden Sieg hat die Sozialdemokratie gestern abends bei den Gemeinderathswahlen in Adlershof ersiegt. Unserem Parteigenossen Laube fielen 153 Stimmen zu, während es der freiwilliche Gegner auf ganze 72 und der Konservative gar nur auf 49 Stimmen brachte.

Achtung, Töpler! Um Irrthümer zu vermeiden, machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß die öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: „Die Einigung der Kollegen Berlins“ morgen Abend 6 Uhr bei Frau Brunnensstraße 184, stattfindet. Im Inerat des „Vorwärts“ vom Sonnabend ist durch einen Fehler der 24. März angegeben. Im Auftrage der Kommission: F. Kautlich.

Unter zahlreicher Theilnahme ist am Sonntag unser Parteigenosse, der Former G. Reddanz beerdigt worden. Der Leichenzug, dem eine Menge Wagen folgten, bewegte sich von der Reichensbergerstraße nach der Pappel-Allee und schloß, je näher man dem Friedhof kam, immer mehr an. Eine große Anzahl Kränze gab Zeugniß von der Pietät, welche die sozialdemokratische Arbeiterschaft ihren Todten entgegenbringt.

Eine recht angenehme Temperatur muß auf dem Jubelstisch geherrscht haben, welches die „Staatsbehörden“ Parlamentarier am Sonnabend im Reichstagsgebäude abhielten. Die „Germania“ läßt sich u. a. folgendes berichten:

Die Hochrufe auf den Fürsten Bismarck wurden von den besondern Freunden und Verehrern desselben mit demonstrativer Begeisterung ausgedrückt, mit weit stärkerer Betonung als das Hoch auf Kaiser und Reich. Um die Sache besonders demonstrativ zu machen, wurden sogar noch einige Hochrufe dem dreimaligen Hoch zugefügt — ein kindliches Vergnügen, das die gute Stimmung nirgendwo verderben konnte. Einem mittelparteilichen Abgeordneten des Reichstages, welcher dem Zentrumssehr nahe saß, passierte dabei noch das Unglück, daß er selbst in das Hoch auf Bismarck einzustimmen vergaß, während er es für nothwendig erachtete, sich anzudrehen, um anscheinend das Verhalten des Zentrums und einzelner Zentrumsmitglieder bei diesem Toast zu beobachten und zu kontrolliren.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ aber bringt in unheimlichem Eifer bereits den dritten Freudenartikel über dieses

Fest. Das offiziöse Blatt darf jetzt gegenüber dem „Reichsfeinden“ demonstrativ den alten Bismarck herausstreichen, und dies geschieht in folgender Phrase:

„Festruhend auf dem nationalen Grunde und allen Stürmen Trotz bietend, steht der Bau des Reiches. So auch über jede Antastung durch den Haß der Feinde oder durch den Reich der Kleinen und Kleinlichen hoch erhaben steht der Name des Fürsten Bismarck.“

So die Festbetrachtung, die das offiziöse Blatt zu bringen befehlt erhalten hat. Nach solchen vom Geiste deutscher Einheit getränkten angenehmen Stimmungsbildern kann von uns wohl ohne Ueberhebung konstatiert werden, daß die Sozialdemokratie ihre Feste denn doch anheimelnder zu gestalten weiß. Selbst darin ist sie den „Staatsbehörden“ über.

Eine Post- und Telegraphenagentur wird am 1. April in der Kolonie Baumshulweg eröffnet. — Am 27. März, abends nach Dienstschluss wird das Postamt III in Friedrichsberg bei Berlin von dem Hause Frankfurter Allee 176 (Ecke Jungstraße) nach dem Hause Frankfurter Chaussee 89 verlegt.

Hausbesitzer-Treuepflicht. Der Bund der Berliner Hausbesitzer-Vereine hat in seiner letzten Bundesversammlung beschlossen, an den Magistrat eine Petition zu richten und darin zu fordern, daß der Magistrat die Erlaubnis zum Wohnen jüdischer Beamten und Lehrer in den Vororten grundsätzlich verweigere und die seither erteilte Erlaubnis in einer bestimmten Frist widerrufen. Zur Begründung dieses Verlangens wurde förmlich darauf hingewiesen, daß nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen der Wohnsitz der Beamten am Amtssitze sein müsse. Jetzt wohnen aber zahllose Beamte und Lehrer in den Vororten, genossen alle „Vorteile“ Berlins, ohne zu den Lasten herangezogen zu werden, die Stadt erleide große Ausfälle an Steuern und die Hausbesitzer würden bei dem Leerstehen von 30000 Wohnungen am meisten betroffen. Bei der Macht, welche die Hausagrarier im Berliner Gemeinwesen einnehmen, sollten sie doch einfach dekretiren, daß die städtische Bevölkerung ihnen den Ausfall an Miete für die 30 000 leerstehenden Wohnungen zu ersetzen hat.

Flora Gah als Schriftstellerin. Die vielgenannte „Freundin“ des Herrn von Hammerstein, Flora Gah aus Basel, giebt (wie man der „Frk. Ztg.“ aus Basel schreibt) zwecks Vertheidigung gegen die ihr gemachten Vorwürfe, von denen sie viele als ungerechtfertigt bezeichnet, eine Broschüre heraus, die sich durchweg aus Dokumenten, in erster Linie aus Briefen v. Hammerstein's, stützen soll. Das ca. 50 Seiten starke Büchlein, das demnächst in einem süddeutschen Verlag erscheinen wird, führt den Titel: „Meine Vertheidigung in Sachen v. Hammerstein's. Von Flora Gah in Basel.“

Die Deutsche Gesellschaft für volksthümliche Naturkunde veranstaltet am Dienstag, den 24. März, abends 8 Uhr, im Bürgerhalle des Rathhauses einen öffentlichen Projektionsvortrag. Herr Privatdozent Dr. med. Th. Weyl wird über das Thema sprechen: „Die erhalten wir unsere Schulkinder gesund?“

Besuchszeit der Museen. Amtlich wird folgendes bekannt gegeben. Das Alte und Neue Museum, das Museum für Völkerkunde, das Kunstgewerbe-Museum und die National-Galerie sind für das laufende Jahr während der Monate April bis September an den Wochentagen, mit Ausnahme der Montage, von 10 bis 4 Uhr, an den Sonntagen von 12 bis 6 Uhr für das Publikum geöffnet. Mit Bezug auf den Eintritt in die National-Galerie an den Montagen zwischen 1 und 3 Uhr gegen Meldung beim Kastellan behält es bei den bisher geltenden Bestimmungen sein Bestehen. — Nach Beendigung der Umstellungsarbeiten ist die Sammlung der italienischen Original-Bildwerke von Sonntag, den 22. d. M. ab, wieder dem Publikum geöffnet.

In dem Disziplinarverfahren wider den Pfarrer Witte von St. Gollgatha hat, wie hiesige Blätter melden, der Evangelische Oberkirchenrath die gegen das Urtheil des Breslauer Konsistoriums vom Pfarrer Witte eingelegte Revision zurückgewiesen. Das Breslauer Urtheil lautet bekanntlich auf Amtsenthebung.

Treptow war am Sonntag das Ziel vieler tausender Berliner und Vorortsbewohner, sobald auf der Hauptstraße zu Zeiten nur schrittweise gefahren werden konnte. Die vorhandenen Verkehrsmittel erwiesen sich als völlig unzureichend und die Lokale waren derart überfüllt, daß viele Tausende halb verschmachtet nach Berlin zurückkehren mußten, weil es nicht möglich war, irgend eine Erfrischung zu erhalten. Die Straßen und Wege auf Treptower Gebiet waren so staubig, daß die Passanten wie die Mäuler aufstoben. Bis zur Eröffnung der Ausstellung bleibt noch sehr viel zu thun übrig; eine ordnungsmäßige Befestigung der Wege dürfte bis dahin überhaupt nicht mehr möglich sein.

Zur Rigdorer Gemeindevahl. Da Genosse Frese nicht Hausbesitzer ist, muß für diesen eine Ersatzwahl vorgenommen werden. Dieselbe ist auf Montag, den 30. März d. J. anberaumt worden und wird von vormittags 10 bis nachmittags 6 Uhr im „Deutschen Wirthshaus“, Bergstr. 136, stattfinden. Gültig sind nur die Stimmen, welche auf Hausbesitzer fallen.

Die Gemeinde Briss will ein Ortschaftat erlassen, nach welchem alle männlichen Gemeindeglieder von und bis zu einem bestimmten Alter verpflichtet sind, der freiwilligen Ortsfeuerwehr beizutreten. Befreit hiervon sollen diejenigen sein, welche einen bestimmten Beitrag für Feuerlöschzwecke zu zahlen sich verpflichten. In der am nächsten Freitag stattfindenden Gemeindevorstandersitzung soll dieses Statut zur Verathung gelangen.

Modernes Deutschthum. Unter dem Verdacht, eine Majestätsbeleidigung ausgeübt zu haben, ist am Sonnabend ein Schneidergeselle in Spanbau verhaftet worden. Derselbe wurde von seinem früheren Meister, wie man annimmt, aus Rache denunziert. Die That soll schon vor Jahr und Tag geschehen sein.

Eine Messerketerei, der ein Menschenleben zum Opfer fiel, hat sich in der vergangenen Nacht in der Bergmannstraße abgespielt. Der 20jährige Maurer Gottfried Bauer, der aus dem Kreise Lorgau stammt und seit etwa sieben Jahren schon bei der Familie Luckwald in der Bergmannstraße 98 wohnte, ging vorgestern Abend um 7 1/2 Uhr aus und besuchte mehrere Schankwirtschaften. Bald nach 2 Uhr früh sah man ihn auf offener Straße mit mehreren Leuten, die vermutlich auch schon in den Wirthschaften mit ihm zusammen gewesen sind, in Streit, der vor dem Hause Bergmannstraße Nr. 106 einen heftigen Charakter annahm. Bauer erhielt plötzlich mit einem spitzen Taschenmesser einen Stich in den Hals, der ihm die Schlagader durchschnitt. Man brachte ihn zu dem im Hause Nr. 104 wohnenden Massieur Lange, der ihm die erste Hilfe bringen sollte. Der Gestochene gab aber schon nach wenigen Minuten seinen Geist auf. Der Stecher, ein Hausdiener aus der Weisenaustraße Nr. 81, suchte zu entfliehen, wurde aber festgenommen und heute morgen der Kriminalpolizei zugeführt. An dem Streite ist der Erstochene nach dem Ergebnis der bisherigen Ermittlungen nicht unschuldig.

Eine Radnachts. In tumultuarischen Szenen kam es, wie uns ein Berichterstatter mittheilt, in der Nacht zum Sonntag in der Gollnowstraße. Gegen 1/10 Uhr abends passirten drei Gefährte des in der Brunnensstraße wohnenden Fuhrwerdbesizers Grundmann den oben erwähnten Straßenzug. An der Ecke der Gollnow- und Landwehrstraße standen mehrere Männer auf dem Fahrdamm, die trotz Zurufs des das erste Gefährt leitenden Herrn G. nicht aus dem Wege gingen. Sie hielten vielmehr das

Führer an und versuchten Herrn G. und dessen ihm zu Hilfe eilenden Rutscher vom Bod herunterzureißen. Die Stroche hielten sich Hilfe aus einer verächtlichen Sechserkneipe und mißhandelten die Rutscher. Ein hinzukommender Schutzmännchen wurde ebenfalls angegriffen, doch gelang es ihm einer der Rombies festzunehmen. Zwischen trafen Mannschaften des 18. Polizeiregiments ein, die in das R. fache Lokal eindringen, um die Exzedenten festzunehmen, wurden jedoch von den Strochen arg bedrängt. Glücklicherweise erhielten die Beamten Unterstützung aus der 19. Polizeiwache in der Riehmännstraße und der 92. Polizeiwache in der Bäckstraße, so daß schließlich ein Aufgebot von circa 50 Schutzmännchen unter Führung von 4 Wachtmeistern zur Stelle war. Diefen gelang es die gefangenen Väter des R. fachen Lokals, ca. 60 Personen nach der 18. Polizeiwache zu führen. Von diesen wurden 36, darunter drei Mädchen, in Haft gehalten und in drei Jüngen nach dem Polizeipräsidium überführt. Die nach Feststellung ihrer Personalien zur Entlassung Gelommenen rotteten sich später auf der Straße wieder zusammen und verübten allerlei Unfug. Gegen 3 Uhr nachts versuchte in der Landwehrstraße ein Schutzmännchen diesem Treiben ein Ende zu machen; er wurde aber ebenfalls angegriffen und mußte Notrufsignal geben. Nach Eintreffen zu Hilfe kommender Beamten gelang es noch, drei der Exzedenten festzunehmen, die ebenfalls in Haft gehalten wurden. Während des ersten Exzesses hatten die meisten der in der Gollnowstraße wohnenden Geschäftsleute ihre Lokalitäten geschlossen.

Maskenspektakel in Berlin. Ein Kunstakademiker hatte auf einem Koffinhause einen Stroch kopiert und dummelte am Sonntag früh in seiner Maskentracht mit mehreren Festgenossen in der Friedrichstraße. Ein Schutzmännchen verhaftete den falschen Stroch aber und nun soll dieser wegen groben Unfugs bestraft werden!

Als Opfer einer Wette wird der 67jährige Hilfsdiener Augustin Mantel bezeichnet. Als er sich am Sonnabend kurz vor 10 Uhr abends vom Reichstagsgebäude auf den Heimweg begab und an der Ecke der Straße Alt-Moabit den Fahrbaum der Lüneburgerstraße überschreiten wollte, sah ihn ein Kollwagen der Expeditionsfirma Kröger, Zielinsky u. Ko., warf ihn zu Boden und überfuhr ihn. Das linke Hinterrad zertrümmerte dem alten Manne den Schädel, so daß er auf der Stelle getötet wurde. Der Kollwagensführer jagte davon, wurde jedoch eingeholt und auf die Wache des 4. Polizeiregiments gebracht. Hier stellte man ihn fest als den 19jährigen August Schwerdt aus der Höchstraße 21. Augenzeugen hatten gesehen, daß Schwerdt in rasendem Tempo um die Ecke gebogen war. Sein „Kollmops“ gab die Erklärung dafür ab, der junge Rutscher hätte mit einem Kollegen in der Kneipe gewettet, wer am schnellsten nach Hause kommen würde. Schwerdt ist verhaftet worden und wird sich wegen fahrlässiger Tötung vor dem Strafrichter zu verantworten haben.

Wegen Unterschlagung eines Depots in Höhe von 20 000 Francs in italienischer Wente ist der Bankier F e r e n d am 2. d. M. verhaftet worden. Die Geschäftsbücher sind beschlagnahmt und das Geschäftstotal versiegelt worden. Während soll schon seit längerer Zeit mit Zahlungsschwierigkeiten gekämpft haben.

Gegen Kofe soll der deutsche Kaiser der „Deutschen Tageszeitung“ zufolge endgiltig auf „Warnung“ entschieden haben. Was das ist, wissen wir nicht.

Das Schicksal eines Sonderlings erregte gestern im äußersten Norden der Stadt allgemeine Aufmerksamkeit. Seit drei Jahren wohnte in dem Arnold'schen Hause in der Straße 1 auf dem Gesundbrunnen der 88 Jahre alte Almosenempfänger Karl August Blasche, der früher Zimmermann war und jetzt noch die nächtliche Bewachung des Grundstücks besorgte. Blasche war ein Sonderling. Er ließ niemanden in seine Wohnung hinein und besorgte alles, was er brauchte, selbst. So baute er sich in seiner Behausung auch selbst einen eisernen Ofen auf, auf dem er am Sonnabend Abend Kartoffeln brät. Als gegen 7 Uhr ein anderer Bewohner des Hauses heimkehrte, fiel es ihm auf, daß aus der Wohnung des Greises ein starker Rauch hervorbrang. Man drang nun in seine Wohnung ein und fand ihn betäubt vor seinem Ofen sitzen. Ein herbeigerufener Arzt stellte eine schwere Kohlenoxydgasvergiftung fest und das 9. Polizeirevier ließ den Schwerkranken mit einem Lüchlichen Wagen in ein Krankenhaus bringen. Hier war der Greis auch gestern Abend noch nicht wieder zu sich gekommen.

Der Dampfer „Zehdenit“, der dem Personen- und Frachtverkehr zwischen Berlin und Zehdenit dient, ist Montag Vormittag am Kronprinzener-Ufer zwischen der Moltke- und Alsenbrücke beim Drehen leck geworden. Die Schiffsmannschaft wandte sich in ihrer Noth, als der Dampfer zu sinken begann, an die Polizei. Diese rief einen Dampfprelzzeug der Feuerwehre zur Hilfe und es gelang nach mehrstündiger Thätigkeit das Led zu verstopfen und das Wasser herauszupumpen. Die Gavarie ist ziemlich bedeutend, auch sind einige Kaufmannsgüter durch das eingedrungenen Wasser beschädigt.

Erstochen hat sich vorgestern Vormittag der 40jährige Monteur John Schulz in seiner Wohnung, Wilsnaderstr. 40. Er wohnte dort seit ungefähr einem Jahre mit einem Fräulein H. zusammen, zu dem er in näheren Beziehungen gestanden haben soll. Schon seit Wochen zeigte er eine auffallende Melancholie, ohne die Gründe hierfür anzugeben. Vorgestern gegen 10 Uhr vormittags ergriff er plötzlich ein spitzes Küchenmesser, das in seiner Stube auf dem Tische lag und rief: „Man möchte sich das Leben nehmen, ich steche mir das Messer in die Brust!“ Fräulein H. eilte vor Schreck aus der Stube hinaus. Als sie nach wenigen Minuten in das Zimmer zurückkehrte, war Schulz schon eine Leiche. Er hatte sich in der That das Messer ins Herz gestochen. Einem Arzte, der herbeigerufen wurde, blieb nur übrig, den Tod festzustellen.

Viel besprochen wird in Hossen ein in diesen Tagen gemachter Skelettfund. Im Sommer 1893 braunten in den Hossener Weinbergen eine Anzahl Schuppen nieder. Auf diesen Brandstellen ist jetzt das Kreiskrankenhaus errichtet und ein Theil des Geländes davon zu Gartenanlagen genommen worden, die jetzt eingerichtet werden. Als am Montag Mittag ein Gärtner

mit der Aushebung von Baumstämmen beschäftigt war, stieß er (wie das „Zeit. Kreisbl.“ berichtet) auf ein menschliches Skelett, das in geringer Tiefe unter der Erdoberfläche ruhend, in einem weitausgehenden, mit einer Lage Kalk überdeckten Drahtgeflecht eingehüllt war. Das Skelett rührte nach dem Gutachten Sachverständiger von einer etwa 25 jährigen weiblichen Person her, die wohl 30—40 Jahre dort vergraben lag, da von Kleidungsstücken nicht die Spur mehr zu finden war; vielleicht auch, daß der Kalk dieselben schneller zerstört hat. Es ist angenommen worden, daß an der Fundstelle die Scheune des Alderbürgerers Paul gestanden haben könnte. Es wird sich schwer feststellen lassen, ob man hier, wie vermutet wird, auf die Spur eines Verbrechens gelangen wird.

Ein sechzigjähriger Greis, der als Handelsmann Grünmeyer aus Neu-Zehdenitz bezeichnet wird, brach am Sonntag Abend vor dem Hause Invalidenstr. 114 plötzlich zusammen. Er starb in der Charite, wohin er gebracht war, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

In schrecklicher Weise ums Leben gekommen ist am Sonntag Nachmittag 8 1/2 Uhr das fünfjährige Töchterchen Emma des Bahnarbeiters Stephan in Nixdorf, Bietzenstr. 19 wohnhaft. Das Kind befand sich kurze Zeit allein in der Küche und trat aus offene Fenster, aus welchem es sich so weit hinauslehnte, daß es das Gleichgewicht verlor und drei Etagen tief in den gepflasterten Hof hinabfiel. Die erlittenen Verletzungen waren so schwere, daß das Kind bald darauf unter unsäglichen Schmerzen verstarb.

Vermißt wird seit Freitag vergangener Woche das Dienstmädchen Marie Reuter, das bis dahin in der Eisenaderstraße in Stellung war. Das Mädchen kam am Freitag, nachdem es plötzlich aus dem Dienste geschieden war, zur Wohnung seines Bruders in der Wilhelmstraße 127 gefahren und gab, da es den Bruder nicht traf, seine Sachen im Seifengeschäft von Pohl ab. Dann entfernte es sich, anscheinend sehr niedergedrückt mit dem Bemerkten, daß es abends wiederkommen werde. Das ist jedoch nicht geschehen und man vermutet, daß die Verschwendung verunglückt ist oder sich ein Leid angethan hat. Das Mädchen ist etwa 1,58 Meter groß, hat ein rundes, frisches Gesicht und ist schwarz gekleidet.

Wegen eines gemeinen Raubeakts sind zwei Schlächtergefallen in Haft genommen worden. Dieselben haben dem Schlächtermeister F., der ihnen gekündigt hatte, dadurch einen erheblichen Schaden zugefügt, daß sie eine große Menge Fleisch mit Schmutzwasser begossen und dadurch unbrauchbar machten.

Witterungsübersicht vom 23. März 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. redigirt auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1—12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (90 F.).
Ewinemünde	764	ED	2	wolkig	8
Damburg	764	WSW	1	wollenlos	9
Berlin	764	Still	—	wollenlos	9
Biesbaden	765	WS	1	halb bedeckt	10
München	767	SW	4	heiter	8
Wien	766	Still	—	Rebel	5
Haparanda	768	—	2	bedeckt	—1
Wetersburg	762	W	1	Rebel	0
Cort	768	SW	3	halb bedeckt	11
Aberdeen	757	SW	5	bedeckt	7
Paris	765	D	0	wollenlos	6

Wetter-Prognose für Dienstag, den 24. März 1896. Darnes, ruhiges, vielach heiteres, zeitweise wolkiges Wetter ohne erhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beitrag.

Das Vereinsgesetz gegen sozialdemokratische Frauen. Unsere Parteigenossinnen Eilen, Koop und Pant als Leiterinnen der Filiale Ottensen des Zentralvereins der Frauen und Mädchen Deutschlands waren vom Schöffengericht und der Strafkammer zu je 20 M. verurtheilt worden, weil man in der genannten Zahlstelle des fraglichen Vereins nach Annahme der Gerichte politische Gegenstände erörtert hatte und die Zahlstelle dies zu thun begwante. Besonders wurde den Beurtheilten als Vereinsversammlung eine öffentliche Volksversammlung angerechnet, in welcher Clara Jettin über die Militär-Vorlage gesprochen hatte und in der zum Beitritt in den Verein aufgefordert worden war. Das Gericht erklärte für festgestellt, daß diese Versammlung von den Vorstandmitgliedern der Zahlstelle für die Zahlstelle einberufen worden sei. Bezüglich zweier regelmäßigen Zahlstellen-Versammlungen legte das Gericht Werth auf Ausführungen über den Krieg und über die Rechte der Frauen und die Ausschließung derselben von den politischen Rechten.

Die Angeklagten legten beim Kammergericht Revision ein. In der Hauptsache wurde dieselbe damit begründet, daß, wären auch vielleicht in den Zahlstellen — Versammlungen — politische Erörterungen vorgekommen, dies doch noch lange nicht der bauernde Zweck des Zweigvereins gewesen sei. Weder der Haupt- noch ein Nebenverwech des Vereins sei es gewesen, politische Gegenstände zu erörtern. Eine vorübergehende Erscheinung könnte aber nicht den Angeklagten nach §§ 8a und 16 des Vereinsgesetzes zur Last gelegt werden; des ersteren Wortlaut spräche dagegen. Der Strafenat wies jedoch gestern die Revision zurück. Ohne Zweifel seien Ausführungen über den Militarismus, Rechtspflege, Kriegsführung, Frauenrechte u. politische Natur, und aus ihnen gehe zweifellos die Absicht hervor, die Sozialdemokratie, d. h. eine extrem politische Partei zu fördern. § 8 sei anwendbar. Ganz unerheblich wäre es, ob jene Erörterungen politischer Gegenstände dauernde oder zufällige Erscheinungen seien.

Die Hauptverhandlung gegen den Freiherrn v. Hammer wird sich über den ursprünglich in Aussicht genommenen Termin hinausziehen, da dem Angeklagten eine Nachfrist von zehn Tagen zur Erklärung auf die Anklage gewährt worden ist. Erst nach Ablauf dieser Frist wird die Strafkammer den endgiltigen Beschluß über die Eröffnung des Hauptverfahrens zu fassen haben. Da zwischen der Justizstelle der Ladung und dem Tage der Hauptverhandlung eine Frist von mindestens einer Woche liegen muß, so ist der Termin zur Hauptverhandlung frühestens in der zweiten Hälfte des Monats April zu erwarten. Auf Wunsch des Angeklagten wird neben dem Rechtsanwält Kayzel I der Rechtsanwalt Dr. Schwindt die Vertretung führen.

Weil das Gericht den — Schädel verloren hatte, mußte Montag die Verhandlung vor dem Schwurgericht am Landgericht II Berlin vertagt werden. Drei Ziegelarbeiter sollten einen Kollegen durch Messerhiebe in den Kopf getödtet haben, und da sich am Schädel des Verstorbenen ziemlich deutlich zeigte, was für Messer zur Anwendung gekommen waren, hatte man als Hauptbeweismaterial den Schädel abgefaßt und in Verwahrung genommen. Dieses Beweismittel war aber gestern abfolot nicht zu finden, koflos war die Verhandlung nicht möglich und es mußte deshalb die Vertagung beschloffen werden. Offenlich gelingt es, den verlorenen Schädel zu ermitteln.

Der wiffentlich falsche Anschulding war der Xylograph Otto K a t h l e angeklagt, der sich gestern vor der lebenden Strafkammer am Landgericht I zu verantworten hatte. Er arbeitete bei der Firma Wägenstein und stand mit einem Kollegen auf gespanntem Fuße. Vor Jahresfrist, als der große Wismardrummel vor sich ging, denunzierte Kathle seinen Kollegen in einer anonymen Zuschrift an die Polizeibehörde wegen angeblicher Majestätsbeleidigung. Der Einsender der Denunziation wurde aber entdeckt und da deren Falschheit zu vermuten war, so erfolgte die erwähnte Anklage gegen den Denunzianten. Die Beweisaufnahme ergab jedoch zu wenig Belastungsmaterial, um den Angeklagten verurtheilen zu können, es mußte vielmehr mangels Beweises die Freisprechung desselben erfolgen.

Mit der Frage, ob Dissidenten verpflichtet werden können, ihre Kinder an dem Religionsunterricht in der Volksschule teilnehmen zu lassen, hatte sich Montag der Strafenat des Kammergerichts in Berlin zu befassen. Der Dissident Gerling in Kolln hatte ein Strafmandat erhalten, weil er seine Tochter an 80 Mal den Religionsunterricht meiden ließ. Gerling, dessen Frau ebenfalls aus der evangelischen Kirche ausgeschieden ist, beantragte darauf gerichtliche Entscheidung. Er hatte den Erfolg, in den beiden ersten Instanzen freigesprochen zu werden. Die Strafkammer war der Meinung, es würde mit der den preussischen Staatsbürger gewährleisteten Gewissensfreiheit in Widerspruch stehen, wenn man Eltern, welche nicht mehr zur evangelischen oder sonstigen Kirchengemeinschaft gehören, zwingen wollte, ihre Kinder an dem Religionsunterricht der einen oder anderen Konfession teilnehmen zu lassen. Der Strafenat des Kammergerichts hob aber dies vernünftige Urtheil auf und wies die Sache in die Verinstanz zurück. Die Kinder von Dissidenten müßten ebenfalls an dem Religionsunterricht in der Volksschule teilnehmen, wenn nicht erwiesen sei, daß sie anderweitig einen gleichwerthigen Religionsunterricht erhalten. — Das ist Gewissensfreiheit in Preußen!

Versammlungen.

Der Ortsverein der Maschinenbauer mißbilligte in seiner Sitzung am 23. d. M. in sehr entscheidender Weise das Verhalten zwei seiner Mitglieder, die bei der Firma E. Schulz als Streikbrecher figurirten. In einer Resolution empfahl die Versammlung dem Zentralvorstand, den Ausschluß der betreffenden zu bewirken.

Arbeiter-Bildungsschule. Dienstag Abend von 7 1/2—8 1/2 Uhr: Lesüre 8 1/2—10 1/2 Uhr: Verbände, Wägenstraße 179a: Volksschulische Redaktion (Die Bekleidung des Körpers.) Südost-Schule, Waldemarstr. 14: Nationalökonomie (spanische). Bei allen Unterrichtsstunden werden neue Zeitschriften, Tomen und Herren, jeder Zeit aufgenommen.

Friedrichshagen. Der Arbeiter-Bildungsverein hält seine am Sonntag angeordnete Versammlung am Dienstag, den 24. März, bei Müller, Kronprinzen-Garten ab.

Gesellschaft für Graphologie. Dienstag, den 24. März, abends 8 Uhr, in den „Victoria-Sälen“, Leipzigerstr. 124: Sitzung. Vortrag des Herrn Dr. Klein. Gäste sind willkommen.

Vermischtes.

Durch zwei große Erdstöße wurden am Sonnabend Nachmittag am Hügel in Hasbergen bei Dänabrad im Schacht „Germin“ 3 Arbeiter verschüttet. Sie sind bis zum Sonntag noch nicht geborgen worden, trotzdem vierzig Arbeiter ununterbrochen bei den Rettungsarbeiten thätig sind.

In Wien wurden Sonnabend Nachmittag durch den Einsturz eines Tunnels bei den Bauten der Stadtbahn zwei Arbeiter getödtet, einer leicht verletzt. Der Einsturz erfolgte infolge der Ueberlastung des Tunnels mit Erde.

Am Wiener-Renstadt wird gemeldet: Im städtischen Walde sowie in Gleiten bei der Preim find große Brände ausgebrochen. Viele hoch Wald sind bereits vernichtet.

Aus Budapest berichtet das Bureau Peroid vom Montag: Gegen den Nikolizer Personenzug wurde gestern zwischen den Stationen Litzolz und Pila ein Attentat verübt, indem von bisher unermittelt gebliebenen Personen Steine auf die Gleise gelegt waren, um dadurch den Zug zum Entgleisen zu bringen. Der Zugführer bemerkte das Hinderniß jedoch rechtzeitig und konnte den Zug zum Stehen bringen. Nur die Lokomotive wurde erheblich beschädigt.

Der griechische Dampfer „Despina“ gerieth am Sonntag in Zante in Brand und versank. Einzelheiten fehlen noch.

Briefkasten der Redaktion.

M. M., Ranch. Die Sonder-Ausgabe von Bastial-Schulze ist in der Buchhandlung Vorwärts zum Preise von 1 M. zu haben.

Buchfinken, Staare 1.50. Eingebögl, Vogelbauer billigst. G. Schnelle, Invalidenstraße 7.

Rohrtabak. Größte Auswahl! Billigste Preise. Sämmtliche Fabrikations-Utensilien. Heinrich Franck, Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

Mischel-Wirthschaft verkauft sofort spottbillig, vollständige Wohn- u. Schlafzimmereinrichtungen, darunter 8 Fenster neue Gardinen, Brautkleiden geeignet. Frau Wittner, Köpnickestr. 141, Vorderhaus I. Etage.

Möbel, Spiegel, Polsterarbeiten, Tisch-Garnituren, Panel-Sophas, Teppiche, Portiären, Gardinen, ganze Wohnungseinrichtungen, auch Aufzählung, mit geringen An- u. Kostenzahlungen bei E. Silberstein, Rosenhägerstr. 49, 1. Et.

Für Rohrleger! Alles Geschäft für Gas- u. Wasseranlagen, Louisenstadt, sof. 3. Verf. Off. unt. E. C. 641 Rud. Mosse, Pringstr. 41.

Sejjnal zu verpachten, Ködliner Hof, Ködlinerstr. 8, über 1000 Personen fassend, große Nebenküchen, Garten, Regalbad, Näheres bei Hoffarth, Adolfsstr. 20. 490b

Milchkübel, Kannon, Salton, Dezimal- u. Tafelwagen Jordan, Kleine Markus-Str. Nr. 28. Vereinszimmer für 30—40 Personen zu vergeben. Köpnickestr. 161. 500b

Destillation nahe der Markthalle verläufig, Näheres Weberstraße 50, Seitenflügel III. 499b
Laboreinrichtung, komplett für Zigar-Geschäft, billig sofort zu verl. Hoch, Paderstr. 53.

Mähmasch. Singer 12 M. Brangelstraße 88, R. D. 497b
Gut gehendes Milchgeschäft mit Rolle zu verl. Pallasadenstr. 71. 485b
Schneiderin empfiehlt sich in und außer dem Hause. Mathies, Görtlicher Ufer 6, Quergeb. rechter Aufg. II.
Schlafst. findet ein j. anst. Mädchen Friedenstr. 101, v. 4 Tr. 471b
Aust. Herr findet Schlafstelle Boechstraße 50, I. Seitenflügel 1 Trepp.

Möblirte Schlafstelle Adalbertstr. 4, vorn 4 Tr. Ariemwald. 486b

Arbeitsmarkt. Vergolder auf farbige Beisten verlangt Spiegel-fabrik Frankfurter Allee 197. 487b
Tücht. Grabenghilfen auf Nele- u. Golddruck verlangt Atlas, Pringstr. 18.
L. Steinmetz v. Nicolai, Müllerstr. 144.

Achtung! Metallarbeiter! Sämmtliche Arbeiter der Eisenmöbelfabrik von Carl Schulz, Hasenhaide Nr. 9, haben die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist fernzuhalten.

Tüchtige, durchaus zuverlässige, im Heizungs- und Wasserleitungsfache erfahrene

Monteure werden für dauernde Arbeit bei gutem Lohne außerhalb Berlins gesucht. Anerbieten mit Angabe der Lohnansprüche nimmt die Expedition dieses Blattes unter „Monteure“ entgegen. 46728*
Aufwärterin 486b sucht Poppenburg, Brückenstr. 10b.
Garten-Arbeiterinnen, Lehnmädchen und geübte, verl. 4765b
J. Schwandt, Neue-Jacobstr. 6.

Vergolder verlangt 3955 Ratow, Friedrichstr. 105a.

Lehrling gegen Kostgeld verlangt Goldbleichen-Fabrik G. Ratow, Friedrichstr. 105a. 396b

Gebrauchte Möbel kauft Lazarus, Anklamersstr. 20. 487b

Korbmachergesellen verl. Zehdenitstraße 15.

Vergolderlehrling gegen Wochenlohn wird verlangt Frenkenwalderstr. 20.

Tüchtiger Versilberer auf Kanten verl. Mühlentorstr. 29. 492b

Ein junger Mensch von 16 bis 18 Jahren, der auf dem Wasser Bescheid weiß, findet Stellung.
Braneret Stralan bei Preker.
Tischlergesellen auf Kastenarbeit verl. Schützenstr. 59. 483b
Holzbildhauer verl. Schützenstr. 59.
Goldarbeiter-Lehrling wird verl. Mollenmarkt 1, 1. u. 2. Laden. 486b

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 24. März. Opernhaus. Die Hochzeit des Figaro. Schauspielhaus. Wie die Alten sungen. Deutsches Theater. König Richard III. Festung-Theater. Die Erste. Berliner Theater. König Heinrich. Neues Theater. Winterschlaf. Vorher: Ihre erste Liebe. Residenz-Theater. Hotel zum Freihasen. Theater Unter den Linden. Pariser Leben. Hierauf: Diverissement. Schiller-Theater. Ohne Gelaut. Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Hungerleider. Central-Theater. Eine tolle Nacht. Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi. Belle-Alliance-Theater. Die Reise um die Erde in 80 Tagen. Alexanderplatz-Theater. Die Musikletzte im Damenstift. National-Theater. Egmont. American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater. (Wallner-Theater.) Mittwoch, abends 8 Uhr: Ohne Gelaut. Dienstag, abends 8 Uhr: Die Kinder der Erziehung.

Central-Theater. Alte Jakobstr. 30. Sonntag, den 22. März 1896: Emil Thomas als Gast. Zum 201. Male: Eine tolle Nacht.

Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Jul. Freund und Wilh. Mannstädt. Musik von Jul. Einödhofer. Montag, den 23. März 1896: Zum 200. Male: Eine tolle Nacht. Anfang 7/8 Uhr.

National-Theater. Große Frankfurterstraße 132. Direktion: Max Samst. Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen. Gastspiel des Fräul. Clara Leno vom Berliner Theater: **Egmont.** Trauerspiel in 5 Akten von W. v. Goethe. Regie: Max Samst. Morgen: Jacso, der Bienenfürst.

Alexanderplatz-Theater. Heute 8 Uhr: Zum 3. Male: Die Musketeiere im Damenstift. Operette in 3 Akten von L. Barney. Morgen und die folgenden Tage: Dieselbe Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater. **Charley's Tante.** Schluß in 3 Akten von Brandon L. von a. s. Repertoirestück des Globe-Theaters in London. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Vorher: Die Bajazzi. Parodistische Posse mit Gesang u. Tanz in 1 Akt von G. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von G. Roth. Anfang 7/8 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung. In Vorbereitung: **Das flotte Berlin.** Gefangnisse in 3 Akten von Leon Treptow und G. Jacobson. Komplettes von Gustav Gdrh. Musik von Gustav Steffens. (Novität.)

I. Rennen in Carlshorst Jeden Abend das urkomische Purzelbaum-Jockey-Rennen **Kaufmann's Variété-Theater** Königstraße, Colonnaden. Das neue Programm hat gelacht. Der singende Hahn C. C. XX-Strahlen von Stephanie & Behrens. Hokus, Pokus von Joe Marro. Charley's Tante v. Max Menzel. Das Unikum Schindler. 1000 Köpfe hat Räusche.

Urania Anstalt für volksthümliche Naturkunde. Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof). Geöffnet von 7-10 Uhr. Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater. Näheres die Anschlagzettel.

Passage - Panopticum. Ein **Harem** aus der afrikanischen Stadt Kayrowan. Haremfrauen und Kinder, Längerinnen, Sängerninnen, Eunuchen und Sklaven.

Castan's Panopticum. Neu!! Neu!! Neu!! Die **3** getigerten **Grazien!!** aus Central-Afrika, die neuesten Weltwunder!

Alcazar. Variété- u. Spezialitäten-Theater. Dresdenstr. 52/53, Anneustr. 42/43 (City-Passage). **Neu!** Familie Schenk - (5 Personen). **Neu!** Trappe Marvell - (6 Personen), darunter d. kleinste u. jüngste Clown der Welt - Alexis - Geschw. Stuzky - (sch. Orig. Jap.-Duell). **Neu!** Die Eier-Wally. Posse mit Gesang in 1 Akt. **Neu!** Wochent. 10 Pf., Anf. 8 U. **Entree:** Sonntag 30 6/2 R. Winkler.

Eden-Theater. **Welt-Restaurant** 97. Dresdenstr. 97. Im vorderen Saal täglich: **Weltberühmte** Tyroler - Sänger - Gesellschaft **Almenrausch u. Edelweiss.** Direktion: Alois Ebner. **Entree vollständig frei!** Im Theater-Saal: **Sensationelles März-Programm!** Bestes Ensemble Berlins! **Aufreten sämtlicher neu engagierter Spezialitäten.** Nur hochkomische Nummern! Anfang 7/8 Uhr. Sonntag 8 Uhr.

Apollo-Theater Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück. **Neu! Sensationell! Neu!** **Servais Le Roy** die räthselhafte Illusion. **Eugenie Fougère** die unerreichte franz. Excentrique. **Fritzi Ferry** die pikante Wiener Soubrette. Kaffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Begründet 1845. Begründet 1845. **Circus Renz** Karlstrasse. Dienstag, den 24. März 1896, Abends Anfang präzis 7/8 Uhr: **Novität!** **Novität!** **Kolossaler Erfolg!** **Lustige Blätter!** Eigens vom Direktor **Franz Renz** und dem Großherzoglich Darmstädtischen Hofballetmeister **August Siems** für Berlin komponirt, mit gänzlich neuen technischen Apparaten und Beleuchtungs-Einrichtung, inszenirte **Original-Vorstellung in 2 Abtheilungen** mit den Ausstattungs-Divertissements **Weltstadtbilder!**

Aus dem equestrierten Theil des Programms sind hervorzuhoben: Bagdad arab. Vollblutschimmelhengst. Hierauf 6 trauehner Haphengste. Sämtliche Pferde dress. und vorgeführt vom Direktor **Fr. Renz.** Austr. des anerkannt besten Schulreiters der Welt **Mr. James Pills** mit seinem Schulpferde **Germinale.** Einfache und doppelte Waquettsprünge über Hindernisse, ausgef. v. 12 Ungarn. Morgen, Mittwoch u. folgende Tage: **Novität! Lustige Blätter.** **Fr. Renz,** Direktor, Königl. Kommissionsrath.

Neuer Circus. **Circus Busch** (Bahnhof Börse). Dienstag, 24. März, abends 7 1/2 Uhr: **Gr. anjerd. Vorstellung.** Zum letzten Male: **Die Jagd nach d. Glück.** Außerdem: Dir. Busch mit seinen bestdress. Freizeitspferden. Der ruff. Hengst **Petronius**, ohne Sattel und Zaum, ger. von Mme. Maria Doré. **Gladiateur**, schwed. Bräminhengst, ger. v. d. Schulreiter Herrn **Klosko.** Auftreten der vorzügl. amerikan. Reiterkünstlerinnen **Gescho. Powell. The Rudolfs**, die besten Reckturner der Welt. Auftreten der beliebtesten **Clowns.** Mittwoch: **Zscheus**, das Waldmädchen. **Schluß der Saison am 2. April.**

Feen-Palast Burgstraße Nr. 22. Direktion: **Winkler & Fröbel.** Das brillante März-Programm:

Tanisan **Waldburg** Michae- **Fox** lenko **Affenspiele** Jackey Roston. **Bornim** **Cornells** **Tour-**

Böhmisches Brauhaus Landsberger Allee. Heute, Dienstag, 24. März: **Abschieds-Soirée** der **Stettiner Sänger** (Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader) zum Besten des National-Danks. Anfang 5 Uhr. Entree 60 Pf. Vorverkauf 50 Pf. (f. Plakate). Nach der Soirée: **Tanzkränzchen.** Tanz frei. **Schluß**, den 25. März: **Abschieds-Soirée** im Moabit Stadtheater.

Paster's Festsäle Neue Königstr. 7. Mein Saal mit Nebenräumen noch einige Sonnabende zu vergeben. [4269L*] **Th. Boltz' Festsäle,** S., Alte Jakob-Strasse 75. Amt I, 1082. 4501L* Empfehle meine Säle zur Abhaltung von Festlichkeiten und Versammlungen zu billigsten Bedingungen.

Säle zu Festlichkeiten u. Versamml. unentgeltl. Alexanderstr. 27c. **Möbel - Ausverkauf** des Möbelspeichers **Rosenthalerstr. 15.** Wegen ganz bedeutender Vergrößerung meiner Räumlichkeiten verkaufe ich mein Waarenlager zu noch nie dagewesenen Preisen vollständig aus. Zum Umzuge und für Brautleute ist somit die einzig reelle Gelegenheit gegeben. Ausstattungen, sowie einzelne Stücke gebogen und billig einzukaufen. Man lasse sich nicht durch unmögliche Kapteilmengen täuschen, sondern bestimme sich die Möbel, welche man kaufen will, genau und vergleiche dieselben mit meinen nur gebogenen Möbeln und anerkannt billigsten Preisen. Durch Einkauf von 3 großen Möbelstücken zu günstigen Bedingungen verkaufe ich ganz bedeutend billiger als jeder andere Möbelhändler. Auch großes Lager gebrauchter und verliedener gewesener Möbel zu wahrhaften Spottpreisen. Kleiderständer 10 Mark, Aufbaumtischständer 20, Büschelständer 10, Kommode 9, Sopha 16, Bettstelle mit Springfedermatratze u. Kissen 12, Stuhl 2, Stühle 2, Aufbaumtisch mit Stuhl 20, Tischgarnitur 20, neue, hochsteine Tischgarnitur 100 Mark, hochsteine Tischgarnitur und Mahagoni-Möbel spottbillig. Auch gebe ich Einrichtungen auf Theilzahlung. Brautleute, welche ihre Möbel bei mir kaufen, erhalten ein Hochzeitsgeschenk gratis. Kein Abzahlungsgeschäft. Eigens Tageszettel. Tischlerwerkstätten, vier große Möbelspeicher. Gebrauchte Möbel können sofort auf meinen Lagerplätzen 3 Monate liegen bleiben und werden dann durch eigene Gespanne sauber transportirt und aufgestellt, auch nach außerhalb.

A. Tuchen **Optiker** Lothringer-Strasse 28. **Rathenower Brillen und Pincenez** 1/2 Stahl 1 Mk., Nickel 2 Mk., Aluminiumgold, von Gold nicht zu unterscheiden 2.50 Mk., Operngläser 6.50 Mk., bestes Opern-u. Reiseglas Marke „Eureka“ 12 Mark mit Leder-Stui und Riemen Lieferant für alle Krankenkassen

Achtung! **Achtung!** Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilw. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Revividen bei Bestellung umsonst. **Gudel, Hausierplatz 2, Elbfasserstr. 12.** **Unerreicht billig!!!** **Portièren,** zirka 900 Paar, gute wollene, mit Bordüre und Querstreifen, in allen Farben, **1,80 Mark** empfiehlt d. älteste Teppich-, Gardinen-, Möbelstoff- und Portièren-Geschäft Berlins. **Otto Büchler,** Berlin O., Ecke Klosterstraße, 26. **Berjandabtheilung D.**

Möbel- **Ausverkauf** wegen aufergewöhnlich billigen Preisen. Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200-1000 Mk. Theilzahlung gestattet. Elegante Aufbaum- und Mahagoni-Kleiderständer und Vertikons 20 Mk., einfache 15 Mk., Sophas, Bettstellen mit Matrassen 20 Mk., Waschtiseltische, Küchensplenden, Kommoden 12 Mk., Stühle 2 Mk., Sophasische 6 Mk., Säulen-Trumeaur 20 Mk., Tischgarnitur 20 u. 100 Mk., Waschtiseltische 40 Mk., Jansesophas 20 Mk., Buffets, Silberkränze, Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Jalousie-Bureau, Spiegel. Wenig gebrauchte Möbel zu halben Preisen und sollte es niemand verkaufen, der gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gebrauchte Möbel werden drei Monate kostenfrei aufbewahrt, transportirt und aufgestellt. **Schützenstr. 2, Möbelfabrik.**

Gardinen- **Reste** von 2 bis 4 Fenstern, crème und weiß, spottbillig, empfiehlt **J. Adler Teppichfabrik,** Spandauerstr. 30, gegenüber dem Rathhause. Reichhaltig. Preisliste grat. u. franko. **Frauenbinderei und Blumenhandlung** **Robert Meyer,** Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2. Widmungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußen, Bouquets u. s. w. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert. **Möbel,** gebrauchte, kauft Burow **Möbel,** Rosenthalerstr. 18.

Keller's Fest-Säle, Koppen-Strasse 29. Heute, Dienstag, 24. März, abends 8 1/2 Uhr: **10. Schluss-Abonnementskonzert** der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmuster. Orchester: 50 Musiker. Dirigent: **G. Schonert.** **Neues Programm.** **Entree 25 Pf.** **Programme 5 Pf.** Abonnementskarten laufen mit diesem Konzert ab. Nach dem Konzert: **Bränzchen.** (Herren 30 Pf. Nachzahlung.) P. P. Am Schluß der Konzerte erachten wir es als Pflicht, allen, welche uns bei diesem Unternehmen ihre Unterstützung zu theil werden ließen, den herzlichsten Dank abzusprechen mit der Bitte, uns ein geneigtes Wohlwollen auch fernherhin bewahren zu wollen. **Der Vorstand.** 279/3

Ausstellung für Kochkunst, Volksernährung, Bäckerei, Conditorei und alle verwandten Gewerben vom 21.-29. März Leipzigerstr. 4 (alter Reichstag), vom 21.-24. März Königgrüherstr. 182 (fr. Eisenbahn-Betriebsamt). Eröffnung 21. März, vorm. 11 Uhr. 4680L* Täglich: Concert deutscher, schwedischer und ungarischer Kapellen. Eintrittspreis am Eröffnungstage 3.-, Sonntag und Montag 1.-. Vereinskarten (30 Pf. Nachzahlung) sind von den vereidlichen Vereinsvorständen im Bureau, Leipzigerstr. 4, unentgeltlich entgegenzunehmen.

B. Günzel, Lothringerstraße 52. Spezialität: Portraits sozialistischer Führer, Laffasse, März etc. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Wägen Bildern u. dgl. sowie jede Drechslerwaare u. Repar. Man verl. Preiskontant. **Mode-Bazar Guttman,** 66/67. Landsbergerstr. 66/67. Größte Auswahl in garnirten und ungarirten Hüten. Damenhüte in modernsten Garnirungen 1,95 Mk. Kinderhüte, garnirt 1,65 Mk. Strohhüte, ungarirt 23 Pf. **Bum Umzüge:** Engl. Tüll-Gardinen, abgepaßt, 3 Seiten Band, Fenster 1,75 Mk. Copen-Teppiche, 130/180 3,95 Mk. Arminier-Teppiche, 130/180 5,50 Mk. Salon-Teppiche, 165/230 11,75 Mk. Bettdecken, Lischdecken, Portièrenstoffe, Portièren, 95 Pf. 1,95 Mk. 15 Pf. 2,25 Mk. Landsbergerstrasse 66/67.

Todes-Anzeige. Hiermit erfülle ich die traurige Pflicht, Freunden und Bekannten die Mittheilung zu machen, daß am Sonntag, den 22. d. M., abends 7 1/2 Uhr, nach kurzem, schwerem Leiden Herr **Dr. Paul Schönweiler** prakt. Arzt im noch nicht vollendeten 26. Lebensjahre gestorben ist. Die Lauterkeit seines Charakters wie die Treue seiner Gesinnungen werden bei allen, die ihn gekannt haben, in unvergeßlichem Andenken bleiben. Die Beerdigung findet am 25. d. M. in Elwanen statt. Weihenfels a. S., den 23. März 1896. **Hugo Salzmann.**

Todes-Anzeige. Allen Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß am Sonntag, den 22. März, mein lieber Mann, unser Bruder und Schwager, der Schriftföher **Adolf Feistel** nach langem schweren Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 25. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Trauerhause Laußigerstraße 41 aus nach dem Emmaus-Richthofe statt. 482b Die Hinterbliebenen.

Nachruf. Am Sonnabend, den 21. März cr., ist der Selbstföher **Karl Feidel** im Alter von 35 Jahren gestorben. Wir verlieren an ihm einen braven, treuen Kollegen und werden sein Andenken in Ehren halten. 491b Die Arbeiter der Bronzewaren-fabrik von Goedde u. Behne.

Dankagung. 501b Allen Genossen, Verwandten und Bekannten für die Theilnahme am Begräbniß meines lieben Mannes, unseres lieben Vaters, Schwiegervaters, Großvaters, Schwagers und Onkels **Georg Redanz,** insbesondere den Gesang-Vereinen **Liberté I** und **Lorderkranz**, dem **Statistik-Louise**, dem **Seife- und Distriktsklub Friedrich Engels II**, dem **Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirthe Berlins** und **Umgebung** dem **Münchener Brauhaus**, dem ehemaligen Kollegen der **Firmen Ernst Dobler** und **Gebauer**, der **Knopffabrik Benschow u. Markt**, der **Perlmutterwaren-Fabrik von Schulz**, dem **Kupferschmieden**, sowie allen Spendern von Blumen und Kränzen sagen wir hiermit unsern innigsten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen. **Kleiderständer, Waschtisch, Schlaf-tragen, Küchensplenden** sofort billig 59b **Reichenbergerstr. 160, v. I, Behring.**

Abgeordnetenhause.

49. Sitzung vom 23. März. 11^{1/2} Uhr.

Am Ministerische: Frhr. v. Hammerstein, Miquel und Kommissarien.

Anerkennungsgesetz in erster Lesung.

Abg. Richter (fr. Sp.) anerkennt, daß die Mehrheit auf Seiten dieses Gesetzes steht, das könne ihm nicht abhalten, diese Vorlage ebenso wie das frühere Agrargesetz, Einführung der Höferolle u. haben sich als verfehlt erwiesen; die Einrichtung Renten zu konstituieren mit Einwilligung der Hypothekengläubiger ist mißglückt, das Renten-Umwandlungsgesetz ist ein Ladenhüter. Fördert man die Renten-Umwandlung mit Staatskredit, so steigert man den Wert der Rentengüter künstlich und daraus erklärt sich die Erscheinung, daß viele Inhaber von Rentengütern diese zu teuer bezahlen und nicht bestehen können. Welcher Widerstand liegt darin, daß man erst den Staatskredit verwendet, die politischen Besitzer auszulassen, dann soll derselbe Staatskredit benutzt werden, um die Güter zu Rentengütern einzurichten! Man hat erst behauptet, der Bauerstand habe Sehnsucht nach diesem Gesetz, das hat sich als unzutreffend erwiesen. Dem Bauer und seiner Frau sind alle Kinder gleich lieb; vielleicht das jüngste darin einen gewissen Vorzug. Mit dem Auerbenrecht wirkt man Gierigkeit und Zwietracht in die Familie und schafft einen trostlosen Auerben, der herrisch auf seine Geschwister herabblüht. Man wendet ein, es handle sich hier um das Intestat-Erbrecht, das durch Testament geändert werden kann; aber ein solches Testament wird dann wieder als eine gegen die gesetzliche Bestimmung gerichtete Rechtsverletzung von den Auerben empfunden werden. Will man aber nun Rentengüter bilden, warum soll dann die Größe derselben für alle Zeit festgesetzt werden? Die wirtschaftliche Entwicklung schreitet unaufhaltsam vorwärts. Auch ein fiskalisches Interesse waltet für diese Vorlage nicht ob. Für die Auerben hat eine Rente wenig Wert; der Verlust der Mitgift degradiert die Bauernstöchter zu Proletarierinnen und Armen. Der Reichthum des Herzogthums Altenburg erklärt sich zur genüge aus dem dortigen Auerbenrecht. Das Gesetz wird der Sozialdemokratie in die Hände arbeiten, besser, als eine Prämie, die darauf gesetzt wird. Will man allen Bauern dieselbe staatliche Vergünstigung zuwenden, wie hier den Rentengüterbesitzern, so würde sich ein Bedarf von 5-6 Milliarden ergeben, den der Staat wegen der hohen Belastung mit Eisenbahnschulden nicht decken kann. Thun Sie, was Sie nicht lassen können; ich glaube meiner Pflicht zu genügen, wenn ich vor diesem Schritt, der in falscher Richtung unternommen wird, warne.

Es haben sich 10 Gegner gegen und 14 für die Vorlage zum Wort gemeldet.

Minister v. Hammerstein schildert an ziffermäßigen Angaben die Wirkungen des Rentengesetzes — am 1. Januar 1896 waren 5000 solcher Güter vorhanden — als durchaus günstig. Die Provinziallandtage haben sich fast ausnahmslos für die Vorlage und für Rentengüter ausgesprochen. Der Einfluß der Sozialdemokratie ist in den Gegenden, wo diese Einrichtungen bereits bestehen, sehr gering, namentlich in Hannover und Westfalen. (Sehr richtig!) Ebenso hat die Höferolle in Hannover und Westfalen guten Anklang gefunden, denn in Hannover sind von etwa 100 000 in betracht kommenden Besitzungen 67 000 in die Höferolle eingetragen. Es wird unmöglich sein, eine Verständigung mit Herrn Richter herbeizuführen wegen der prinzipiellen Verschiedenheit der beiderseitigen Standpunkte. (Bravo!)

Abg. Brütt (fr.) billigt die Vorlage, deren Bestimmungen sich theils als geltendes Recht, theils durch die Macht der Gewohnheit in Schleswig-Holstein bewährt habe. Er beantragt Vorbereitung durch eine Kommission.

Abg. Sobrecht (noll.) stimmt dem Grundgedanken der Vorlage zu, hat aber gegen Einzelbestimmungen derselben Bedenken.

Minister Miquel freut sich der Zustimmung des Vorredners und hält namentlich die schadenhafte Ausdehnung dieser Vorlage auf alle Verhältnisse für bedenklich. Es ist mit glücklichem Erfolge das Prinzip der Rentenschuld in die Gesetzgebung eingeführt und sie wird sich gut bewähren, denn weder die unbegrenzte Teilbarkeit, noch die Verschuldung mit Hypotheken ist ein Segen für die Landwirtschaft. (Sehr richtig!) Haben wir einmal das Prinzip gesetzgeberisch gebilligt, dann darf der Finanzminister sich nicht scheuen, den Staatskredit in Anspruch zu nehmen, um einen sicheren, ruhigen Bauernstand zu erhalten. Das heute geltende römische Erbrecht ist nichts anderes, als eine Privilegierung der ersten Generation, denn für die zweite ist gewöhnlich nichts mehr zu erben und zu theilen vorhanden.

Abg. Willebrand (3.) ist ebenfalls im großen und ganzen mit der Vorlage einverstanden.

Abg. Dr. Schilling (1.): Wie sind der Meinung, daß die Stellung der Auerben, wie sie in der Vorlage fixiert ist, nicht verschlechtert werden darf. Andere Einzelheiten bedürfen allerdings noch der Kommissionsberatung. Als ein Muster agrarischer Gesetzgebung erscheint uns die Vorlage keineswegs.

Abg. Ehlers (fr. Sp.) wendet sich gegen Einzelheiten der Vorlage. Es handelt sich hier nicht um Entscheidung über deutsches oder römisches Erbrecht, sondern um Emanzipation des Bauernstandes; in diesem Sinne ist die Vorlage ein Rückschritt.

Die Debatte wird geschlossen und die Vorlage an eine 2. Kommission verwiesen.

Nächste Sitzung Dienstag, 14. April 12 Uhr: Initiativ-Anträge, betr. dänischen Sprachunterricht, Besteuerung des Wandergewerbes und der Waarenlager.

Schluß 2^{1/2} Uhr.

Sächsischer Landtag.

Mit feierlicher Hast wurden in der letzten Woche die Geschäfte des Landtags erledigt; man merkt es, daß zum Schluß des Landtags hingedrängt wird, der das Landtags-Wahlrecht zahlreichen Bürgern entzogen hat. Die Delen des Reichs betrachten sich als Sieger über die Sozialdemokratie und haben keine Ahnung davon, daß sie sich und ihre Parteien unsterblich blamirten. Nun kümmert sie nicht mehr, was noch beschossen wird an Gesetzen, ihre „große Arbeit“ ist gethan, die Nachlässigkeit und Flüchtigkeit ihrer Gedanken kommt schärfer zum Ausdruck in der Ueberhaftung der Verhandlungen. Und der Präsident Ackermann fördert diese mit großer Dreifaltigkeit, indem er in offener Sitzung seine Getreuen auffordert, ihn mit Schlußanträgen zu unterstützen.

Am Dienstag, den 17. März, führte die Ueberhaftung zu lebhaften Protesten der sozialdemokratischen Abgeordneten. Bei der Beratung über „allgemeine Ausgaben für Gewerbe und Landwirtschaft“ hielt der Abg. Mehnert im Auftrage der Deputation folgenden Antrag:

„Die Kammer wolle beschließen, die Regierung zu ermächtigen, landwirtschaftlichen und gewerblichen eingetragenen Genossenschaften zu deren Unterstützung und Förderung durch Vermittelung der juristische Persönlichkeit bestehenden Verbände solcher Genossenschaften Darlehen zu einem möglichst niedrigen

Zinssatz bis zum Gesamt-Höchstbetrage von 2 Millionen Mark zuzuführen.“

Abg. Gezer charakterisierte die Art, solch' wichtige Anträge mitten in der Verhandlung über weniger wichtige Dinge zu stellen und beantragte Absehung des Antrags Mehnert, der oben-dreien von dem Abg. Schill als juristisch unzulässig bezeichnet wurde. Allein, die Mehrheit entschied mit 45 gegen 26 Stimmen gegen Gezer's Antrag. Nun gestellten die Abgg. Stolle-Gesau und Goldstein die Leichtfertigkeit, mit der durch den Antrag Mehnert's Staatsmittel in Frage gestellt würden, zu Zwecken, die den durch die großkapitalistische Wirtschaft betriebenen Ruin der Kleinbetriebe in Gewerbe und Landwirtschaft nicht aufhalten würden. Die Arbeitergenossenschaften, die Konsumvereine wolle man durch übermäßige Besteuerung (Antrag Rüder) ruinieren und hier sehe man Millionen Mark auf Spiel, um sich als Retter der Kleinbauern und Handwerker ausspielen zu können. Garantie, daß der Staat die Millionen zurückhalte, sei nicht gegeben und könne auch nicht gegeben werden. Vorschuss- und Kreditgenossenschaften seien unter Vernichtung zahlreicher Existenzen verbracht in Roswein, Meissen, Pirna u. c. Für die Arbeiter habe man in den schweren Nothstandsjahren nichts gethan, kurz, die ganze Machenschaft wurde bloßgelegt.

Um den Antrag aber durchzudrücken, beeilte sich Mehnert, folgenden Zusatzantrag einzubringen:

„sowie die Staatsregierung zu ermächtigen, vor-bezeichneten Genossenschaften (Anstalten) die juristische Persönlichkeit zu verleihen.“

Kaum hatte der Antrag die Unterstützung der Mehnert'schen Richtung erhalten, wurde von derselben Schluss der Debatte beantragt und beschlossen, so daß kein Wort über diesen Zusatzantrag geredet werden konnte, der der Regierung diskretionäre Gewalt erteilt. Dies unerhörte Verfahren wurde vom Abg. Gezer gerügt, doch es half nichts, die Kartellbrüder stimmten für diese Verschleuderung von Staatsmitteln.

Die größte Mißachtung für das Volk zeigte am 18. März die erste Kammer, die ohne Debatte den Wahlentwurfungs-Gesetzentwurf annahm, worüber der „Vorwärts“ bereits berichtete.

In der zweiten Kammer zogen an demselben Tage die Abgeordneten Stolle und Gezer gegen die Wirtschaft in der „Ordnungskanzlei“ zu Felde. Zur Verteilung der Orden bewilligte jeder Landtag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten 20 000 Mark. Diese Summe wurde in den letzten drei Finanzperioden um 20 000, 50 000 und um gar 60 000 Mark überschritten. Die Regierung ließ die Vorwürfe über in-teressante Staatsaufstellung schweigend über sich ergehen.

Am 19. März wurde über das „finanzielle Verhältnis Sachsens zum Reiche“ berathen, wobei Gezer die Schwarzfärberei der Regierung bei der allgemeinen Beratung des Etats als eine verfehlt reklamierte für die Miquel'sche „Reichsfinanzreform“ bezeichnete und über die Gründung eines Spezial-(Schutz-) Fonds spottete, in den die Ueberweisungen fließen sollen, damit Mittel bereit ständen bei Förderung höherer Matricularbeiträge. Jetzt, da der Militarismus alles verschluckt, werde nichts in den Fonds fließen.

Der Abg. Georgi machte den Sozialdemokraten den Vorwurf, daß sie früher die Ueberwässerung aus den Ueberweisungen zu laufenden Ausgaben gefordert hätten, worauf ihm erwidert wurde, daß die sozialdemokratische Fraktion ganz konsequent verfahren sei; denn sie sei gegen alle militärischen Forderungen ausgesprochen, die Ursache zur Erhöhung der Matricularbeiträge seien. Regierung und herrschende Parteien hätten sich selbst durch die Förderung des Militarismus in die Klemme gebracht, in der sie sich befänden, die das Volk mit neuen Steuern lösen solle.

Eine lebhafteste Debatte entspann sich über die Petition des Vorstandes vom Bund der deutschen Frauenvereine, die, wie der jüngst zurückgeleitete sozialdemokratische Antrag, Einsetzung weiblicher Fabrikinspektoren resp. Assistenten wünscht.

Der Muster-Arbeiter Kommerzienrath Roskoff, der sich als den natürlichen Führer seiner Arbeiter betrachtet, bestricherte die Abweisung der Petition wie des Antrags. Mit Ingrimm wandte er sich gegen die Fabrikinspektion überhaupt, besonders aber gegen die Einsetzung weiblicher Inspektoren oder Assistenten; ihm schiederte unter dem Geschlächter der Sozialdemokraten der flüchtige unter den Junungschöpfen, Hof-Buchbindermeister Frischke, ein Prädikament von Sozialistenböden.

Die Regierung hatte in der Deputation die unglückliche Erklärung abgegeben, wenn Arbeiterinnen aus Schamgefühl dem Fabrikinspektor keine Eröffnung über bestimmte Vorkommnisse machen wollten, so könnten sie sich doch an verheiratete Frauen wenden, die dann durch Vermittelung ihrer Männer dem Inspektor Mitteilung zukommen lassen könnten. Das ist doch eine merkwürdige Auffassung von der Schamhaftigkeit des Weibes und der Pflege sittlichen Verkehrs zwischen Mann und Frau.

Die Genossen Pinkau und Goldstein setzten denn auch den Kapitalprogen, sowie der Regierung und der Deputation gehörig zu. Aus persönlichen Erfahrungen heraus, sowie auf grund eingehenden Studiums der Frage empfahlen sie dringend die Annahme unseres Antrages. Doch, auch hier half alles nichts. Die Gegner waren durch unsere Genossen in Bedrängnis gebracht worden und retteten sich vor weiterer Blamage durch vorzeitigen Schluss der Debatte. Den sozialdemokratischen Antrag lehnten sie ab und die Petition der Frauenvereine wurde sodann der Regierung „zur Kenntnissnahme überwiegen“, eine Formel, welche die Regierung zu nichts verpflichtet.

Sie hat es so gewollt und die Mehrheit gehorcht.

Gewerkschaftliches.

Die Banarbeiter Berlins haben einen spezialisierten Tarif aufgestellt, der, nachdem er den Unternehmern unterbreitet ist, am 1. Mai in kraft treten soll. Die Lezer finden die näheren Angaben darüber im Versammlungstheil.

Die Schrauben- und Fassonreher Berlins haben am Sonntag in einer gut besuchten Versammlung beschlossen, am Dienstag den Unternehmern folgende Forderungen zu unterbreiten: Einführung der neunstündigen Arbeitszeit, Minimallohn von 24 Mark pro Woche und 25 Ct. Zuschlag für Ueberstunden.

Zum Tapezirestreik bei den Berliner Firmen Jäckel, Marktgrafenstr. 20 und Bundermann, Marktgrafenstr. 27a, welche beide Geschäfte Herrn Jäckel gehören, theilt die Agitationskommission der Tapezire Berlins mit, daß die dort beschäftigten Tapezire 15-18 M. und häufig noch weniger verdienen hätten; trotz angestrengtester Thätigkeit hätten sie den in Berlin üblichen Minimalverdienst nicht erreichen können. Berg habe sich jeder selbst schütteln und aus dem Keller herbeiholen müssen; ferner hätten die Gehilfen Nüßarbeit über die Straße mehrere Häuser weit zur Näherin schaffen und auch wieder abholen müssen. Die Streikenden fordern 15 prozentige Erhöhung der Alfordlöhne, 9 stündige Arbeitszeit

und vor allen Dingen Anstellung eines Arbeitsburschen, der die Werkstätte in Ordnung hält und die sonstigen Nebenarbeiten verrichtet. Herr Jäckel wollte aber nur eine ganz geringe Lohn-erhöhung zugeben, trotzdem er einen großen Umsatz habe, denn sein Patentmüßelgeschäft sei das bedeutendste in Berlin. Heute, Dienstag Abend, wird die Angelegenheit in einer Tapezire-Ver-sammlung bei Freygang, Schützenstr. 18/19, besprochen werden. Die Tapezire Berlins werden hiermit zu zahlreichem Besuche dieser Versammlung eingeladen.

Ueber den Streik der Berliner Treibriemen-Arbeiter ist mitzutheilen, daß die koalirten Fabrikanten durch ihren Kollegen, den Fabrikbesitzer und Stadtverordneten Franz Bregel ein Zirkular an die Militäreffekten-Fabrikanten und Sattlermeister Berlins haben richten lassen, worin unter der üblichen unzutreffenden Angabe, daß der Streik „ein frivol“ sei, wofür der unter außergewöhnlichen Umständen erreichte Verdienst eines Arbeiters ins Treffen geführt ist, den Adressaten die Namen von 81 Arbeitern mit dem Ersuchen bekannt gemacht werden, diese nicht zu beschäftigen. Zu diesem Zirkular, dessen Unterzeichner Stadtverordneter Franz Bregel bekanntlich sich jüngst im Stadtverordneten-Kollegium als der einzige Vertreter des Christenthums dafelbst gerirt haben soll, wird uns von der Agitationskommission der Sattler mitgetheilt:

„Frivol ist nicht das Vorgehen der Arbeiter, sondern das Verhalten der Fabrikanten gewesen. Die Arbeiter haben fünf-mal versucht, auf friedliche Art und Weise die Angelegenheit zu erledigen; seit November des vergangenen Jahres datiren die Unterhandlungen, doch die Fabrikanten ließen sich auf nichts ein, ja die meisten hielten es nicht einmal der Mühe werth, Antwort auf die gestellten Forderungen zu ertheilen. Ferner zahlten die Berliner Firmen keineswegs die höchsten Löhne. Es zahlt z. B. die Firma A. Heim u. Co. in Hamburg für den doppelten 15-18 Pfennige, während die Berliner Fabrikanten nur 9, 10 und 11 Pfennige zahlen.“

Wemerk sei noch, daß die Treibriemen-Fabrikanten, wie es im Zirkular heißt, sich entschlossen haben sollen, „den Streik unter allen Umständen bis zu einem für dieselben erfolgreichen Ende durchzuführen, und niemand von ihnen stellt einen der streikenden Arbeiter aus einer anderen Werkstätte ein, weder während des Streiks, noch vier Wochen nach demselben.“

Das ist das „praktische Christenthum“ der Unternehmer!

Die Schuhmacher Berlins werden von der Agitationskommission darauf aufmerksam gemacht, daß bei Peller, Kochstraße 20, und Unger, Wasserhorststraße 29, Differenzen schweben.

Aus Leipzig wird uns geschrieben: Jährlich zu Ostern versammeln sich seit drei Jahren die in sächsischen Konsumvereinen beschäftigten Lagerhalter, um ihre Lage gemeinschaftlich zu besprechen und eine Besserung ihrer Lage herbeizuführen. Im Laufe des vergangenen Jahres hat sich ein Verband konstituiert, der sich über ganz Deutschland erstreckt und am zweiten Osterfeiertage im Saale der Kaiserhallen hier seine erste Generalversammlung abhält, wozu sämtliche deutsche Kollegen eingeladen sind. Nähere Auskunft erteilt der Vorsitzende Karl Buhl in Leipzig, Märnbergstraße 22. — Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Die Tagesordnung zum deutschen Textilarbeiter-Kongress, der am 5. und 6. April in Apolda abgehalten wird, lautet: 1. Bericht der Preßkommission; 2. Besprechung des Berichts und der Fachpresse; Antrag, den „Textil-Arbeiter“ einen Tag später in Druck zu geben und, um die Zurückstellung von Berichten vermeiden zu können, denselben mit einer Beilage zu versehen; 3. Antrag, eine fachgewerbliche Beilage zu geben; 4. Nennwahl der Preßkommission; 5. Agitation; Bericht der Agitations-Komitees; 6. Unsere Agitation; 7. Mittel zur Hebung derselben, wie durch Arbeitslosen-Unterstützung u. c.; 8. Antrag auf Bildung eines Streikfonds; 9. Kontrollmarke; 10. Ist die Gründung von Konsum- und Produktoren-Genossenschaften für die Textilarbeiterschaft von Nutzen? 11. Stellungnahme zum allgemeinen Gewerkschaftskongress und den internationalen Kongressen; 12. Stellungnahme zur allgemeinen Kranken- und Begräbniskasse der Wirker, Weber u. c.; 13. Die Hausindustrie, beziehungsweise Handweberei und ihre Zukunft; 14. Forderung des weiblichen Fabrikinspektorats; 15. Durchführung eines einheitlichen Lehrstoffs für die gesammte mechanische Weberei in Deutschland; 16. Stellungnahme zur Handhabung der Vereinsgesetze; 17. Antrag, der Kongress möge beschließen. Alle Vergünstigungen und Freilichkeiten, wie Kommerz, Theater-Vorstellung, Ausflüge und dergleichen, haben künftig zu unterbleiben, weil 1. dadurch viel kostbare Zeit verloren geht und die Versammlung oft bedeutend abgekürzt wird, 2. den Delegirten durch derartige Unterhaltungen Geldausgaben auferlegt werden, 3. den Kollegen des Kongressortes daraus viel Mühe und Zeitaufwand erwächst.

Den Zahlstellen des Verbandes der Zimmerer in der Provinz Brandenburg zur Nachricht, daß der erste Provinzial-Verbandsstag Montag, den 6. April (2. Osterfeiertag) von vormittags 10 Uhr an in Charlottenburg im Lokale „Bismarckshöhe“, Wilmerstraße 39, abgehalten wird. Anträge, sowie die Adressen der Delegirten sind bis spätestens den 29. März an G. Sieber in Berlin NW., Benneckerstr. 25, Querweg, II, einzusenden. Wir ersuchen sämtliche Zahlstellen, wo es noch nicht geschehen, unverzüglich die Delegirtenwahlen vorzunehmen. J. A.: F. Wellow, Berlin SO., Waldemarstr. 68.

Internationaler Hutmacher-Kongress. Der internationale Sekretär der Hutmacher, M. Dejeante in Paris, Rue du Plâtre 14, theilt mit, gemäß den Beschlüssen des Züricher Kongresses sei von den Organisationen der Hutmacher Frankreichs und Großbritanniens angeordnet worden, daß der bevorstehende internationale Hutmacher-Kongress in London zu gleicher Zeit mit dem internationalen sozialistischen und Gewerkschaftskongress abgehalten werde. Die Hutmacher Oesterreich-Ungarns hätten dem bereits zugestimmt.

Die Steinseher stehen in Harburg, Quersfurt und Kerschleben im Streik. In Berlin ist die Tarifbewegung, wie die „Steinseher-Zeitung“ sagt, „durch die Unruhe und Unentschiedenheit der Herren vom Gewerksverein und des Gesellenausschusses im Stadium der Verflüchtigung angelangt.“ Der Gesellenausschuß habe sich mit der Innung geeinigt, daß alles hübsch beim alten bleibe.

Die Geschäftsleitung der Steinarbeiter Deutschlands nahm im vergangenen Jahre einschließlich 6710,76 M. früheren Verbands 21 579,29 M. ein. Die Ausgabe betrug 11 941,35 M., der Ueberfluß also 9637,74 M. Die Ausgaben sehen sich, nach Gruppen geordnet, wie folgt zusammen: 6894 M. für Streik-Unterstützung, 2290,45 M. für Druckkosten, 1516,44 M. Verwaltungskosten, 1352,26 M. für Agitation, 388,40 M. für Rechtschutz.

In Insterburg haben die Herrenschneider mit den Inhabern einer großen Anzahl von Geschäften einen Lohnvertrag vereinbart. Mehrere größere Firmen haben sich bereit erklärt, die Schneider voluminär zu unterstützen, die in den Geschäften, wo der Tarif nicht anerkannt wird, die Arbeit niederlegen.

Veranstaltungen.

In Hameln haben die Metallarbeiter gefordert, weil die Innung es ablehnte, den Jehnstantag um 25 pCt. höheren Lohn für Ueberstunden und 50 pCt. für Sonntagsarbeit zu bewilligen. Die Arbeitszeit war bisher elfstündig. Dagegen haben in demselben Ort die Arbeiter der Lohgerberei von W i l k e n i n g den Jehnstantag an stelle des bisher elfstündigen ohne Streik bewilligt bekommen.

Die Maurer in Hof i. B. stehen in einer Bewegung um Erhöhung des Lohnes auf 35 Pf.

Die Maler Mannheims beschloffen, in eine Lohsbewegung einzutreten. Gefordert werden: der Jehnstantag unter Beobachtung des jetzigen Lohnes für die elfstündige Arbeitszeit; Ueberstunden sollen um 50, Sonntagsarbeit um 100 pCt. höher bezahlt werden; bei Arbeit in einer Entfernung von 5 Kilometern von der Stadt und darüber ist an ledige Maler 1 M., an verheiratete 1,50 M. Zuschlag zu zahlen. — Der Malerstreik in Offen hat an Umfang noch zugenommen. Ueber 7/8 der Gehilfenchaft feiern.

Das Stuttgarter Gewerkschaftshaus, das in eigener Regie der vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts geführt wird, hat laut Bericht der Verwaltung im abgelaufenen dritten Geschäftsjahre einen Umsatz von rund 100 000 M. gehabt. Das Schuldentilgung, das im Vorjahre 11 000 M. betrug, hat sich um 4000 M. verringert. Die Zahl der zugewandten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter betrug 4800.

In Schlan in Böhmen streiken seit 14 Tagen 500 Metallarbeiter der Maschinenfabrik von Wolgano u. Ledesko. Es ist noch keine Aussicht, daß der Ausstand so bald zu Ende geht. Die Metallarbeiter Deutschlands werden ersucht, das zu beachten.

Die Herrenschneider in Teplitz stehen in einer Lohnbewegung und bitten deshalb die Fachgenossen anderer Orte um moralische Unterstützung.

Die freikundigen Gärtner Basels hatten durch den Fachverein die Kantonsregierung ersuchen lassen, bei den Gärtnermeistern, die noch nicht bewilligt haben, dahin zu vermitteln, daß diese durch Unterschrift die Gehilfenforderungen anerkennen. Die Kantonsregierung ist diesem Ersuchen bereitwillig nachgekommen, hat aber leider auch nichts erreicht. Der Vorsteher des Departements des Innern der Kantonsregierung, Herr Philipp, schrieb dem Fachverein: „Die Herren haben mir des entscheidendsten erklärt, daß sie sich niemals dazu verstehen würden, ihre Unterschrift zu geben. Sie seien jederzeit bereit, sich mit ihren Gehilfen über Lohn- und andere Fragen direkt zu verständigen, dagegen ließen sie sich durch einen förmlichen Vertrag niemals zwingen zu einem bestimmten Lohnminimum für alle Gehilfen, noch zu einer bestimmten Regelung des Lehrlingswesens, noch zur förmlichen Anerkennung des Fachvereins, welches die zwangsweise Benutzung des Arbeitsnachweises und anderes mehr zur Folge haben würde. Sie betrachten übrigens den Gärtnerstreik als erledigt und lehnen weitere Verhandlungen ab. Ich habe damit alles getan, was in meiner Macht stand, und bedauere, kein günstigeres Resultat erzielt zu haben.“

Zwischen haben die Gärtnergehilfen eine Genossenschaft zu gründen beschloffen, in deren Dienst fast sämtliche Streikende bereits Arbeit bei verschiedenen Privaten gefunden haben. Die definitive Errichtung der Genossenschaft erfolgt aber erst noch.

In Louveaux in Frankreich haben die Weber der mechanischen Weberei von R i t a i n e u. W a t t e a u die Arbeit eingestellt. Sie verlangen die Entlassung eines Werkführers, was die Firma bisher verweigerte. Es ist bereits das zweite Mal in diesem Jahre, daß in der genannten Fabrik aus dem nämlichen Grunde ein Ausstand ausbricht.

Gerichts-Beilage.

Unter der Ueberschrift: „Fleisch für die Götter“ hatte der Redakteur des antisemitischen „General-Anzeiger“ Karl Sedlitz in der Nummer des genannten Blattes vom 20. November v. J. einen Artikel veröffentlicht, der ihm einen Strafbescheid in Höhe von 30 M. wegen groben Unfugs eingetragen hatte. Es wurde in dem Artikel, der der „Dannov. Post“ entnommen war, von zwei Vorkommnissen erzählt, wonach jüdische Schlächter Fleisch, welches zum Verkauf an Christen bestimmt war, in höchst unappetitlicher Weise behandelt haben sollten. In diese Mißhandlung schloß sich die Warnung, Fleisch aus den Judenläden zu entnehmen. Die Anklage hielt diesen Artikel für groben Unfug, da derselbe nicht nur geeignet sei, die jüdischen Schlächter in ihrem Gewerbebetriebe zu beeinträchtigen, sondern auch dasjenige Publikum, welches bei jüdischen Schlächtern zu kaufen pflegt, zu beunruhigen. Der Angeklagte erklärte im Termine, daß er den Beweis der Wahrheit antreten wolle. Er bitte zu diesem Zwecke vier von ihm namhaft gemachte Redakteure, darunter den Redakteur der „Dann. Post“, Rosenthal zu laden. Der letztere sei kürzlich wegen desselben Artikels freigesprochen worden, obgleich auch er den Beweis der Wahrheit hatte antreten wollen. Der Angeklagte bat dringend, es nicht bei einer einfachen Freisprechung bewenden zu lassen, sondern ihm Gelegenheit zu geben, die Wahrheit des in dem Artikel Gesagten zu beweisen. Er bitte zu diesem Zwecke, daß der Gerichtshof sich die Akten gegen den jüdischen Schlächter Isaac Bonn zu Cleve kommen lasse, welcher im vorigen Jahre wegen grober Beleidigung des für Christen bestimmten Fleisches mit 4 Monaten Gefängnis bestraft worden sei.

Der Anwalt vertrat die Ansicht, daß dem Angeklagten der Wahrheitsbeweis nicht abgenommen werden könne.

Der Gerichtshof gab dem Antrage des Angeklagten insoweit statt, als beschloffen wurde, zum nächsten Termin die Strafakten gegen den Schlächter Isaac Bonn in Cleve, wie die Akten gegen den Redakteur Erich Rosenthal zu Hannover einzufordern, um daraus zu ermitteln, ob der Angeklagte Sedlitz eine thatsächliche Unterlage für die in seinem Artikel aufgestellten Behauptungen besaß oder nicht.

Die Polizei soll sich nicht in privatrechtliche Verhältnisse mischen. Der die Polizeiverwaltung führende Bürgermeister einer kleinen Stadt hatte eine Ehefrau, die von ihrem Manne getrennt lebte, verbinden wollen, während der Abwesenheit desselben aus der früheren gemeinschaftlichen Wohnung Möbel heranzuschaffen, und deshalb polizeiliche Siegel an den Eingängen der Wohnung anbringen lassen. Die Frau hatte diese Siegel abgerissen und einige Sachen, die nach ihrer Behauptung ihr persönliches Eigentum waren, herangezogen. Wegen unbefugter Beseitigung amtlicher Siegel auf Grund des § 136 des Strafgesetzbuches angeklagt, wurde sie vom Schöffengericht freigesprochen, von der Strafammer des zuständigen Landgerichts aber zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Der § 136 des Strafgesetzbuches lautet nämlich: „Wer unbefugt ein amtliches Siegel, welches von einer Behörde oder einem Beamten angelegt ist, um Sachen zu verschließen, zu beseitigen oder in Beschlag zu nehmen, vorsätzlich abbricht, abläßt oder beschädigt oder den durch ein solches Siegel bewirkten amtlichen Verschluss aufhebt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.“ Die Angeklagte erhob nunmehr Revision beim Kammergericht, das unter Aufhebung der vorinstanzlichen Entscheidung auf Freisprechung erkannte. Nach den Entscheidungsgründen war das Eindringen der Angeklagten in die Wohnung ihres Ehemannes als eine strafbare Handlung nicht anzusehen; auch war sie, wenn die Polizei unter Ueberschreitung ihrer amtlichen Befugnisse Siegel an die Wohnung gelegt hatte, zur Beseitigung der Siegel berechtigt, da die Polizei kein Recht habe, sich in privatrechtliche Verhältnisse zu mischen.

Veranstaltungen.

Unsere Rechtspflege und das Programm der Demokratie lautete das Thema eines Vortrages, den der durch seine Studie über Caligula bekannte Münchener Professor Dr. L. C u i d e am Sonnabend in einer gut besuchten, vom demokratischen Verein einberufenen Versammlung hielt. Der Redner warf zunächst die Frage auf, ob der deutsche Reichstag, der heute das Jubiläum seines 25jährigen Bestehens feiert, in dieser Zeit etwas zur Sicherung des Rechts im Deutschen Reiche getan habe? Er gedachte der Thronrede vom 18. Januar, worin gesagt wird, daß das Deutsche Reich für die Sicherung einer unparteiischen Rechtspflege eingetreten sei. Dem steht nicht nur — meint der Redner — meine eigene Anschauung gegenüber, sondern auch die Meinung einflussreicher Personen. Wenn sogar der Justizminister öffentlich verkündete: wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe, dann dürfen wir uns nicht wundern, daß die Achtung vor unserer Rechtsprechung mehr und mehr schwindet. In unserem (dem demokratischen) Programm fordern wir in erster Linie: verstärkte Mitwirkung des Volkes bei der Rechtsprechung. Dem widersprechen allerdings die Juristen — nicht alle — aber die im Standesbündel befangenen Fachjuristen, die da meinen, nur sie, die Fachleute, dürften mit der Rechtsprechung betraut werden; nur sie allein wären im Stande, zu finden, was Rechtens ist. Die rein technischen Angelegenheiten, den formalen Aufbau der Urtheile mögen immerhin die Juristen besorgen, aber die Rechtsprechung ist Sache der Laien — des Volkes. Unter den Uebelständen einer rein juristischen Rechtspflege tritt uns zunächst der Formalismus unserer Richter entgegen, durch den die Forderungen des lebendigen Rechts zurückgebrängt werden. Auch die einseitige Auffassung des Beamten, der sich als ein Theil der regierenden, dem Bürger gegenüberstehenden Staatsgewalt fühlt, beeinträchtigt die Urtheile unserer Richter. Eine rein juristische Rechtspflege ist nicht im Stande, den Entwicklungen des Rechts zu folgen; sie bewirkt eine geschäftsmäßige Behandlung, weshalb denn auch die Empfindung für den individuellen Fall beim Berufsrichter zurücktritt. Diese Uebelstände werden noch verschärft durch die Ueberlastung unserer Gerichte. — Bezüglich des Strafrechts verlangen wir: Entschädigung unschuldig erlittener Untersuchungs- und Strafbestrafung. Die Anwendung der Untersuchungshaft führe, wie der Fall Geffen beweist, zu Mißbräuchen verschiedener Art. Weiter fordern wir die Einführung der bedingten Verurteilung. Sie ist ein wirksames Mittel, um jemand, der zum erstenmal die Strafbahn betritt, zur Besserung zu bewegen und ihn vor weiterem Abwärtsgehen, was durch Gefängnis- und Zuchthausstrafen fast unabweislich ist, zu bewahren. Als sonstige Forderungen der Demokratie nannte der Redner: Vernichtung der Strafkammerurtheile, Abschaffung der Todesstrafe, Aufhebung des Zeugniszwanges. Er verwies bezüglich des letzteren Punktes auf das Verfahren gegen Redakteure, deren journalistische Ehre es erfordert, den Verfasser eines Artikels nicht zu nennen, und die durch Anwendung des Zeugniszwanges zu Handlungen genöthigt werden, die jeder denkende Mensch verurtheilen muß. Unhaltbar sei auch der ambulante Gerichtsstand der Presse zu bezeichnen, der es mit sich bringt, daß man sich für weit verbreitete Presorgane dasjenige Gericht aussuchen kann, wo man eine Verurteilung erwartet. Ein großer Uebelstand der heutigen Rechtspflege ist die Militärgerichtbarkeit. Sie bringt es mit sich, daß Leute, die ihrer ganzen Lebensstellung nach der Zivilbevölkerung angehören, außerdem aber einen militärischen Rang bekleiden, wegen Straftaten, die nichts mit militärischen Dingen zu thun haben, vor das Militärgericht kommen, wie Järrt Bismard, als ihn Dieb-Daber wegen Beleidigung verklagen wollte. Weit schlimmer aber ist die Handhabung des Militärstrafverfahrens in Bezug auf militärische Vergehen. Warum ist das Verfahren ein schriftliches und geheimes? Können die Mißstände, die beim Militär herrschen, die Öffentlichkeit nicht ertragen? — Daß die rein juristische Auffassung häufig mit den Erfordernissen und Gebräuchen des praktischen Lebens im Widerspruch steht, erklärte der Redner an einer Reihe von Beispielen, wobei er unter anderem auch der in letzter Zeit so häufigen Majestätsbeleidigungs-Prozesse gedachte, sowie der Anwendung des groben Unfug-Paragrafen, die selber zu einem groben Unfug geworden sei. Die gegenwärtige Rechtsprechung charakterisire sich dadurch, daß Verhöre der Bürger gegen die herrschende Ordnung möglichst hart, Uebergriffe der staatlichen Organe gegen die Bürger nicht selten sehr milde bestraft würden. Solche Urtheile sind nicht die Folge bewusster Ungerechtigkeit, sondern der Ausfluß des Geistes, der unsere Richter befeht, die sich als Beamte des Staates verpflichtet fühlen, das herrschende System zu stützen, und jeden Gegner desselben für strafwürdig halten. Wirklich unparteiische und gerechte Urtheile sind nur möglich unter Mitwirkung des Laienelements. Soll dieselbe aber erfolgreich sein, so muß eine bessere Volksbildung Platz greifen, damit der zur Rechtsprechung berufene Laie neben dem Juristen seinen Mann stehen kann. Ferner brauchen wir Garantien für eine gerechte Auswahl der Schöffen und Geschworenen. Wenn diese, wie es heute geschieht, fast ausschließlich aus den bürgerlichen Klassen berufen werden, dann darf man sich nicht wundern, wenn die Meinung verbreitet ist, daß hier Klassenurtheile entstehen können. Redner erinnerte dabei an den Offener Meinungsprozess. Warum werden auf die Geschworenenbank nicht auch Arbeiter berufen, die doch besser in den öffentlichen Verhältnissen Bescheid wissen, wie die faule und träge Vorgewählte? Der Redner kritisirte scharf die Verurtheilungen von Sozialdemokraten anlässlich der Sedan-Jubelfeier und meinte, wenn zu jener Zeit von Sozialdemokraten, die sich insolge der damaligen Ereignisse in geritzter Stimmung befinden mußten, eine Majestätsbeleidigung begangen wurde, so sei das milder zu beurtheilen, als wenn ein Junker insolge der Abweisung des Antrages Kautz der monarchischen Regierung die Gesellschaft verjage. Wenn ein sozialdemokratischer Redakteur deshalb schwerer verurtheilt wurde, weil er gerade in jener Zeit der patriotischen Feiern eine Majestätsbeleidigung beging, so ist das keine juristische, sondern eine mehr politische Erwägung. Weiter besprach der Redner die Verurtheilungen wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen und knüpfte daran die Bemerkung: wir haben das Recht, unter Umständen auch unsere Rechtspflege durch scharfe Kritik verächtlich zu machen, um eine Ueberwindung zum Besseren herbeizuführen, die wir vor allem durch Mitwirkung des Laienelements in allen Zweigen der Rechtspflege erwarten. Eine Diskussion folgte dem mit großem Beifall aufgenommenen zweistündigen Vortrage nicht.

Die Rissewacher nahmen am 16. März in einer öffentlichen Versammlung den Bericht ihres Delegirten aus der Gewerkschaftskommission entgegen. Die Stellungnahme zum 1. Mal, die als zweiter Punkt auf der Tagesordnung stand, wurde verlegt. Zum Schluß gab Tschernig einen Ueberblick über den Verlauf des Streiks. Redner sprach die Meinung aus, daß unter Umständen bei der Stellung der Fabrikanten zu den erungenen Vortheilen auf neue Differenzen anbrechen können. Er sowohl als die folgenden Redner empfahlen deshalb ihren Berufskollegen den Anschluß an die Organisation.

Die in der chirurgischen Branche Beschäftigten hörten am 17. d. M. einen Vortrag des Dr. C h r i s t i e l l e r über Falschkrankheiten und die Anwendung des Heißeruns. Anschließend an den Vortrag fand eine längere Diskussion statt. Unter Verschiedenem wurden den streikenden Textilarbeitern in Kottbus 10 M. bewilligt. Herrmann machte die Versammelten auf die in der nächsten Woche stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam, in der die Angelegenheit mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband geregelt werden soll.

Eine gut besuchte Versammlung der Kellner und Köche, die am 20. März bei Buske, Grenadierstraße, tagte, beschäftigte

sich eingehend mit dem nächsten in Berlin stattfindenden Gewerkschaftskongress. Nach dem einleitenden Referat des Genossen Faber entspann sich eine längere Diskussion über die verschiedenen Anträge, insbesondere über die Zulassungsbedingungen, die von den verschiedenen Rednern als unzureichend bezeichnet wurden. Zur Annahme gelangte sodann folgende Resolution: Die Versammlung erklärt sich mit dem Vorschlag der Agitationskommission der Gastwirthegehilfen Deutschlands, den Kongress durch je einen Delegirten von Hamburg und Berlin zu bescheiden, einverstanden. Als verfehlt erachtet die Versammlung die Art der Einberufung dieses Kongresses, durch die ein großer Theil organisierter Arbeiter von den Verhandlungen ausgeschlossen worden ist. Die Versammlung erwartet, daß der nächste Kongress den Beschluß des Halberstädter Kongresses, die Zulassung betreffend, aufhebt, zumal es sich jetzt schon herausgestellt hat, daß derselbe in seiner ganzen Tragweite nicht durchführbar erscheint. Die Versammlung kann sich der Meinung der Generalkommission, daß durch die Zulassung der lokalorganisierten Gewerkschaften die Streikfrage über die Organisationsform unbedingt auf neue den Kongress beschäftigen wird, nicht anschließen. Sollte der Kongress eine Abänderung der Zulassungsbedingungen nicht beschließen, so erwartet die Versammlung, daß die Einladung der Form nach eine andere ist wie zu diesem Kongress, durch die die lokalorganisierten Arbeiter anscheinend als Arbeiter zweiter Klasse betrachtet werden.

Als Delegirter wurde Ströbinger, als Stellvertreter Schröder gewählt. Da der bisherige Delegirte zur Gewerkschaftskommission seinen Posten niedergelegt hatte, wurde an dessen Stelle Zeiske und als Vertreter Ströbinger bestimmt. Unter Verschiedenem erhielt die Agitationskommission den Auftrag, baldigst eine Versammlung einzuberufen, die sich mit der Feststellung eines Lohntarifs für die kommende Saison befaßt. In dieser Versammlung will man die Gastwirthe einladen und außerdem sollen die verschiedenen Kellnervereine, die sich mit Arbeitsnachweis beschäftigen, veranlaßt werden, vordem zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

In einer öffentlichen Versammlung der Schmiede, die am Freitag Abend stattfand und von ca. 300 Personen besucht war, erstattete der Altgenosse Lange r Bericht über die Verhandlungen des Gesellen-Ausschusses mit den Innungsmeistern. Es handelt sich bekanntlich um eine andere Gestaltung des Arbeitsnachweises. Die vom Gesellen-Ausschuß aufgestellte Vereinbarung fand in der Versammlung den lebhaftesten Widerspruch von Seiten der meisten Diskussionsredner; Helm, Dörgelow, Kaiser, Kunze, Kundt erklärten sich wiederholt dagegen und bezeichneten es als eine Schmach für die Gesellen, wenn sie diese Vereinbarungen annehmen würden. Nachdem nur Lange, Schmidt und Vasene r dafür gesprochen, fand eine Resolution einstimmig Annahme, wonach die Versammlung den Beschluß vom 25. Februar d. J. erneuert, dahingehend, es jedem Gesellen zur Pflicht zu machen, den Arbeitsnachweis der Innung nicht mehr zu beizugehen. Auf eine Anfrage aus der Versammlung wird mitgetheilt, daß bereits gegen 80—100 Vertrauensmänner gewählt sind. Helold gab bekannt, daß bereits wegen des Arbeitsnachweises Maßregelungen erfolgt sind, worauf von Dö r g e l o w verlangt wird, daß zur genauen Kontrolle jeder seine Streikkarte in die Versammlungen mitzubringen habe. An dem Streik der Arbeiter in der Eisenmühlfabrik von Schulz sind, wie der Vertrauensmann Helm mittheilt, auch mehrere Schmiede theilhaftig. Den Stellmachern wurden 100 M. bewilligt.

Einer öffentlichen Bauarbeiter-Versammlung, welche am 22. März bei Scheffer, Inselstraße, tagte, wurde seitens der kürzlich gewählten Pöninger-Kommission ein Tarif vorgelegt, den die Anwesenden mit geringen Änderungen beziehungsweise Zusätzen gutheißten. Die darin enthaltenen Forderungen, welche schleunigst den Baufirmen gedruckt zugehen und am 1. Mai in Kraft treten sollen, sind folgende: Für das Tragen von 1000 Steinen und dem dazu gehörigen Material ist zu zahlen: im Keller 2,50 M., im Parterre 3,50 M., im 1. Stock 4,50 M., im 2. Stock 5,50 M., im 3. Stock 6,50 M., im 4. Stock 7,50 M., im Trempel inklusive Schornstein 9 M. Für den Quadratmeter Klappstuhl sind 5 Pf. zu zahlen. Bei Fundamentierungen soll betreffend der Kalksteine der Preis gegenseitiger Vereinbarung vorenthalten bleiben, weil dieselben oft im Tagelohn oder auf verschiedene Anordnungen verarbeitet werden. Ist ein Stein schwerer wie 3 Kilo (6 Pfund), so erfolgt ein Zuschlag von 25 Pf. pro 1000 Steine. Stehen die Steine über 30 Schritt von der Baustelle (Leitergang) entfernt, so erfolgt pro 1000 eine Zulage von 50 Pfennigen. Bei Kellern- und Schlußarbeiten ist das Tragen der Kalksteine bis zur Trägerhöhe mit 3 M. pro 1000 zu bezahlen; für jede weitere Etage beträgt der Zuschlag 1,25 M. pro 1000, für Boden und Schornstein dagegen 1,50 M. pro 1000. — Bei Hoffarbeiten mit Verblendsteinen soll das Abnehmen von Hoffsteinen mit einem Ertragszuschlag von 50 Pf. bezahlt werden; dasselbe gilt für Riemen, halbe und dreiviertel Steine; je zwei Riemen, ein halber und ein Dreiviertelstein haben für einen ganzen zu gelten. — Muß der Träger beim Fundament in Lohn tragen, dann hat er 50 Pfennig pro Stunde, und wird der ganze Bau in Lohn getragen, 60 Pfennig Stundenlohn zu fordern. — Kautonen dürfen vom verdienstlichen Lohn nicht zurückgehalten werden. — Die Arbeit darf nicht früher wie eine halbe Stunde vor dem Beginn der Maurerarbeit aufgenommen und nicht über den Schluß derselben hinaus ausgeht werden, dagegen hat Sonntagsarbeit gänzlich zu unterbleiben. (Bezieht sich auf Akkordarbeiter. Der Berichtserhalter.) — Das Tragen von Baumaterial zu inwendigem Fuß muß bei einer Kolonne von drei Mann pro Woche mit einem Mindestlohn von 86 M. bezahlt werden, welcher Wochenlohn bei Fassadenputz bei Kolonnen bis zu fünf Mann ebenfalls zu zahlen ist. — Lohnarbeiter: Kalkschläger, Wasserträger, Arbeiter, die bei den Rüstungen mit thätig sind, welche Sand karren, Zement tragen oder sonstige leichtere Verrichtungen ausführen, sind gleichmäßig mit mindestens 45 Pf. pro Stunde zu entlohnen. Ueberstunden und Sonntagsarbeit darf nur im nöthigsten Falle, z. B. wenn Menschenleben in Gefahr sind, ausgeführt werden, und ist pro Stunde um 5 Pfennig höher zu bezahlen. — Arbeiter, welche bei Radtypographen frannen und tragen, sollen ebenfalls mindestens pro Stunde 40 Pfennig erhalten, während, wenn das Spannen in Akkord vergeben wird, für das Spannen von Wänden ein Minimalpreis von 22 1/2 Pf. pro Quadratmeter und für das Spannen von Decken ein solcher von 30 Pf. pro Quadratmeter gezahlt werden soll. — Die Lohnkommission hat, um einen Fonds zu sammeln, Karten à 10 und 20 Pf. drucken lassen und die dazu gehörigen Klebarten beschafft; sie rechnet auf eine recht rege Abnahme derselben. — An stelle des krankheitshalber ausbleibenden Genossen Krüger wurde Guttsche in die Kommission delegirt. Von allen Rednern wurde eine energische Agitation zu Gunsten der Einführung des obigen Tarifes verlangt und ihrerseits versprochen. — Im „Verschiedenem“ verlas der Vorsitzende eine Zuschrift von W. Köthen, worin dieser den in der letzten Versammlung gegen Kaudale gerichteten Vorwurf, gegen die Arbeiterinteressen verstoßen zu haben, als auf F r e i t h u m b e r u c h e n d zurücknimmt. Kaudale erklärt die Angelegenheit damit für erledigt. Gerügt wurde noch, daß auf dem Bau Frankfurter Akte und Somartensprossen-Gde bei dem Kolonnenführer Priessert bis 9 Uhr abends bei elektrischem Licht gearbeitet werde.

Die Agitationskommission der Schuhmacher Berlins hatte zum 22. d. nach dem Lokale „Königsbau“ eine öffentliche Versammlung einberufen, die unter mäßiger Theilnahme stattfand. Zur Besprechung stand der Stand des Streiks in den mechanischen Schuhfabriken. Dem gegebenen Situationsberichte

Sozialdemokr. Verein „Vorwärts“ Berlin.
Dienstag, den 24. März, abds. 8 Uhr, im Moabiter Klubhaus,
Brennst. 9: 274/2

Mitglieder - Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Willarg über: Fortschritt und Armut.
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Gäste haben Zutritt. Mitglieder werden aufgenommen. Zahlreichen
Besuch erwartet
Der Vorstand.

Gipsbildhauer und Modelleure!

Große öffentliche Versammlung
am Mittwoch, den 25. März 1896, abends 8 Uhr,
in Cohn's Festsälen, Beuthstr. 21.
Tages-Ordnung:
1. Wie sind die Verhältnisse in der Modellbranche zu bessern? 2. Dis-
kussion. 3. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich. Die Meister sind ein-
geladen.
Der Vertrauensmann.

**Große öffentliche Versammlung
aller in Buchdruckereien besch. Arbeiterinnen**

am Freitag, 27. März, abends punkt 8 1/2 Uhr,
im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37.
Tagesordnung: 1. Vortrag der Frau E. Jhrer über „Die Arbeiter-
schon-Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung und deren Einhaltung gegenüber
den Arbeiterinnen“. 2. Diskussion. 3. Tarifliches. 4. Bericht der Delegierten
aus der Gewerkschaftskommission event. Neuwahl derselben. 5. Verschiedenes.
Männer haben Zutritt. 456b

Die Einberuferin.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Morgen, Mittwoch, den 25. März, abends 8 Uhr,
bei Cohn, Beuthstr. 20/21:

Vertrauensmänner-Versammlung.

Jede Werkstätte muß vertreten sein.
Mitgliedsbuch und Karte legitimiert.

Bezirks-Versammlungen.

Moabit.
Dienstag, den 24. März, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn
Schmidtke, Stromstraße 28.
Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die gegenwärtigen Streiks. Referent
Kollege Kunze. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes
Um zahlreiches Erscheinen, auch der Nichtmitglieder, ersucht
276/6 Die Ortsverwaltung.

Zur Beachtung der Beitragssammler!
Die Ausgabe von Marken und Büchern erfolgt durch den Kollegen
Kunze jeden Donnerstag, abends von 7 bis 10 Uhr, Reichenberger-
straße 50, 1. Et., oder nach vorheriger Bestellung in jeder Vorstandsitzung.

Achtung, Holzarbeiter!

In folgenden Werkstätten sind unsere Forderungen
bis jetzt nicht bewilligt:

- Ladeneinrichtung und ähnliche Arbeit: Reutel, Stralauerstr. 35.
- Mühlbauer, Andreasplatz 3. Dohse, Grüner Weg 2.
- Nähmaschinen: Pfeister u. Kohnmann, Staligerstr. 134/135.
- Goldleisten: Methlow u. Co., Köpcke'str. 109.
- Luxusmöbel: Bab, Glöcknerstr. 75. Frische, Oranienstr. 36 (früher
die Drecksler).
- Eisenmöbelfabrik von Schulz, Hasenhaide 9.
- Mühlbaummaschinen-Fabrik: Pöhl u. Komp., Waldstr. 33-35.
- Telephon: Trümper, Holmarstr. 48.

Zuzug fernhalten.

Tapezierer. Tapezierer.

Mittwoch, den 25. März 1896, abends 8 1/2 Uhr,
bei Zubeil, Lindenstraße 106:

Oeffentliche Versammlung

aller im Tapezierungsgewerbe beschäftigten Personen.
Tages-Ordnung: 1. Neuwahl der Arbeitsnachweis-Kommission.
2. Die Streiks in unserem Gewerbe. 3. Bericht der Delegierten der Gewer-
schaftskommission. 4. Die Maifeier.
177/15 Der Vertrauensmann. E. Friedmeier.

Lederarbeiter (Portefeuillier).

Große öffentliche Versammlung.
am Dienstag, 24. März, abends 8 1/2 Uhr, Keny's Salon, Naunpstr. 27.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Lohnkommission. 2. Diskussion. 3. Unser ferneres Ver-
halten in der Lohnbewegung. 4. Eventuelle Neuwahl der Lohnkommission.
Nicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.
495b Die Lohnkommission.

Sattler!

Mittwoch, den 25. März, abends 8 Uhr, bei Brochnow, Sebastianstr. 30:
Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Der Streik der Treibriemen-Arbeiter, der Ring der Fabrikanten, die
beabsichtigte Aussperrung der Treibriemen-Arbeiter und die schwarze Liste der
Fabrikanten. 2. Der Streik in der Eisenmöbelfabrik von Schulz. 3. Ver-
chiedenes. 158/18
Die Treibriemen-Fabrikanten sind hierzu eingeladen worden.
Wir bitten um zahlreiches Erscheinen
Die Agitationskommission.

Friedrichsberg.

Bersammlung des Arbeiter-Bildungsvereins
Dienstag, den 24. März 1896, 14/6
bei Müller, Kronprinzengarten.
Tages-Ordnung: Vortrag des Herrn Dr. Foel über: „Die neuesten
Errungenschaften der Astronomie.“
Der Vorstand.

Achtung! Maurer. Achtung!
Grosse öffentl. Maurerversammlung

am Donnerstag, den 26. März 1896, abends 8 1/2 Uhr, im Louisenstädtischen
Konzerthaus, Alte Jakobstraße Nr. 37.
Tages-Ordnung:
Bericht der Lohnkommission und Entgegennahme praktischer Vorschläge zur Einleitung der Lohnbewegung.
182/15
2. Diskussion.
Um zahlreichen Besuch erjudt Die Lohnkommission.

Maler.

Mittwoch, den 25. März, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saale des
Herrn Koller, Koppenstraße 29:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Unser Streik und die neuesten Nachrichten der Berliner Maler-Zunft. 2. Unser weiteres Verhalten.
Das Erscheinen sämtlicher Maler und Berufsgenossen ist dringend notwendig.
126/18 Die Lohnkommission der Maler Berlins und der Vororte. J. A.: G. Link.

6 Pfund Albrecht's
Brot für
50 Pfennig Bäckerei,
liefert Wrangel-Strasse 8,
Langestr. 26, Falkensteinstr. 28

Sonnabend: Resterverkauf.

Ang- u. Valtothoffe
Brenner & Cie.
Alte Jakobstr. 57/59.
Jedes Maas zu Engrospreisen.

Möbel-Kaufgelegenheit

passendste Gelegenheit zum Ankauf für Brau-
leute und Hotels. Osefensaustraße 16 parterre,
in der Möbel-Fabrik sollen circa 900 komplette
Wohnungs-Einrichtungen, verleben gewesen
und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise
verkauft werden. Durch sehr große Gelegenheits-
einkäufe zu billigen Preisen ist es mir möglich,
schon ganze Einrichtungen für 100-200 Mk. zu
liefern, ferner hochherausgeschickte Einrichtungen
von 400 bis 1000 Mk. Teilzahlung gestattet.
Sonnabend ohne Anzahlung. Besonders billig
sind die an Herrschaften kurze Zeit verleben
gewesene Möbel, die zum Teil wie neue sind.
Kleiderständer 15, Küchenspiegel, Kommoden 12,
Wardroben mit Matrassen 18 Mk., Wasch-
Kleiderständer und Wäschespindeln 30 Mk.,
Musik-Kleiderständer und Vertikons 36,
franz. Musik-Bettstellen mit Matrassen 45,
Säulen-Kleiderständer 48 Mk., Ruhbaum-
Tramont mit Stufe 60 Mk., Tischlampen
60 Mk., neue hochdekorative Garnituren 100 Mk.,
Tuffel, Gollentische, Vasekopsas mit
Sattelkissen und Tischbeinsetzung in allen
Farben, Damen- und Herren-Schreibtische,
Diplomatentische, Antike-Schränke, Pfeif-
tischchen, Garderobenschränke in allen Größen,
Chaiselongues, Bücherspindeln, Salons, Garni-
turen, vollständige Salons, Schlafzimmer-
und Speisezimmer-Einrichtungen, alles zu
noch nie dagewesenen Preisen. Gestante Möbel
werden unentgeltlich 3 Monate auf meinen
Aufbewahrungspfadern aufbewahrt, werden
durch eigene Kutschen sauber transportiert und
aufgestellt, auch nach außerhalb. [1231/2]



Wenige Minuten

genügen, um ein getragenes
Kleidungsstück wieder wie neu
zu machen. Oyal-Fleckenwasser
gibt Stoffen, welche durch Ge-
brauch blau geworden sind, das
frühere Aussehen zurück, nimmt
jeden Fleck und regeneriert selbst
die Farben, ohne den Geweben
in irgend welcher Weise zu
schaden. Oyal-Fleckenwasser ist
ungiftig, weder ätzend noch
feuertöchtig. Benzin dagegen
hinterläßt Ränder, riecht unan-
genehm und ist feuertöchtig.
Preis 80, 50 und 30 Pf. Er-
hältlich in Droguenhandlungen.

Läuferstoff-Reste

von 6-18 Mk. für Korridore, Treppen
und zum Auslegen ganzer Zimmer
spottbillig. 44322

Muster franco.
S. Unger,
Weberei
Berlin S., Crantzenstraße Nr. 48.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungen Berlins und Umgebung.
Mittwoch, den 25. März, abends 8 1/2 Uhr, im gr. Saale
des Hrn. Gründel, Brunnenstr. 188, am Rosenthaler Thor:
**Gemeinschaftliche
Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung:
1. Beschlussfassung über den Organisationsentwurf (Versammlungsplan).
2. Wahl der Ortsverwaltung und der verschiedenen Kommissionen. 3. Die
gegenwärtige Lohnbewegung der Berliner Metallarbeiter und die Beschlüsse
der öffentlichen Versammlung vom 8. März bezüglich des 1. Mai. 4. Ver-
bandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Kollegen! Bei der Wichtigkeit der zur Verhandlung stehenden Tages-
ordnung ist es Pflicht jedes einzelnen, zu erscheinen.
121/13 Die Ortsverwaltungen.

Klempner!

Donnerstag, 26. März, abends 8 1/2 Uhr, in Cohn's Festsälen,
Beuth-Strasse 20-21:

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:
Der gegenwärtige Stand der Lohnbewegung der
Klempner und unsere weiteren Maßnahmen.
In dieser Versammlung sind besonders die Kollegen derjenigen Werk-
stätten eingeladen, welche bisher noch keine Forderungen gestellt haben.
Bewilligt haben weiter:
Labs, Amalienstr. 17. P. Sachse, Chausseest. 2 E. Zimmermeier,
Königsbergerstr. 29. A. Krosier, Strassburgerstr. 18. Hülle, Gerichtstr. 7.
Jurasczowski, Siedingstr. 5. Löss, Fennstr. 3. Huff, Johanniterstr. 11.
Weber, Adalbertstr. 9. Schrapplan & Sohn, Französischestr. 20. F. Stange,
Oppelnerstr. 48. Fürstenberg, Mariengrabenstr. 1. Otto Löss, Chausseest. 88.
Bosolt & Jäger, Brandenburgstr. 19. C. Vogler, Prinzessinnenstraße.
W. Krehner jr., Reinickendorferstr. 43a.
Insgesamt haben bewilligt 107 Werkstätten mit 1305 Arbeitern.

In nachstehenden Werkstätten sind die Forderungen nicht bewilligt und
befinden sich die Kollegen im Ausstand:
F. F. A. Schulze, Febrbellenerstraße, Kersten Nachf., Simeonstr. 13.
Kliengelschicht vorm. Butako, Ritterstraße. Vogt & Uerpman, Tempelhofer
Ufer 23. Isidor Schwarz, Linsenstr. 154a. Saeger, Koppenstr. 81. Simonson,
Neue Steinmetzstr. 2. Blau, Silesenstr. 17. Schultz & Kupczyk, Wilhelm-
straße 48. Müller, Münchebergerstr. 38. Mäseler, Alexandrinenstr. 103.
Schulz, Blumenstraße 74. Hartung, Stallreiberstr. 9. Kosse, Pöhlstr. 44.
Alschafsky, Alexandrinenstraße 23. Textor, Landberger-Allee 50. Baor
& Stein, Alexandrinenstr. 24. H. Sontz, Gollnowstr. 37. L. Lesznisky,
Mittelstr. 35. Jul. Guiremand, Prinzessinnenstr. 21. E. Wendt, Färbenstr. 7.
E. Naujoks, Groß-Lichterfelde.
Insgesamt 22 Werkstätten mit 176 Kollegen.
Zuzug ist fernzuhalten.
Der Vertrauensmann der Klempner.
S. Zimmermann, Pöhlstr. 55.

Achtung! Metallarbeiter. Achtung!

Heute, Dienstag, den 24. März 1896, abends 8 Uhr,
in „Rabe's Salon“, Kolbergerstraße Nr. 23:

Gr. öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission über die Verhandlungen mit der Firma
Seidel (Reinickendorfer Messingwerke). 2. Diskussion.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Agitations-Kommission
des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.
NB. Die zu gestern anberaumte Versammlung konnte wegen verspäteter
Anmeldung nicht stattfinden.

Metallarbeiter!

Mittwoch, 25. März, abends 8 1/2 Uhr, im Kolberger Salon,
Kolbergerstr. 23:

Große Versammlung

jämmtlicher Arbeiter der Maschinenfabrik
Aktien-Gesellschaft vormals Schwarzkopff.
Tages-Ordnung:
„Sind die Arbeiter der Firma Schwarzkopff berechtigt, bessere
Arbeits- und Lohnbedingungen zu fordern? Referent Otto Näther.“
Sämtliche Arbeiter, sowie die Meister und Beamten der Fabrik
werden eingeladen, recht zahlreich zu erscheinen.
Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.
Otto Naether, N., Anklamerstraße 44. 280/9
Künstl. Zähne 2 M. Schmerzloses Zahnziehen u. Nervlöten 1 M.
Plomb. 1.50. Rep. sof. Teilzahlg. Zahnarzt Woll, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-7 Uhr.